

Sitzungsbericht

13. Sitzung der Tagung 2004 der XVI. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 3. Juni 2004

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 522).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 522).
3. Ltg. 219/V-11/2: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über den Ausbau des Universitätszentrums für Weiterbildung (Donau-Universität Krems).
Berichterstatter: Abg. Doppler (Seite 525).
Redner: Abg. Mag. Ram (Seite 526), Abg. Weiderbauer (Seite 526), Abg. Dr. Nasko (Seite 527), Abg. Rinke (Seite 529).
Abstimmung (Seite 531).
(einstimmig angenommen.)
4. Ltg. 222/H-8/1: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – EU-Integrationsprogramm.
Berichterstatter: Abg. Hensler (Seite 531).
Redner: Abg. Kernstock (Seite 531), Abg. Nowohradsky (Seite 532), Abg. Mag. Ram (Seite 534), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 534), Abg. Mag. Renner (Seite 536), Abg. Herzig (Seite 536).
Abstimmung (Seite 537).
(einstimmig angenommen.)
5. Ltg. 218/A-2/14: Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses zum Antrag der Abgeordneten Razborcan, Dipl.Ing. Eigner, Mag. Fasan, Mag. Ram u.a. betreffend beabsichtigte Auflösung des Bezirksgendarmeriekommandos Wien-Umgebung.
Berichterstatter: Abg. Mag. Renner (Seite 537).
Redner: Abg. Razborcan (Seite 538), Abg. Mag. Ram (Seite 539), Abg. Mag. Fasan mit Resolutionsantrag betreffend beabsichtigte Auflösung des Bezirksgendarmeriekommandos Wien-Umgebung (Seite 540), Abg. Findeis (Seite 543), Abg. Dipl.Ing. Eigner (Seite 544).
Abstimmung (Seite 545).
(einstimmig angenommen.)
- 6.1. Ltg. 226/A-1/15: Antrag des Umwelt-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger u.a. betreffend Managementpläne – Raumordnungsbeirat (Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes 2000).
Berichterstatter: Abg. Mag. Heuras (Seite 545).
- 6.2. Ltg. 227/A-1/16: Antrag des Umwelt-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger u.a. betreffend Raumordnungsbeirat – Managementpläne (Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976).
Berichterstatter: Abg. Mag. Heuras (Seite 545).
Redner zu 6.1. – 6.2.: Abg. Dr. Prober (Seite 546), Abg. Waldhäusl (Seite 547), Abg. Mag. Fasan (Seite 548), Abg. Mag. Leichtfried (Seite 550), Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 551), Abg. Dr. Krismer (Seite 554).
Abstimmung (Seite 555).
(beide Geschäftsstücke mehrheitlich angenommen.)

7. Ltg. 235/S-5/9: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landesberufsschule St. Pölten, Generalsanierung des Schülerheimes, Sonderfinanzierung
Berichterstatter: Abg. Findeis (Seite 555).
Redner: Abg. Mag. Ram (Seite 556), Abg. Dr. Nasko (Seite 556), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 558).
Abstimmung (Seite 559).
(einstimmig angenommen.)
8. Ltg. 220/L-25: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Erber (Seite 559).
Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 559).
Abstimmung (Seite 560).
(einstimmig angenommen.)
9. Ltg. 215/H-11/6: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Waldviertelklinikum, Standort Allentsteig, Neubau einer Neurorehabilitation.
Berichterstatter: Abg. Findeis (Seite 560).
Redner: Abg. Waldhäusl mit Resolutionsantrag betreffend Standortsicherheit des Truppenübungsplatzes Allentsteig (Seite 561), Abg. Honeder (Seite 562).
Abstimmung (Seite 563).
(Ltg. 215/H-11/6 einstimmig angenommen; Resolutionsantrag abgelehnt.)
10. Ltg. 247/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 4 der XVI. Gesetzgebungsperiode.
Berichterstatterin: Abg. Kadenbach (Seite 563).
Redner: Abg. Dr. Krismer (Seite 564), Abg. Waldhäusl (Seite 565), Abg. Weiderbauer (Seite 569), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 570), Abg. Mag. Fasan (Seite 573), Abg. Kautz (Seite 575), Abg. Grandl (Seite 578), Abg. Mag. Fasan (Seite 579).
Abstimmung (Seite 580).
(einstimmig angenommen.)

* * *

Präsident Mag. Freibauer *(um 13.00 Uhr):*
 Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Entschuldigt sind heute Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi und Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner.

Ich bringe dem Hohen Hause folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 220/L-25 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes. - Dieses Stück habe ich am 19. Mai 2004 dem Landwirtschafts-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.

Die Geschäftsstücke

Ltg. 231/L-14 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landwirtschaftskammergesetzes,

Ltg. 232/L-15 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Landwirtschaftskammer-Wahlordnung,

Ltg. 233/L-8 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landarbeiterkammergesetzes - und

Ltg. 234/L-20 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Landarbeiterkammer-Wahlordnung - diese Stücke habe ich am 19. Mai 2004 dem Landwirtschafts-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 248/A-3/5 - Antrag der Abgeordneten Dr. Krismer u.a. betreffend gentechnikfreies Niederösterreich wurde zurückgezogen.

- Ltg. 260/A-3/6 - Antrag der Abgeordneten Dr. Krismer, Mag. Leichtfried u.a. betreffend gentechnikfreies Niederösterreich - weise ich dem Landwirtschafts-Ausschuss zu.
- Ltg. 247/B-1 - Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 4 der XVI. Gesetzgebungsperiode – dieses Geschäftsstück wurde im Rechnungshof-Ausschuss am heutigen Tage behandelt und ich setze es - wie bereits angekündigt - als letztes Geschäftsstück auf die heutige Tagesordnung.
- Ltg. 230/A-6 - Anfrage des Landesgerichtes für Strafsachen Wien gemäß Art. 96 Abs.1 in Verbindung mit Art. 57 B-VG vom 12.5.2004 betreffend den Abgeordneten zum NÖ Landtag Mag. Gerhard Karner – dieses Stück weise ich dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zu.
- Ltg. 226/A-1/15 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger u.a. betreffend Managementpläne – Raumordnungsbeirat (Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes) - und
- Ltg. 227/A-1/16 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger u.a. betreffend Raumordnungsbeirat - Managementpläne (Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976) – diese beiden Geschäftsstücke habe ich am 19. Mai 2004 dem Umwelt-Ausschuss zugewiesen und sie stehen nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 219/V-11/2 - Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über den Ausbau des Universitätszentrums für Weiterbildung (Donau-Universität Krems) - und
- Ltg. 222/H-8/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - EU-Integrationsprogramm – diese beiden Geschäftsstücke habe ich am 19. Mai 2004 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und sie stehen nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 235/S-5/9 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landesberufsschule St. Pölten, Generalsanierung des Schülerheimes, Sonderfinanzierung – dieses Stück habe ich am 27. Mai 2004 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.
- Die Geschäftsstücke
- Ltg. 228/H-2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung bei Ausstellungen
- Ltg. 229/S-5/8 - Vorlage der Landesregierung betreffend Tonkünstler-Orchester Niederösterreich - und
- Ltg. 236/B-32/1 - Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die Landesentwicklung in den Bereichen Landeshauptstadt, Regionalisierung und Dezentralisierung 2003/2004,
- Ltg. 237/B-38/1 - Bericht der Landesregierung betreffend Leasingverbindlichkeiten und Schuldeinlösungen des Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2003,
- Ltg. 238/B-33/1 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Gemeindeförderungsbericht 2003,
- Ltg. 239/B-43 - Bericht der Landesregierung betreffend die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes für das Jahr 2003,
- Ltg. 240/R-1/1 - Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2003,
- Ltg. 241/V-2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2005 - und

Ltg. 242/A-2/15 - Antrag der Abgeordneten Ing. Gratzner u.a. betreffend Beteiligung des Landes am Nutzungsentgelt für Mountainbikestrecken auf Forststraßen – all diese Stücke weise ich dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zu.

Eingelangt sind die Anfragen:

An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:

Ltg. 221/A-4/46 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer und Mag. Fasan betreffend Verkehrslösung Bad Vöslau.

Ltg. 243/A-4/48 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Konkurs der Firma Buhl GmbH in Gars/Kamp.

Ltg. 249/A-4/49 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Feierlichkeiten zur EU-Erweiterung um den 1. Mai 2004.

Ltg. 250/A-4/50 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Schließung von Kasernenstandorten in Niederösterreich.

An Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop:

Ltg. 251/A-4/51 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Feierlichkeiten zur EU-Erweiterung um den 1. Mai 2004.

An Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi:

Ltg. 223/A-4/47 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Kanalschlusspflicht.

Ltg. 252/A-4/52 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Feierlichkeiten zur EU-Erweiterung um den 1. Mai 2004.

An Herrn Landesrat Gabmann:

Ltg. 244/A-5/60 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Konkurs der Firma Buhl GmbH in Gars/Kamp.

Ltg. 253/A-5/63 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Feierlichkeiten zur EU-Erweiterung um den 1. Mai 2004.

An Herrn Landesrat Mag. Sobotka:

Ltg. 245/A-5/61 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Konkurs der Firma Buhl GmbH in Gars/Kamp.

Ltg. 246/A-5/62 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend angebliche offene Forderungen der Stadtgemeinde Neunkirchen an den NÖGUS.

Ltg. 254/A-5/64 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Feierlichkeiten zur EU-Erweiterung um den 1. Mai 2004.

An Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Plank:

Ltg. 224/A-5/58 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Kanalschlusspflicht.

Ltg. 255/A-5/65 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Feierlichkeiten zur EU-Erweiterung um den 1. Mai 2004.

Ltg. 259/A-5/69 - Anfrage des Abgeordneten Thumpser betreffend Förderung von Forstwegen im Bezirk Lilienfeld.

An Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner:

Ltg. 225/A-5/59 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Aufträge an den „Familienbund“.

Ltg. 257/A-5/67 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Feierlichkeiten zur EU-Erweiterung um den 1. Mai 2004.

An Frau Landesrätin Kranzl:

Ltg. 258/A-5/68 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Feierlichkeiten zur EU-Erweiterung um den 1. Mai 2004.

An Herrn Landesrat Schabl:

Ltg. 256/A-5/66 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Feierlichkeiten zur EU-Erweiterung um den 1. Mai 2004.

Die Anfragen wurden an die befragten Regierungsmitglieder weitergeleitet.

Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen:

Von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 201/A-4/41, zu Ltg. 203/A-4/42, zu Ltg. 204/A-4/43; von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop zu Ltg. 205/A-4/44; von Herrn Landesrat Gabmann zu Ltg. 198/A-5/53-200; von Herrn Landesrat Mag. Sobotka zu Ltg. 206/A-5/55 und zu Ltg. 207/A-5/56.

Bevor wir in die Verhandlung der Tagesordnung eingehen, möchte ich festhalten, dass auf Grund des Beschlusses des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 eine Redezeitbeschränkung zur Anwendung kommt. Die Gesamtredezeit dafür setze ich auf Grund des übereinstimmenden Beschlusses der von der Präsidiäle beauftragten Klub- bzw. Fraktionsdirektoren mit 600 Minuten fest. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 264 Minuten, der SPÖ 186 Minuten, den Grünen 90 Minuten und der FPÖ 60 Minuten zu. Weiters halte ich fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter dieses Kontingent fallen.

Bevor wir nun in die Tagesordnung eingehen und weiter gehen, darf ich im Landtag hier zwei große Delegationen begrüßen. Zunächst einmal die Schüler und Schülerinnen mit ihren Lehrern aus Waidhofen a.d. Ybbs, herzlich willkommen! (*Beifall im Hohen Hause.*) Und eine Delegation der Straßenmeisterei Langenlois unter der Leitung des Obmannes der Personalvertretung Weixelbaum und dem Leiter der Straßenmeisterei Langenlois Oberinspektor Waidbacher. Herzlich willkommen! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Doppler, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 219/V-11/2 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Doppler (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Werte Abgeordneten-Kolleginnen und Abgeordneten-Kollegen! Hoher Landtag! Ich berichte über die Landtagszahl 219/V-11/2, Donau-Universität Krems, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über den Ausbau des Universitätszentrums für Weiterbildung Donau-Universität Krems.

Zur Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über den Ausbau des Universitätszentrums für Weiterbildung wird berichtet: Sowohl die Ausweitung des Leistungsangebotes der Donau-Universität Krems, kurz DUK, und die Errichtung eines Neubaus durch das Land Niederösterreich, als auch die im neuen DUK-Gesetz 2004 vorgesehene Finanzierungsform des Bundes durch Leistungsvereinbarungen erfordern eine Neuregelung der Erhaltungsverpflichtungen gemäß Art.V der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen Bund und Land Niederösterreich über die Errichtung und den Betrieb des Universitätszentrums für Weiterbildung Donau-Universität Krems samt Anlage, LGBl.0811.

Der vorliegende Entwurf regelt einerseits in seinem Artikel 2 die Ausweitung der Landesverpflichtung gemäß Art.V der Vereinbarung zwischen Bund und Land Niederösterreich, LGBl.0811 sowie in seinem Artikel 3 die diesbezüglichen Verpflichtungen des Bundes. Der tatsächliche Umfang der erforderlichen Bundesmittel ergibt sich durch die für 2007 bis 2009 mit der Universität für Weiterbildung Krems abzuschließenden Leistungsvereinbarungen, die im neuen DUK-Gesetz 2004 geregelt sind. Dem Land erwachsen Kosten in Höhe von kalkulierten etwa 7,5 Millionen Euro inklusive Leasingkosten durchschnittlich pro Jahr ab Vollbetrieb.

Ich stelle daher nachstehenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vereinbarung gemäß Art.15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über den Ausbau des Universitätszentrums für Weiterbildung (Donau-Universität Krems) (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a Bundes-Verfassungsgesetz zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über den Ausbau des Uni-

versitätszentrums für Weiterbildung (Donau-Universität Krems) wird genehmigt.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen und die Abstimmung herbeizuführen.

Präsident Mag. Freibauer: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Was ist die beste Investition für eine Gesellschaft? Was ist die beste Investition für ein Land? Die Antwort gibt und Benjamin Franklin: Eine Investition im Wissen bringt immer noch die besten Zinsen. Abgeleitet kann man dieses Zitat auf Niederösterreich dahingehend umlegen, dass man sagt, eine Investition in die Donau-Universität Krems ist die beste Investition für unser Land und bringt uns in Form einer gut ausgebildeten Jugend die besten Zinsen für die Zukunft unseres Bundeslandes und für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Die Donau-Universität Krems hat eine großartige Erfolgsstory hinter sich. Man braucht das nur betrachten was sich in den letzten Jahren abgespielt hat. Jetzt einmal von den Studienzahlen abgesehen, aber auch diese Zahlen sprechen für sich. Wir haben im Jahr 1995 hundert Studierende an der Donau-Universität Krems gehabt. Im Wintersemester 2003/2004 waren es schon 2.665 Studierende. Auch das Leistungsangebot wurde erweitert. Und wir schaffen mit dieser 15a-Vereinbarung die Voraussetzung dafür, dass die Studienzahlen auf 3.000 ansteigen werden und dass diese Studentenzahlen von 3.000 auch für die Zukunft gelten werden. Das heißt, das ist eine Voraussetzung für einen langfristigen Betrieb in dieser Größenordnung.

Zum Thema Donau-Universität Krems sollte man schon auch erwähnen, dass es eine Initiative von Herrn Altlandeshauptmann Siegfried Ludwig war, diese Donau-Universität ins Leben zu rufen und dass wir ihm hier dankbar sein sollten, dass er damals diese Initiative, die ja nicht sehr leicht gewesen ist, auch dementsprechend ergriffen und vorangetrieben hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Geschätzte Damen und Herren! Mit dieser 15a-Vereinbarung regeln wir die Ausweitung der Landesverpflichtungen sowie auch die Verpflichtungen des Bundes. Wir schaffen aber auch die Voraussetzung dafür, dass die Donau-Universität Krems auch in Zukunft ein wichtiger Impulsgeber

für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes und vor allem für die Jugend in unserem Land sein wird. Deswegen werden wir als Freiheitliche sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung und des Hohen Hauses! Sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Liebe Freunde aus den Bezirken Scheibbs und Mödling!

Die Donau-Uni Krems blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2003 zurück. Mein Vorredner hat die Zahlen schon genannt, die Zunahme der Studierenden. Weiters wurde auch das Angebot der postgradualen Studiengänge erhöht von 84 auf 111, teilte die Donau-Universität mit und es gibt dazu eine Pressekonferenz in Wien, wo dieser Geschäftserfolg und der Erfolg der Donau-Uni näher erklärt und erläutert wird.

Außergewöhnlich ist auch zu vermerken, dass das finanzielle Ergebnis dieser Universität hervorragend ist. Der Anteil der Selbstfinanzierung beträgt 78,5 Prozent und das ist wirklich ein tolles Ergebnis. Zu diesem Ergebnis können wir natürlich auch aus grüner Seite nur sehr herzlich gratulieren und dementsprechend werden wir sehr gerne dem Antrag, wie er hier vorliegt, unsere Zustimmung geben.

Keine Frage, dass dieses Projekt ein Vorzeigeprojekt in Niederösterreich ist, um nicht zu sagen ein Prestigeobjekt, da ja Niederösterreich keinen universitären Bereich besitzt, auch in einem großen Maß eine gute Reputation für unser Bundesland hier zu vermerken ist.

Verwunderlich ist es allerdings, dass es in der Hauptstadt des größten Bundeslandes noch keine Universität gibt. Aber vielleicht lässt sich das noch nachholen. Abgesehen davon finden wir es sehr gut, dass es dieses Universitätszentrum für Weiterbildung gibt, das, wie die steigenden Studentenzahlen zeigen, sehr großen Zuspruch findet.

Bildung ist unserer Meinung nach international. Bildung ist über den Tellerrand zu schauen, Erfahrungen zu sammeln, in Reisen, in Sprachen etc. Und Österreich bzw. Niederösterreich würde mehrere, viele von diesen Donau-Universitäten benötigen, damit unsere Schülerinnen auch in Zukunft

neben vielen anderen Dingen bemerken und lernen werden was bedeutet eine gentechnikfreie Zone Niederösterreich zum Beispiel. In diesem Zusammenhang wird meine Kollegin der Fraktion der SPÖ einen Geschenkkorb überreichen. Wir bedanken uns sehr herzlich für die Unterstützung unseres Antrages. *(Abg. Dr. Krümer gibt Klubobmann Weninger einen Korb. - Beifall bei den Grünen.)*

Weil ich vorher von über den Tellerrand blickend ...

Präsident Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Bitte setzen Sie Ihre Rede weiter fort, aber zur Sache!

Abg. Weiderbauer (Grüne): ... man sollte auch in den Teller blicken was da drinnen ist.

Für Kinder, ich habe es schon angedeutet, für die der Grundstein gelegt werden sollte was Bildung anbelangt gibt es leider keine Donau-Unis. Im Gegenteil. Es ist der Trend im Moment so, dass vor allem in der Grundschule sich der Bildungsgedanke vom Image, das der Donau-Uni anhaftet, etwas wegbewegt. Und wir haben wachsende Probleme, das ist in den letzten Sitzungen schon öfters angesprochen worden, in den allgemeinen Pflichtschulen. Und sicher nicht nur weil die Geburtenraten zurück gehen.

Wir haben überforderte, teilweise demotivierte Lehrerinnen und noch immer zu viele oft vermehrt verhaltensoriginelle Schülerinnen in den Klassen und zu wenig Lehrerinnen, die ihre Kolleginnen dabei unterstützen sollten. Politisch motivierte Direktorenbestellungen sind an der Tagesordnung. In den allgemein bildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen muss um Werteinheiten gefeilscht werden. Oft reicht das Budget nicht mehr aus um genügend Büromaterialien anzukaufen. Und Klassenstärken jenseits der 30er-Marke sind keine Seltenheit. Die Verantwortung dafür hat einen Namen, es ist unsere Bildungsministerin, die politische Verantwortung dafür trägt eine Partei, es ist die ÖVP.

Aber bleiben wir in Krems, kehren wir zurück zur Donau-Universität, die sehr hohe internationale Beachtung findet und nur ein paar Häuser weiter. Und da eine Geschichte die wirklich brennt und die typisch ist für die Schulsituation in Niederösterreich. Es gibt eine Schule, ein Gymnasium in Krems wo wir über unseren elektronischen Briefkasten, den der Kollege, der liebe Kollege Karner ja einige Zeit mitbeworben hat für uns, folgende Informationen bekommen haben. Es gibt dort eine Gruppe von Leuten die sagen, irgendwas passt dort nicht. Näm-

lich nicht irgendwas, sondern angeblich wird dort eine Lehrerinnengruppe, eine Fächergruppe mit Überstunden versorgt und zusätzlich noch mit freien Tagen. Überstunden, wo man eineinhalb neue Dienstposten schaffen könnte.

Und ich habe mir das nicht leicht gemacht, ich habe eine Anfrage gestellt beim Präsidenten des Landesschulrates um darüber Auskunft zu bekommen. Das war genau vor einem Monat. Ich habe bis jetzt nichts bekommen. Ich habe auch mit dem Direktor telefoniert dort, wollte mit ihm sprechen, wollte Informationen dazu haben um nicht irgendetwas weiter zu verbreiten was vielleicht gar nicht stimmt. Was war die Folge? Er wurde vom Landeschulrat zurückgepfiffen. Er darf mit einem Abgeordneten des NÖ Landtages zu dieser Sache nicht sprechen. Also das finde ich ungeheuerlich. Und wie soll man jetzt zu einer objektiven Meinung kommen wenn das verhindert wird? *(Beifall bei den Grünen.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Bauen wir doch weitere Donau-Universitäten in unserem Bundesland für alle Jugendlichen und Kinder die leistungsfähig sind. Gute Bildung sollte nicht nur für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen deren Eltern ein Gehalt beziehen das unserem nahe kommt, sondern es sollte für alle die Möglichkeit bestehen, diese guten Schulen, wie es die Donau-Universität ist, dieses gute Image haben und die wir natürlich unterstützen, auch mehrere in Niederösterreich gibt. Und dieser Gedanke sollte sich auch bei uns setzen. Danke schön! *(Beifall bei den Grünen.)*

Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Nasko.

Abg. Dr. Nasko (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag!

Eines ist klar, dass wir in dieser Frage Bildung, höchste Bildung, höchste Ausbildung in unserem Land Konsens haben. Ich glaube, das gibt's, das haben auch alle Redner bisher unterstrichen. Prestige- oder Lokalpatriotismus hat Sinn gehabt zur Zeit als es darum gegangen ist zu fragen, soll so etwas entstehen, wollen wir so etwas, können wir uns so etwas leisten und wo soll es sein. Und natürlich haben wir als Hauptstädter in Niederösterreich damals das auf unsere Fahnen geschrieben und gesagt, das gehört auch natürlich nach St. Pölten. Aber wie die Entscheidung gefallen ist und wenn einmal die Investitionen getätigt sind, das Ganze funktioniert, dann wollen wir hier keinen Irrlichtern mehr nachlaufen, sondern dann freuen wir uns über das was hier entstanden ist. So weit ist

das nicht weg. Und eine Universität ist keine Volksschule wo man da am freien Markt das hin- und herschieben kann. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Aus legistischer Sicht feiert die Donau-Universität Krems, die seit 1. April 2004 als Universität für Weiterbildung Krems zu bezeichnen ist, ihr zehnjähriges Jubiläum. Bereits vor 10 Jahren wurde in Verhandlungen mit der Republik Österreich, vertreten durch das damalige Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ein eigener Gliedstaatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des Universitätszentrums für Weiterbildung Donau-Universität Krems beschlossen.

Die damals in der Gliedstaatsvereinbarung aus dem Jahr 94 verankerten Grundsätze wurden im nun vorliegenden Gesetz 2004 auch für den Neubau der Donau-Universität konkretisiert. In diesen letzten 10 Jahren hat sich die Bildungslandschaft im Bildungsbereich maßgeblich geändert. Nicht nur dass im Jahr 1994 das System der Fachhochschulen in Österreich eingeführt wurde. Seit 1999 ist es auch möglich, dass Privatuniversitäten in Österreich akkreditiert werden und die Überführung der pädagogischen Akademien in den tertiären Bereich wurde ebenfalls 1999 gesetzlich geregelt, wobei die Überführung in pädagogische Hochschulen kurz bevorsteht.

Die wohl bedeutendste Änderung der letzten Jahrzehnte fand aber 2002 statt, als das Universitätsgesetz 2002 beschlossen wurde und damit die bestehende Universitätslandschaft unter anderem Autonomie erhielt. Mit Wirksamkeit vom 1. April 2004 wurde die Donau-Universität auf die Basis des Universitätsgesetzes 2002 gestellt. Die Donau-Universität Krems für Weiterbildung gehört jetzt zum Kreis der europäischen Universitäten mit kollegialer Rektorwahl, bestätigt mit 30.11. hat das zu erfolgen, Einsetzung eines Universitätsrates durch das Bundesministerium und Schaffung einer Kommission zur Berufung von Universitätsprofessoren.

Damit können Karrieremöglichkeiten für hervorragende Nachwuchswissenschaftler angeboten werden. An der Donau-Universität besteht allerdings nicht die Möglichkeit sich zu habilitieren oder ein Doktoratsstudium zu absolvieren. Sie hat als staatliche Universität für Weiterbildung ein europäisches Alleinstellungsmerkmal. Es gibt zwar auch andere derartige Einrichtungen, diese sind aber nicht staatlich, sondern ausschließlich privat geführt. Die Donau-Universität hat über Jahre auch mit den neuen EU-Ländern Kompetenz angeeignet

in einem Ausmaß wie keine andere Universität. Es gab schon bisher Stipendiaten und Kooperationen. Durch das Aneignen von Sprachen und eine spezielle Wirtschaftskompetenz sollen die neuen Chancen genutzt und die Beziehungen vertieft werden. Das neue Donau-Universitätsgesetz 2004 bringt mehr Autonomie bei der Studienplangestaltung für die Universitätslehrgänge, wobei die Donau-Universität in diesem Bereich bundesweit marktführend ist. Selbständig entscheidet sie auch bei der Einteilung der inneren Organisationsstruktur und bei der Personalentwicklung.

Weiters erhält die Donau-Universität den klaren Auftrag, zur Qualitäts- und Leistungssicherung ein eigenes Qualitätsmanagementsystem aufzubauen. Das gibt den Studenten eine größere Sicherheit für eine hochwertige Ausbildung. Damit ist diese Donau-Universität auf dem Weg sich zu einem zentraleuropäischen Kompetenzzentrum für universitäre Weiterbildung zu entwickeln.

Durch eine kürzlich getroffene Vereinbarung zwischen Bund und Land Niederösterreich wurden die finanziellen Rahmenbedingungen über die öffentliche Basisfinanzierung bis 2009 gesichert. Dabei steigt der Landesbeitrag von 545.000 Euro im Vorjahr und heuer 1,635.000 kontinuierlich an. Bis 2005/06 auf 3,088.000 Euro, fällt dann ab auf 2,180 Millionen, 1,090.000 und schließlich 2008 auf 1 Million Euro 8 und 9 und bleibt dann bei diesem Betrag.

Der Bund leistet als Mindestschulbeitrag bereits 6,238.000 Euro zum laufenden Betrieb, also für Professoren- und Forschungsgehälter. Bei den Verhandlungen mit dem Bund wurde vom Land erreicht - und das ist, glaube ich, schon eine gute Leistung -, dass das Budget der Donau-Universität im Falle einer generellen Erhöhung des Bundesbudgets prozentuell mit angehoben wird. Das Land hat für Alt- und Neubauinstandhaltung und Hauspersonal 53 Millionen Euro zu leisten. Für Leasingrate, Instandhaltung und Verwaltung macht der Landesbeitrag künftig 7,5 Millionen Euro aus.

In einem Vertrag mit der Donau-Universität wird geregelt, wie viel an Drittmitteln durch diese erwirtschaftet wird. 2003 wurden mit den Studiengebühren somit 18,7 Millionen Euro, immerhin 78,5 Prozent, durch Drittmittel finanziert. Firmen zahlen nämlich für ihre Studierenden bis zu 10.000 Euro und mehr an Studiengebühren. Über einen Alumni-Klub will man langsam auch einen Sponsoring aufbauen. Für diese besonderen Leistungen bietet das Land Niederösterreich den Präsidenten und Vizepräsidenten auch Prämien.

Weiters wurden Kooperationsbereiche zwischen Land und Donau-Universität vereinbart. So erarbeitet die Donau-Universität für das Land Niederösterreich Studien, Gutachten, führt Kongresse und Tagungen durch und organisiert Wissenschaftspreisverleihungen etc.

Im Vorjahr drohende Einsparungen von Bundesmitteln für die Donau-Universität konnten verhindert werden. Der Bund kommt derzeit seinen Verpflichtungen nach und anerkennt auch das Gesamtvolumen des Neubaus. Bis 2008 hat die Donau-Universität für den Bund Rechnungsabschluss, Tätigkeitsbericht und Leistungsvereinbarung zu erstellen. Ein Vergleich mit der bestehenden Universitätslandschaft zeigt, dass die Donau-Universität Krems mittlerweile mehr Studierende hat als die Montan-Universität Leoben, die Veterinärmedizinische Universität Wien und die einzelnen Universitäten der Künste. Dies ist zwar aus qualitativer Sicht nicht von Bedeutung, soll aber doch den Stellenwert innerhalb Österreichs Universitätslandschaft andeuten.

Mit derzeit bis zu 2.800 Studierenden aus 43 Ländern war es notwendig, die Donau-Universität auszubauen. Wesentlich für den Aus- und Neubau der Donau-Universität war neben den Forschungseinrichtungen die Schaffung von drei zentralen Infrastruktureinrichtungen wie ein moderner Festsaal, eine Bibliothek und eine Mensa. Diese zentralen Infrastruktureinrichtungen sind im Neubau integriert und stehen dem gesamten Bildungszentrum Campus Krems, also auch der Fachhochschule Krems zur Verfügung.

Die Landschaft rund um den Standort Krems mit dem Weltkulturerbe Wachau stellt auch ein besonderes Ambiente dar das Studierende heute erwarten. Die Kulturlandschaft Wachau wird in Stein unterstützt durch die NÖ Kunstmeile mit 400 m² Ausstellungsfläche und die Österreichische Filmgalerie GesmbH mit der Donau-Universität zu 51 Prozent als Mehrheitseigentümer und der NÖKU.

Nach 50 Jahren fällt das Vermögen laut Vereinbarung schließlich an das Land zurück. Die Filmgalerie richtet im ehemaligen Dampfkesselhaus der Tabakregie ein Programmkinos mit eigenständigem Profil ein. Als Verbindungselement zwischen der Donau-Universität und der Österreichischen Filmgalerie wird das Studienzentrum für Film der Donau-Universität agieren. Der Bund fördert diesen Bereich mit 360.000 Euro vom Kunststaatssekretariat, das Land leistet 150.000 Euro zum Betrieb.

Der Bau wird durch je 25 Prozent an EU- und Regionalmitteln sowie der Rest durch das Donau-Universität-Baubudget finanziert. Die weitere Entwicklung der Donau-Universität wird in den nächsten Monaten bis Ende Juni 2005 vom Gründungskonvent begleitet. Nach Ausschreibung der Position des Rektors und nach Wahlvorschlag des Rektors aus dem Bewerbungsverfahren an den Universitätsrat ist auch eine provisorische Satzung für die Universität für Weiterbildung Krems zu verabschieden. Und es kann davon ausgegangen werden, dass bis Mitte 2005 nicht nur alle Organe voll wirksam tätig sind, sondern auch die Organisationskonzepte, strategischen Entwicklungskonzepte und die mit dem Bund vereinbarten Professuren größtenteils geschaffen sind. Mittel- bis langfristiges Planungsziel sind bis zu 3.000 Studierende an der Donau-Universität für Weiterbildung.

Ich glaube, das ist heute ein Tag, den wir durchaus alle begrüßen können, ohne regionales und lokales Hickhack über die Parteien hinweg ist dem zuzustimmen, glaube ich. Wir machen das jedenfalls. Danke schön! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP.*)

Präsident Mag. Freibauer: Im Namen des Landtages darf ich die zahlreichen Besucher bei der heutigen Landtagssitzung recht herzlich begrüßen. Wir freuen uns besonders, dass so viele Schülerinnen und Schüler kommen und zuhören. Darunter wurde mir gesagt sind auf jeden Fall auch Schülerinnen und Schüler der Volksschule Pulkau. Herzlich willkommen alle miteinander! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Rinke.

Abg. Rinke (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Etwas das so wunderbar ist und so hoch gelobt wird kann gar nicht oft genug wiederholt werden. Und Pestalozzi meint ja, das Lernen liegt in der Wiederholung. Also möchte ich gerne dieser Zustimmung noch ein paar Worte der Zustimmung hinzufügen.

Die Universität für Weiterbildung Krems, so heißt es jetzt nach neuem Gesetz, wir werden sie weiterhin liebevoll die Donau-Universität nennen, DUK ganz einfach in der Abkürzung, denn sie ist uns in Niederösterreich, aber speziell hier in Krems und im Bezirk Krems so richtig ans Herz gewachsen. Diese Universität für Weiterbildung Krems,

Bildungspolitik und Standortpolitik im wahrsten Sinn des Wortes.

Wir in Niederösterreich setzen ja seit Jahren auf die bestmögliche Aus- und Weiterbildung um jedem Einzelnen die Möglichkeit zu bieten, die bestmöglichen Herausforderungen des Lebens wahrzunehmen und für die Unternehmen hochqualifizierte Arbeitskräfte mit wertvollem Humankapital eben zur Verfügung zu stellen.

Die Donau-Universität hat sich in den vergangenen Jahren zu einem unverzichtbaren Zentrum der NÖ Bildungslandschaft entwickelt. So wurde seit der Aufnahme des Studienbetriebes, und wir haben es jetzt von Herrn Dr. Nasko auch schon gehört, im Jahr 1995, das Leistungsangebot ständig erweitert. Und die Zahl der Studierenden stieg von hundert Studierenden im ersten Jahr eben auch dieses Wintersemester 2003/04 auf rund 2.700 Studierende an.

Die neue Vereinbarung regelt, dass das Land im Großen und Ganzen für die erforderliche Infrastruktur sorgt, während der Bund für alle notwendigen finanziellen Aufwendungen speziell den Personalaufwand übernimmt. Dem Land werden ab dem Vollbetrieb der Donau-Universität durchschnittlich Kosten von etwa 7,5 Millionen Euro jährlich erwachsen. Ein hochwertiges Bildungs- und Weiterbildungsangebot sind die Grundvoraussetzungen natürlich für einen attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsstandort, indem es immer härter wird im internationalen Wettbewerb standzuhalten. Wir in Niederösterreich wollen weiterhin eben auf dieser Überholspur bleiben und setzen daher mit dieser Investition in die Bildung auch eine hohe Wirtschaftlichkeit in Niederösterreich fort.

Wer die Bildungsdebatten der vergangenen Monate verfolgt hat, der stellt fest, dass man sich ziemlich schnell über die Defizite einigen konnte. Schwieriger ist es jedoch schon, sich auf konkrete Veränderungen zu verständigen. Das ist aber mit diesem neuen Gesetz großartig gelungen. Die gesetzliche Veränderung zur Universität für Weiterbildung Krems bringt jetzt auch die formale Gleichstellung mit anderen Universitäten im internationalen Vergleich.

Der Ausbau der Donau-Universität basiert ja eben auf dem Gutachten von Universitätsprofessor Erichsen zu dem Entwicklungskonzept das erstellt wurde für die Donau-Universität im März 2001, welches im Rahmen einer internationalen Expertengruppe erarbeitet wurde.

Dieses Konzept war die Grundlage für den Ausbau der Donau-Universität und rechtfertigt letztendes auch die hohe Landesförderung. Ich zitiere hier ein Zitat der Experten- und Expertinnen-gruppe. Sie hält das Konzept einer staatlichen Universität für postgraduale wissenschaftliche Weiterbildung für überzeugend und zukunftsweisend. Die Experten- und Expertinnengruppe empfiehlt daher, die Donau-Universität mit dem Auftrag wissenschaftlicher postgradualer Weiterbildung unbedingt fortzuführen. Die mit dieser Gesetzesänderung verbundene Möglichkeit, Universitätsprofessuren zu berufen, trägt wesentlich zum weiteren qualitätsvollen Ausbau der Donau-Universität Krems in Lehre und Forschung bei. Allein auf Grund des Bildungsauftrages wird gerade in der jetzigen Zeit, wo wir vor kurzem den Beitritt von 10 europäischen Ländern in der Europäischen Union feierten und begrüßten, der internationale Stellenwert der Donau-Universität Krems noch mehr an Bedeutung gewinnen.

Die hohe Eigenständigkeit als juristische Person öffentlichen Rechts seit Gründung ermöglicht hohe Flexibilität und starke Marktnähe. Das sind bei gleichzeitig exzellenter wissenschaftlicher Qualität für den Erfolg bei mittlerweile eben 2.700 Studierenden die entscheidenden Faktoren. Die Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich bis zum Jahr 2009 gibt der Donau-Universität Krems zum ersten Mal mittelfristige Finanzierungssicherheit und damit die Chance, strategische Ziele systematisch und kontinuierlich in die Praxis umzusetzen.

Synergien ergeben sich dadurch, dass die Donau-Universität in der Abteilung Biomedizin mit der Fachhochschule Krems die medizinische und pharmazeutische Biotechnologie unterrichtet, gemeinsam eben am Bildungszentrum Campus Krems eben Leitcharakter entfalten werden. Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft soll dem Wissenstransfer und Technologietransfer zwischen Ausbildungs-, Forschungseinrichtungen und Unternehmen ermöglichen. Mit diesen Maßnahmen sollen innovative technologische Entwicklungen in unserem Land gestützt werden. Sodosagen ist die Donau-Universität, wie wir es oft von „PPP-Modellen“ hören oder „NPM-Modellen“, eben hier ein „LLL-Modell“, das heißt, die Universität für Weiterbildung Krems wird das lebenslange lernen, „LLL“, in den Mittelpunkt ihres Tätigkeitsfeldes stellen.

In Ergänzung zu den bestehenden Gesetzen existiert im Bereich die Kultur, ein Kooperations-

vertrag des Landes Niederösterreich, womit auch die Verbindung zur Kultur- und Kunstmeile, wie Herr Dr. Nasko es schon vorher gesagt hat, mit der Donau-Universität hergestellt wird. Es ist eben eine großartige Synergie im Kulturbereich, hier in der Kulturschwerpunkthauptstadt Krems, wie wir es immer zu sagen pflegen wir Kremser, aber auch im Bildungsbereich.

Die Donau-Universität hat sich aber auch als familienfreundliche Hochschule mit eigener Kinderbetreuung auch während der Veranstaltungen außerhalb der üblichen Arbeitszeiten für Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie für Studierende bereit erklärt und unternimmt das auch. Sehr flexible Teilzeitarbeitsmodelle wie auch Sport- und Kulturprogramme werden hier angeboten. Die Entwicklung des neuen Campus Krems mit Audimax, Bibliothek, Forschungsgebäude, Mensa, Programmokino im ehemaligen Kesselhaus sowie dem bereits realisierten Campus-Bahnanschluss bieten Rahmenbedingungen die auch vom Umfeld her richtungsweisend für eine moderne Universität sind in einer modernen Stadt, in einer modernen Umgebung, in einem Land wie Niederösterreich.

Ich bedanke mich beim Herrn Landeshauptmann und bei allen hier Verantwortlichen die dazu beigetragen haben, den Bildungsauftrag für die Zukunft zu erfüllen und sage danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Doppler (ÖVP): Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 219/V-11/2:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Hensler, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 222/H-8/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Hensler (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Ich berichte über die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – EU-Integrationsprogramm, Ltg. 222/H-8/1.

Hoher Landtag! Der Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonder-

aktion für Gemeinden – EU-Integrationsprogramm *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, eine ‚Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – EU-Integrationsprogramm‘ im Sinne der Antragsbegründung vorzusehen und eine diesbezügliche Richtlinie zu erlassen, die den Gemeinden in geeigneter Weise bekannt zu geben ist.
2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, Gemeinden für von Kreditinstituten gewährte Darlehen bzw. für Leasingfinanzierungen Zinszuschüsse von höchstens 5% bis zu € 10.000.000,- im Rahmen der ‚Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – EU-Integrationsprogramm‘ zu gewähren. Für die finanzielle Bedeckung ist im Rahmen der jährlichen Budgets vorzusorgen.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich ersuche Sie, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Präsident Mag. Freibauer: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kernstock.

Abg. Kernstock (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Der Berichterstatter, Abgeordneter Hensler, hat uns eben die Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für die NÖ Gemeinden mit dem Titel EU-Erweiterungsprogramm zur Kenntnis gebracht. Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen auf die Landtagssitzung vom 2. Oktober 2003 verweisen, wonach schon damals der NÖ Landtag eine Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung im Zuge der Landes-Finanzsonderaktion, damals Zinszuschüsse für aufgenommene Darlehen von maximal 3 Prozent p.a. auf 15 Jahre zugestimmt hat. Schon damals habe ich in meiner Rede die enorme Wichtigkeit dieser Aktion begrüßt und hervorgehoben, dass diese finanziellen Unterstützungen für die NÖ Gemeinden seitens des Landes Niederösterreich von überaus großer Bedeutung sind. Zumal gerade in diesen schwierigen Zeiten enorme finanzielle Belastungen auf unsere Kommunen zukommen.

Nach wie vor haben wir in unserem Bundesland 28 Sanierungsgemeinden, die ohne finanzielle Hilfe des Landes ihr Budget nicht mehr ausgleichen

können. Insgesamt benötigt die NÖ Landesregierung dafür 14,8 Millionen Euro. Eine Besserung dieser misslichen Lage der Gemeinden ist leider nicht in Sicht.

Im Gegenteil: Laut einer Studie des österreichischen Gemeindebundes wird festgestellt, dass sich die kommunale Finanzlage der Gemeinden nur kurz entspannt hat. Diese kurze Entspannung wurde jedoch durch die Vorziehung von Projekten hervorgerufen. Für Jubelstimmung ist daher kein Platz. Die Gemeinden stehen vor neuen zusätzlichen Belastungen. Die Steuerreform 2004/2005 wird zusätzliche Belastungen und gleichzeitig weniger Einnahmen für die Gemeindehaushalte bringen.

In Zukunft ist also mit weiteren Defiziten zu rechnen, weil die Gemeinden über den Finanzausgleich einen großen Teil der Steuerreform 2005 finanzieren müssen. Nach einer Presseaussendung des Finanzministeriums entstehen den Gemeinden durch die Steuerreform 2005 Mindereinnahmen in der Höhe von 26 Millionen Euro, die im Jahre 2004 von 229 Millionen im Jahr 2005, von 395 Millionen Euro im Jahr 2006 und dann ab 2007 jährlich 328 Millionen Euro. Zu diesen Beiträgen kommen noch die Finanzierungsbeiträge der Gemeinden zur Steuerreform 2004.

Es ist also zu erwarten, dass sich die Gemeinden diese Einnahmeverluste durch anderweitige Maßnahmen wieder hereinholen werden müssen. Die Finanzverfassung muss daher sicherstellen, dass den Ländern jene Mittel zur Verfügung stehen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Bei der Verteilung dieser Mittel soll auch berücksichtigt werden, dass einzelne Länder wie auch Gemeinden zentralörtliche und ballungsraumsspezifische Aufgaben zu erfüllen haben, die besonders kostenintensiv und daher eine besondere Berücksichtigung bei der Aufteilung derselben finden müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nur auf Grund der wenigen aufgezeigten Argumente hinsichtlich der Finanzlage unserer Gemeinden ist diese zu beschließende Aktion wieder besonders begrüßenswert. Der fünfprozentige Zinszuschuss aus dem Titel EU-Erweiterungsprogramm für Projektvolumen von 12,5 Millionen Euro für insgesamt 22 Vorhaben ist aber trotzdem zu hinterfragen. Dies deshalb, da folgende kommunale Einrichtungen gefördert werden sollen.

Zum Beispiel: Abwasserbeseitigungsanlage, eine Sanierung einer Volksschule, Kinderbetreuungseinrichtungen, Ortsplatzgestaltung, Umbau eines Feuerwehrhauses und dergleichen mehr. Ich stelle mir daher die Frage, ob diese Maßnahmen,

die zweifelsohne für die Gemeinden natürlich alle von enormer Wichtigkeit sind, wirklich aus dem Titel „EU-Erweiterungsprogramm – Integrationsprogramm“ zu finanzieren sind.

Wir haben vernommen, dass es sich bei der nun zu beschließenden Summe um eine Zwischenfinanzierung für einen Zeitraum von drei Jahren bzw. in besonders gelagerten Fällen bis zu fünf Jahren durch das Land Niederösterreich handelt. Meines Erachtens ist also noch nicht gesichert, dass die Gemeinden auch in den nächsten Jahren mit einer Landes-Finanzsonderaktion in diesem Ausmaß rechnen können. Hängt es doch immer wieder von der Willkür des jeweiligen Finanzreferenten ab, ob Zwischenfinanzierungszinsen für unsere Gemeinden für besondere und wichtige Vorhaben in den Kommunen im Landesbudget bereitgestellt werden.

Es ist daher für uns sozialdemokratische Abgeordnete in diesem Hohen Haus von besonderer Wichtigkeit, dass seitens des Landtages die NÖ Landesregierung aufgefordert wird, eine diesbezügliche Richtlinie zur Weitergewährung der Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden zu erlassen. Wir werden auch unseren Teil dazu beitragen und hoffen, dass es nicht zu lange dauern wird bis es zur Erarbeitung der genannten Richtlinie kommt.

Ich glaube, dass es uns die 573 Gemeinden in unserem schönen Bundesland Niederösterreich danken werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Nowohradsky.

Abg. Nowohradsky (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Mitglieder der Landesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zur Landes-Finanzsonderaktion, glaube ich, ist zu sagen, dass es in Niederösterreich eine lange Tradition hat, eine ausgezeichnete Hilfe für die Gemeinden in besonderen Umständen. Ziel ist es immer wiederum gewesen, dass es hier kein Gießkannenprinzip gibt, sondern möglichst gezielt in den Regionen eingesetzt wird, auch gezielt in der Richtung wenn es sich um spezielle Maßnahmen handelt. Zum Beispiel bei einer Sonderfinanzaktion, die im Bereich des Hochwassers vor einigen Jahren gelegen ist. Im August 2002 hat es dazu eine Sondersitzung der NÖ Landesregierung gegeben und es hat hier zusätzlich 100 Millionen Euro für die Hochwasserhilfe gegeben und zusätzlich für die Gemeinden, für die Schäden in den Gemeinden

selbst um 15 Millionen Euro mehr, dass die Finanzaktion damals verdoppelt wurde.

Wichtig ist auch, dass es zum Beispiel für die Erweiterung eine besondere EU-Erweiterungsfinanzaktion gegeben hat. Und ich glaube, diese Finanzaktion war sehr erfolgreich. Denn keine Region ist so betroffen von der EU-Erweiterung wie das Land Niederösterreich und wie unsere Gemeinden. Und ich glaube, hier hat Niederösterreich eine ganz tolle Bilanz beim Abholen von Fördergeldern aus Brüssel erarbeitet. Denn es wurden über 431 Millionen Euro mehr nach Niederösterreich hereingeholt - ich weiß schon, nicht direkt für das Land Niederösterreich und für die einzelnen Gemeinden, aber für sämtliche Projekte -, als bezahlt worden ist. Das heißt also, Niederösterreich ist eigentlich Gewinner und nicht Verlierer im Bereich der EU. Einen Stehsatz, den wir eigentlich draußen bei allen Diskussionen verwenden sollten, und da sollten wir stolz darauf sein, dass, wenn ein Euro an Brüssel geht, kommen drei Euro nach Niederösterreich zurück. Und ich glaube, das ist ein Erfolg der NÖ Landesregierung, des NÖ Landtages.

Es ist hier auch ein zweites, und zwar das auch vielleicht ein Slogan ist, aber der sehr wichtig ist. Es darf kein Euro in Brüssel bleiben. Und das war der Anspruch Niederösterreichs und der ist tatsächlich erfolgt. Denn wir haben zum Beispiel ein effizientes Projektmanagement in Niederösterreich aufgezogen und Niederösterreich hat vor den anderen Bundesländern in diesem Bereich die Nase vorne.

Das zeigt nicht nur der Nettogewinn von 431 Millionen Euro für 2003, sondern auch bereits die Prämie von mehr als 8 Millionen Euro, die Niederösterreich für 2004 bekommt. Und das war eben das Ziel dieser EU-Landes-Finanzsonderaktion für die Gemeinden, dass hier eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Land Niederösterreich und den Gemeinden erfolgt.

Jetzt, bei dem neuen Programm, bei der Landes-Finanzsonderaktion, EU-Erweiterungsprogramm war es auch, dass geplante Projekte der Gemeinden vorzuziehen und zu realisieren seien. Dass die Attraktivität der einzelnen Projekte gesteigert werde, beispielsweise im Bereich der Verbesserung der Wirtschaftsansiedlung, der Einrichtung von Einkaufs- und Kommunikationszentren im Ortskern, und vor allem auch, dass der Tourismus hier gestärkt wird.

Bei dieser Aktion ging es damals darum, die Gemeinden fit für die EU-Erweiterung zu machen. Es haben damals 49 Gemeinden daran teilgenommen und das Land gewährte Unterstützungen im Ausmaß von 34 Millionen Euro. Diese Projekte bezogen sich vor allem auf die Bereiche Infrastruktur, EDV und Tourismus.

Die diesjährige Finanzsonderaktion des Landes ist mit weiteren 10 Millionen dotiert. Diese Aktion ermöglicht wiederum ein Vorziehen von verschiedenen Projekten. Es ist vor allem auf grenzüberschreitende, das heißt also Gemeinde überschreitende Projekte bedacht, die werden besonders gefördert. Es soll jedoch kein Zuschuss zum Budget als solches sein, sondern es sollen nur Projekte gefördert werden welche die Infrastruktur betreffen, die regionale Wertschöpfung und die Attraktivität der Gemeinden, vor allem im touristischen Bereich hervorheben.

Das Land Niederösterreich übernimmt die Zinsen für die Projekte der Gemeinden, wodurch die Gemeinden mehr Finanzspielraum für andere kommunale Aufgaben haben. Insgesamt erwartet man sich hier Investitionen in der Höhe von rund 100 Millionen Euro.

Und ich glaube, wenn mein Vorredner irgendwo gesagt hat, diese Finanzaktion die sollte hier nicht der Willkür des Finanzlandesrates überlassen werden, ich glaube, hier haben wir mit Wolfgang Sobotka einen, der immer wiederum gezeigt hat, dass für die Zukunft auch für die Gemeinden gedacht wird und eben dieses Erweiterungsprogramm hier heute auch beschlossen wird.

Unser Ziel ist es, Niederösterreich und seine Gemeinden zu den besten und attraktivsten und modernsten Europas zu machen. Es ist wichtig hier eine Standortpolitik zu betreiben. Eine Standortpolitik in der Richtung, dass hier Arbeitsplätze gesichert werden und auch Arbeitsplätze ins Land kommen. Denn wir wissen ganz genau, dass gerade die Gemeinden jene sind, die Investoren in einem großen Ausmaß sind und vor allem auch jene sind, die die Motoren eigentlich der Investitionspolitik in den Regionen draußen sind. Daher bin ich sehr froh, dass wir heute diesen Beschluss fassen können und ersuche um Ihre Zustimmung. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe eigentlich vorgehabt, bei diesem Tagesordnungspunkt unsere Zustimmung zu signalisieren und diese vorliegende Landes-Finanzsonderaktion als gut zu loben und eher sehr kurz zu sprechen im Sinne der Harmonie in diesem Hause. Ich muss aber dennoch ein bisschen auf meinen Vorredner eingehen, weil er natürlich ein sensationelles Beispiel für die Mathematik geliefert hat.

Wir haben ja hier in diesem Haus sehr berufene Mathematiker, auch Mathematikprofessoren. Einer, glaube ich, hat sogar den Vorsitz heute. Und ich glaube, es wäre angebracht, wenn er sich hier einmal erkundigen würde, wie das funktioniert mit dem 1 Euro, 3 Euro. Weil dass wir einen Euro nach Brüssel bezahlen und drei Euro zurückbekommen als Niederösterreicher, das kann man sich beim besten Wissen und beim besten Vorstellungsvermögen nicht vorstellen.

Weil ich frage mich dann, was ist denn dann mit den anderen Bundesländern? Vielleicht hast du da ein bisschen was verwechselt. Wie wir wissen, bekommen ja andere Bundesländer auch Geld von Brüssel. Und das Burgenland, soweit mir jedenfalls bekannt ist, war ja sogar Ziel 1-Gebiet und hatte dementsprechend mehr bekommen.

Aber so ist es halt mit dem Rechnen. Man kann sich einiges aussuchen, man kann einiges drehen und man kann einiges so darstellen wie es in Wirklichkeit nicht ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber jetzt zu der Landes-Finanzsonderaktion, die wir heute auf der Tagesordnung haben. Wir haben im Jahr 2002, und es wurde ja schon angesprochen, eine Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden beschlossen. Unter dem Motto Konjunkturbelebung. Diese Landes-Finanzsonderaktion hat sich sehr gut bewährt. Es hat sich gezeigt, dass das Ziel, die Wirtschaft über die Gemeinden zu beleben, damit auch erreicht werden konnte.

Und ich finde es auch richtig, dass nach Auslaufen des EU-Erweiterungsprogrammes durch die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden das EU-Integrationsprogramm für die Gemeinden kommt. Denn die EU-Erweiterung stellt auch die Gemeinden vor neue Herausforderungen. Und meine geschätzten Damen und Herren, wir haben es in den letzten Landtagssitzungen erlebt, auch hier im Landtag haben manche nur die rosarote Brille gehabt. Haben nur erzählt wie positiv alles wird, dass wir in einem geheiligten, in einem se-

gensreichen Land leben und dass keine Probleme vor uns sind.

Die Tatsache aber, die Tatsache, die schaut leider für unsere Gemeinden anders aus. Die EU-Erweiterung wird auch unsere Gemeinden vor Probleme stellen. Die Gemeinden werden auch vor anderen Problemen stehen. Landesfinanzausgleichsverhandlungen, wurde schon angesprochen, hier kommt auf die Gemeinden einiges zu.

Geschätzte Damen und Herren! Es ist richtig, dass wir hier Initiativen ergreifen um die Gemeinden zu unterstützen. Denn gerade die Gemeinden sorgen durch ihre Investitionen für Wirtschaftswachstum, und gerade die Gemeinden sorgen mit ihren Investitionen dafür dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Und es gibt da verschiedenste Studien. Eine Studie, die mir bekannt ist besagt, dass jede Million, die eine Gemeinde investiert, 1,5 Arbeitsplätze sichert, und zwar für ein Jahr.

Das bedeutet, die Gemeindeinvestitionen sind für zirka 20.000 Arbeitsplätze hier in Niederösterreich verantwortlich. Und die Gemeinden setzen ihr Geld so ein, dass wir auch hier dementsprechend Investitionen für die Wirtschaft bringen. Und weil wir schon die Arbeitslosigkeit angesprochen haben: Auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich zeigt, wie wichtig diese Sonderfinanzaktion ist. Wir haben im Mai 2004 32.960 Personen als arbeitslos gemeldet. Das sind immerhin um 760 mehr als im Mai 2003. Und zusätzlich, das sollte man nie vergessen bei dieser Statistik befinden sich 7.069 Arbeitslose in Schulung. Hier sind es gerade die Gemeinden, die mit ihren Investitionen gegensteuern. Und genau deswegen glaube ich auch, dass diese Landes-Finanzsonderaktion eine sehr positive Sache ist und dass wir hier unsere Zustimmung geben sollten um unsere Gemeinden auch dementsprechend zu stärken, damit unsere Gemeinden auch in Zukunft unsere Wirtschaft entsprechend unterstützen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Grünen werden dem vorliegenden Antrag zustimmen. Wie wohl auch wir einige kritische Anmerkungen zu dieser zusätzlichen Gemeindefinanzierungsmöglichkeit haben. Ich habe im Ausschuss die Frage aufgeworfen, welche Prioritäten denn in der Vergangenheit bei dieser Sonderförderungsak-

tion EU-Erweiterungsprogramm in Höhe von 90 Millionen Schilling gesetzt worden seien und was denn die Richtlinien seien für diese Förderungen.

Daraufhin hat es im Ausschuss geheißen, dies sei alles dem Gemeindeförderungsbericht zu entnehmen. Ich habe mir jetzt die Mühe gemacht und habe den Gemeindeförderungsbericht unter diesem Aspekt durchgeblättert. Ich kann aber dort keine Antwort auf meine Fragen finden. Das ist zwar ein ziemliches Telefonbuch mit sehr vielen Einzelsummen. Aber das, was ich eigentlich hier in diesem Hause diskutiert wissen will, welche Prioritäten setzen wir, was ist es was ein EU-Förderungsprojekt gegenüber anderen Förderungsprojekten ausmacht. Das ist diesem Bericht nicht zu entnehmen. Nicht einmal dem Teilbericht aus dem Ressort von Frau Landesrätin Mikl-Leitner.

Da sind zwar Kindergartenförderungen und derartiges explizit ausgewiesen, aber was aus dem Titel EU-Erweiterung denn so besonders den Gemeinden hier zuteil werden soll, keine Antwort in dem Bericht. Und da ist natürlich der heutige Antrag schon sehr dürftig. Denn wenn die einzigen Kriterien, die hier im Antrag erwähnt sind, dass man beachten soll die strukturelle Lage der Gemeinde, die räumliche Ausdehnung, die Bevölkerungsdichte, den Anteil der Zweitwohnsitzer sowie die Bevölkerungsentwicklung, dann stelle ich mir die Frage, ja und wie, in welcher Art und Weise? Will man besonders in strukturschwache Gemeinden investieren? Ist es eine Voraussetzung, was, glaube ich, wichtig wäre, dass das Projekt irgendeine Art von internationalem Charakter hat? Sei es dass es ein Austauschprogramm ist, sei es dass es ein spezifisches Bildungs- und Kulturprogramm ist. Nichts! Kein Wort davon. Und das Wort Willkür des jeweiligen Fachreferenten, ich wär' ja gar nicht so weit gegangen, das ist vom Abgeordneten Kernstock gekommen, das heißt von einem Vertreter einer Regierungspartei. Also wenn wir heute dem trotzdem zustimmen ist das ein gewaltiger Vertrauensvorschuss. Und ich gehe davon aus, dass in einem nächsten Gemeindebericht das doch sehr viel präziser, nämlich auch verbal, auszuführen ist. Irgendein Zahlenfriedhof über viele, viele hundert Seiten, das ist keine politisch befriedigende Antwort. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wie gesagt, die Grünen haben die EU-Erweiterung sehr befürwortet. Wir glauben, dass es ein epochales Projekt ist. Wir glauben auch, dass die kleinen Schwierigkeiten, die so als Begleitumstände zu erwarten sind, dazu da sind um gemeinsam bewältigt zu werden mit unseren Partnern in den neuen Nachbarländern. Aber hier müsste schon sehr viel mehr an inhaltlicher Prioritätensetzung

kommen, und zwar insbesondere von den Regierungsparteien.

Unserer Meinung nach gehören zu solchen Projekten insbesondere Kulturprojekte, Bildungsprojekte, auch Wirtschaftsjahrprojekte. Aber es müsste ein internationaler Aspekt dabei sein. Besondere Bedeutung könnten in diesem Zusammenhang Schlüsselprojekte in den jeweiligen Regionen, in den jeweiligen Bezirken haben. Und Sie wissen, dass es halt einige derartiger möglicher Schlüsselprojekte gibt, die mir persönlich ganz besonders am Herzen liegen. Insbesondere beispielsweise das Projekt des Safariparks Gänserndorf. Ich verstehe nicht, warum es in dem Zusammenhang bisher offenbar, so entnehme ich den Berichten, nicht möglich war, EU-Gelder anzusprechen, was meiner Meinung nach für ein internationales Auffangzentrum für gefährdete Tiere, für bedrohte Tiere, die das Opfer von Artenschmuggelgeschäften geworden sind, gäbe es solche EU-Förderungsmittel. Sie sind bislang meines Wissens nach nicht angesprochen worden.

Über derartige Schlüsselprojekte könnten und sollten wir sinnvoll reden. Eine wirklich jeden Grund und jeden Boden entbehrende, eine bodenlose Polemik in dieser Causa, die lehnen wir ab und weise ich zurück, Herr Abgeordneter Nowohradsky. Wenn Sie soeben in einer Aussendung ohne irgendwie mit uns, mit mir, darüber diskutiert zu haben, behaupten, wenn es nach mir ginge wären die Tiere in Gänserndorf tot, dann muss ich sagen, hier haben Sie wirklich den Ton verfehlt, hier sind Sie zu weit gegangen und das ist ungeheuerlich. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Mag. Fasan: Eine Entschuldigung ist fällig!)*

Wenn Sie sagen, mein Verhalten sei beschämend, dann gebe ich Ihnen das zurück und sage, ich finde es eher beschämend, wenn ein Antrag wie er von mir gekommen ist, wie er von mir gekommen ist, und zwar Anfang dieses Jahres, dass der Safaripark Gänserndorf finanziell abgesichert werden soll, Sofortmaßnahmen zur Rettung des Safariparks Gänserndorf, ein Antrag Dr. Petrovic, Mag. Fasan, Dr. Krismer, Weiderbauer, Mag. Ram und Waldhäusl, dann frage ich schon, wieso Ihr Name als regionaler Abgeordneter nicht auf einem derartigen Antrag aufscheint. *(Beifall bei den Grünen und Abg. Mag. Ram. – Zwischenruf bei Abg. Nowohradsky.)*

Es ist zweitens ungeheuerlich ... Darauf komme ich soeben. Darauf komm ich sogleich. Es sind ja hier auch diverse Förderungsmaßnahmen aufgelistet. *(Abg. Nowohradsky: Wir können das ohne weiters diskutieren.)*

Darauf können wir gerne zurückkommen. Es sind

sehr wohl Mittel von der ECO-PLUS gewährt worden. Ich verweise auf die Seite 407 dieses hier vorliegenden Berichtes. Aber es ist zweitens ungeheuerlich, Herr Nowohradsky, denn es gibt Ihr Demokratieverständnis hier allgemein kund, denn da können Sie schreien soviel Sie wollen. Je mehr Sie im Unrecht sind desto lauter schreien Sie. Das habe ich schon gelernt in dem Haus. *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Wenn Sie mir vorwerfen, was erstens falsch ist aber nichts zur Sache tut, ich hätte nichts gespendet, ja, meine Damen und Herren, glauben Sie denn, das Geld des Landes, das all diesen Projekten hier gewährt wird, ist eine Spende? Glauben Sie die Steuerzahler spenden da so reihenweise? Und die zuständigen vier Fachreferenten der Landesregierung geben Spenden in die Länder? Meine Damen und Herren! Hier geht es um die Verfügung von Steuergeldern. Und hier ist es mit Fug und Recht unsere Aufgabe, Rechenschaft zu geben. *(Abg. Hiller: Wem wollen Sie das erzählen? Sparen Sie sich Ihre Belehrungen!)* Nona sagen Sie. Lesen Sie einmal! *(Beifall bei den Grünen.)*

Ihr Kollege scheint ein anderes Verständnis zu haben. Und das Demokratieverständnis finde ich sehr bemerkenswert und eigentlich ungeheuerlich.

Aber drittens gebe ich zu bedenken, dass es offenbar bei all diesen Projekten auch keine Erfolgskontrolle gibt. Und dass Sie nicht das Prinzip der Sparsamkeit beachten. Denn während Sie, das stimmt ja, Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausschütten, passiert bei diesem internationalen europäischen Schlüsselprojekt Folgendes: Sie können es dem Internet entnehmen: *(Zeigt Schriftstück)* Insolvenzverkauf der Tiere. Hier werden die Tiere einzeln, und zwar halt die die was wert sind, verhökert. Und das vor dem Hintergrund von 800.000 Euro Steuergeld was hier bereits geflossen ist.

Meine Damen und Herren! Wenn mit europäischen Schlüsselprojekten so umgegangen wird, dann, glaube ich, ist das kein gutes Beispiel für eine erfolgreiche Förderungsaktion. Und in diesem Sinn verlangen wir gerade über dieses Projekt volle Aufklärung. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Renner.

Abg. Mag. Renner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Kollegen!

Wir besprechen heute die äußerst positive Einrichtung der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden, namentlich EU-Integrationsprogramm und an sich ist natürlich jede Förderung, welche Gemeinden erfahren, besonders in dieser angespannten finanziellen Situation sehr erfreulich. Ein wenig schwierig nachzuvollziehen ist allerdings die Tatsache, dass unter dem Fördertitel EU-Erweiterungsprogramm folgende Projekte laufen. Ich nenne die Gemeinden jetzt nicht namentlich, aber es werden Abwasserbeseitigungsanlagen, Wasserversorgungsanlagen um 2,9 Millionen Euro oder Neubauten von Sportplatzkabinen um 220.000 Euro oder ein Rathausumbau um 1,8 Millionen Euro gefördert.

Wie gerade erwähnt, ist natürlich selbstverständlich jede Gemeindeförderung zu begrüßen. Wenn man allerdings weiß, und ich habe in mehreren Sitzungen schon darauf hingewiesen, dass ich aus einer Grenzregion stamme, und wenn man somit weiß, welcher Nachholbedarf in diesen Grenzregionen besteht, dann müssten mehr echte Förderungen in echte EU-Programme in diese Regionen fließen. Und vor diesem Hintergrund erscheint der Förderungstitel EU-Erweiterungsprogramm etwas unpassend.

Ich lasse es jetzt dabei bleiben, diese Kritik anzubringen, und habe schon wiederholt darauf hingewiesen, dass Infrastruktur usw. im Zuge der EU-Erweiterung im Bezirk Gänserndorf und darüber hinaus zu wünschen übrig lässt. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Herzig.

Abg. Herzig (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste!

Ich glaube, hier liegt ein Entwurf vor dessen Bedeutung man erst in einigen Jahren wird abschätzen können. Es ist schon gesagt worden, dass in den Gemeinden in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben zu bewältigen sind, dass die Gemeinden immer mehr Aufgaben bekommen und dass auf der anderen Seite aber auch die Verpflichtung zu bezahlen dadurch immer größer wird.

Und bereits in seiner Sitzung vom 31. Jänner 2002 hat für notwendige Maßnahmen der Landtag von Niederösterreich beschlossen, die Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden Konjunkturbelebung. Mit diesem Beschluss konnten Maßnahmen mit einem Bauvolumen von zirka 54,2 Millionen Euro umgesetzt werden. Ursprünglich war diese

Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden Konjunkturbelebung mit 31. Juni 2003 befristet, aber mit Beschluss der NÖ Landesregierung vom 1. Juli 2003 wurde diese Aktion im Rahmen der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden, EU-Erweiterungsprogramm, fortgesetzt.

Damit wurde den Gemeinden die Zwischenfinanzierung weiterer vorgezogener Maßnahmen für infrastrukturelle Investitionen ermöglicht und erleichtert. Die NÖ Gemeinden konnten nicht zuletzt durch diese Förderung weitere Maßnahmen mit einem Bauvolumen in der Höhe von weiteren zirka 90 Millionen Euro durchsetzen und vorzeitig in die Wege leiten und damit die Wirtschaft ganz wesentlich beleben.

Und hier darf vor allem dem Finanzlandesreferent Herrn Landesrat Mag. Sobotka und auch Herrn Landesrat Gabmann gedankt werden. Denn es ist nicht gerade in Zeiten wo die Mittel immer kürzer und knapper werden, sehr leicht, Mittel für solche Sonderaktionen locker zu machen. Und durch diese und auch andere weitsichtige Maßnahmen kann Niederösterreich als Wirtschaftsstandort mit wirtschaftlicher Kompetenz als Nummer 1 in Österreich angesehen werden.

Ich darf als Beispiel nur aus dem Rechnungsabschluss 2003 erwähnen, rund 4,6 Millionen Euro für EU-Erweiterungsprojekte, für Vorhaben in den Gemeinden, und das wird hier ganz offen auch ausgewiesen, 3,3 Millionen Euro für Energie, Güterwege, Hochwassermaßnahmen und sonstige Konjunkturbelebung zirka 1 Million, die, glaube ich, sehr erwähnenswert sind.

Mit der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 ist auch die Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden, EU-Erweiterungsprogramm, abgeschlossen. Um aber die Wettbewerbsfähigkeit der NÖ Gemeinden weiter zu fördern und zu stärken, sind auch weitere Maßnahmen und Anstrengungen notwendig. Es muss also der bisher eingeschlagene Weg fortgeführt werden um den Gemeinden weiterhin die gezielte Standorts-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu ermöglichen. So sollen nun im Rahmen der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden, EU-Integrationsprogramm, in den nächsten 10 Jahren weitere 10 Millionen Euro für die Übernahme von Zwischenfinanzierungszinsen für einen Zeitraum von 3 Jahren und in besonderen Fällen für fünf Jahre durch das Land Niederösterreich zur Verfügung gestellt werden. Mit geplanten Richtlinien, und darauf darf ich vielleicht verweisen, weil das als Kritik der Vorredner gekommen ist, dass hier keine Richtlinien noch sind: Es steht im

Antrag drinnen, und zwar gleich im Punkt 1, dass die NÖ Landesregierung beauftragt wird, im Sinne der Antragsbegründung vorzusehen und eine diesbezügliche Richtlinie zu erlassen. Es ist sehr wohl vorgesehen hier eine Kontrolle und Richtlinien werden vorhanden sein, wo zum Beispiel drinnen stehen wird, dass die strukturelle Lage, die Bevölkerungsdichte, die Bevölkerungsentwicklung usw. ... Und hiermit wird auch sichergestellt, dass die Mittel zielgerecht und zielsicher eingesetzt werden.

Eine ganz kurze Bemerkung auch zum Herrn Kollegen Mag. Ram, der über die Arbeitslosen in Niederösterreich ein Wort verloren hat. Ich würde hier nur auch eines bitten immer zu berücksichtigen: Dass auch die Arbeitslosen, die durch Arbeitsplatzverlust in Wien und die als Pendler geführt werden, dass die leider auch in die Statistik von Niederösterreich hineinfallen. Man soll also nicht nur immer Niederösterreich schlecht darstellen, sondern gerade Niederösterreich hat durch viele Maßnahmen bewiesen, dass auf diesem Gebiet ganz Wesentliches geleistet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Persönlich bin ich überzeugt, dass mit dieser Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden das richtige Mittel gefunden wurde die Gemeinden zu stärken, die Wirtschaft anzukurbeln, Arbeitsplätze zu sichern, aber auch neue zu schaffen. Und daher darf ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ersuchen, diesem Antrag auch Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Hensler (ÖVP): Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 222/H-8/1:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

Ich ersuche Frau Abgeordnete Mag. Renner, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 218/A-2/14 einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Mag. Renner (SPÖ): Ich berichte zu Ltg. 218/A-2/14 über einen Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses der Abgeordneten Razborcan, Dipl.Ing. Eigner, Mag. Fasan, Mag. Ram u.a. *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass das Bezirksgendarmeriekommando Wien-Umgebung bei einer Änderung der Aufbaustruktur der Exekutive zur Bildung eines einheitlichen Wachkörpers in einem Bezirkspolizeikommando jedenfalls erhalten bleibt.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich ersuche Sie um die Einleitung der Debatte und um die anschließende Abstimmung.

Präsident Mag. Freibauer: Ich danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Razborcan.

Abg. Razborcan (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Österreich ist eines der sichersten Länder dieser Erde. Doch gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen haben sich verändert und auch das politische, geopolitische Umfeld unserer Heimat ist ein anderes geworden. Entwicklungen wie die Erweiterung der Europäischen Union führen uns das klar vor Augen. Denn was für alle Bereiche des öffentlichen Lebens gilt, gilt für die öffentliche Sicherheit ganz besonders.

Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Daher gilt es gerade in diesem Bereich die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen um den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes nachhaltig höchstmögliche Sicherheit zu garantieren. Natürlich ist Sicherheit ein subjektives Empfinden. Für jeden von uns bedeutet dieser Begriff etwas anderes. Dennoch denke ich, dass sich dieser subjektive Sicherheitsbegriff objektiv untermauern lässt.

Subjektiv mögen viele Menschen das Gefühl haben, in den Medien immer öfter von Einbrüchen, Diebstählen und Gewaltdelikten zu hören. Lässt sich dieses Gefühl aber auch durch Zahlen objektiv belegen? Allerdings! Und die Zahlen lassen an Deutlichkeit leider nichts zu wünschen übrig. Während mit beinahe 600.000 Delikten im Jahr 2003 die Kriminalitätsrate um unglaubliche 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen ist, sank die Aufklärungsrate von 51,4 Prozent 1999 auf 40,8 Prozent im Jahr 2002, Tendenz weiter fallend.

Auffallend erscheint an diesen Zahlen jedoch auch eine andere Tatsache. Als Innenminister Dr. Strasser nach der Bildung der blau-schwarzen Bundesregierung das Innenministerium übernahm,

übernahm er eine funktionierende Sicherheitsbehörde, deren Aufklärungsrate über lange Zeit stabil gewesen war. Österreich galt als sicherstes Land in Europa. Nicht zu Unrecht wird Strasser daher bisweilen als Totengräber der Sicherheitspolitik bezeichnet. Denn vom sichersten Land Europas abzurutschen in ein Land in dem Meldungen über Serien-Autoeinbrüche, Gewalt- und Drogendelikte bis hin zum dreisten Einbruch in einer Friedhofshalle auf der Tagesordnung stehen, ist wahrlich nicht das Ergebnis einer Sicherheitspolitik, die das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Auge hat. Darum muss die Strasser'sche Kürzungsorgie, die in Budgetkürzungen, Einsparungen, in Schließungen dutzender Gendarmerieposten und Polizeiwachzimmer und damit letztendlich in dramatisch ansteigenden Verbrechenszahlen ihren Niederschlag findet, endlich ein Ende haben.

Nach der Schließung von fünf Gendarmerieposten im Bezirk Wien-Umgebung wird in den bereits dem Ministerrat vorgelegten Team 04-Projekt vorgeschlagen, auch noch das Bezirksgendarmeriekommando Wien-Umgebung aufzulösen und die betroffenen Gebiete verschiedenen anderen Kommanden zu unterstellen. Zu lesen ist eine Aufteilung des Gerichtsbezirks Schwechat nach Bruck a.d. Leitha, Klosterneuburg und die sechs Wienerwaldgemeinden nach Tulln sowie Gerasdorf zum Bezirksgendarmeriekommando nach Korneuburg. Bei einer Auflösung der derzeit bestehenden Struktur ist eine massive Verschlechterung für den Bezirk, ein weiteres Ansteigen der Kriminalität zu befürchten.

Auch in Krisensituationen, wie zum Beispiel Naturkatastrophen, wo es auf rasche und gute Kommunikation ankommt, würde die Auflösung des Bezirksgendarmeriekommandos Wien-Umgebung Nachteile mit sich bringen. Der Bezirkseinsatzleitung würde dann nicht mehr wie bisher ein Bezirksgendarmeriekommando angehören, sondern drei fremde Kommanden mit komplizierter Verantwortungsstruktur.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Umso mehr möchte ich allen Fraktionen im NÖ Landtag meinen aufrichtigen Dank aussprechen, dass sie den von mir initiierten Antrag, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die derzeitige Exekutivstruktur mit einem Bezirksgendarmeriekommando Wien-Umgebung erhalten bleibt, unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Mag. Ram.)*

Der einstimmige Beschluss dieses Antrages wäre für mich ein deutliches Signal, dass die Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen in

unserem Bundesland nicht parteipolitischen Interessen unterliegen, sondern dass dieses wichtige Anliegen über alle Parteigrenzen hinweg Geltung hat. Aber es ist auch weiterhin rasches und vor allem parteiübergreifendes Handeln gefragt. Und die Stimmen, die das Handeln zum Wohle der Menschen in diesem Land lautstark einfordern, mehren sich in den letzten Tagen und Wochen. Angefangen bei der Kritik des Rechnungshofes hinsichtlich der Terrorvorsorge am Flughafen Schwechat nach der Auflösung des mobilen Einsatzkommandos, das vor allem aus Reaktion auf den Terrorüberfall auf dem Flughafen gegründet wurde.

Der Rechnungshof ist der Ansicht, dass die Stationierung einer Sondereinheit in Flughafennähe dringend notwendig sei. Die vom Innenministerium vorgeschlagene Berücksichtigung einer sicherheitspolizeilichen Sondersversorgung des Flughafens im Zusammenhang mit der Fusion von Gendarmerie und Polizei sei zu wenig.

Auf Unverständnis über alle Parteigrenzen des Bezirkes Wien-Umgebung stößt auch die von Minister Dr. Strasser in Auftrag gegebene neue Ausschreibung der Sicherheitskontrollen am Flughafen Wien. In den Ausschreibungskriterien wird das Verhältnis Kostenfrage und Sicherheit genau auf den Kopf gestellt. Waren es früher 65 Prozent Sicherheit und 35 Prozent Kosten, so ist es bei der jetzigen Ausschreibung genau umgekehrt. Die Sicherheit hat dabei nur mehr einen 35-prozentigen Anteil und wird zu Dumpingpreisen gehandelt.

Und ein weiteres Beispiel, sehr geehrte Damen und Herren: Der ehemalige Vorsitzende des Zentralausschusses der Polizei, Alfred Rostek, immerhin ein ÖAAB-Mann schreibt in einer Zeitschrift, Exekutive, Kameradschaft der Exekutive Österreichs, und ich zitiere: Es ist traurig, dass auch für die aktiven Kollegen nunmehr Verschlechterungen geplant sind wie sie vom Team 04 vorgeschlagen wurden. Hat unser Minister Dr. Strasser überhaupt eine politische Kompetenz, ein soziales Empfinden was man uns zumuten kann und was nicht? Ich bezweifle überhaupt dass er der richtige Mann auf diesem Posten ist. Ich habe mit vielen „roten“ Ministern verhandelt, aber solche Idiotien hatte keiner von ihnen geplant. Zitatende. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es hat sich aber auch mehr als bestätigt, dass die Gleichung mehr Sicherheit mit weniger Personal nicht aufgehen kann. Die von Innenminister Dr. Strasser immer wieder propagierte Personalaufstockung von 360 zusätzlichen Exekutivbeamten reicht

nicht einmal aus um den vorgeschriebenen Dienstpostenplan zu erfüllen.

Allein im Bezirk Wien-Umgebung sind aktuell im Bereich der Gendarmerie von den 186 Planstellen 35 nicht besetzt. Was einen knapp unter 20-prozentigen Fehlbestand bedeutet und für die Region ein unhaltbarer Zustand ist. Die Nachbesetzung des fehlenden Personals und eine weitere personelle Aufstockung der Gendarmerie ist ein absolutes Muss. Nur so können vermehrt Streifenfahrten, Schwerpunktaktionen und die sichtbare Präsenz zur Tages- und Nachtzeit verstärkt werden.

Dass die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher ein Anliegen aller politischen Fraktionen sein muss und auch ist, steht wohl außer Zweifel. Davon bin ich absolut überzeugt, meine Damen und Herren Abgeordneten. Ich freue mich daher auf eine weitere, gute Zusammenarbeit in Niederösterreich wenn es darum geht, den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land höchstmögliche Sicherheit zu garantieren und den immer wieder neuen und sogenannten Reformvorschlägen von Innenminister Dr. Strasser, die einzig und allein für mehr Sicherheit bei den Kriminellen sorgen, eine klare Absage zu erteilen. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ich darf seitens unserer Fraktion und natürlich auch seitens als Vertreter einer Gemeinde des Bezirkes Wien-Umgebung Danke sagen für diese gemeinsame Initiative. Danke vor allem an meinen Vorredner, an den Gerhard Razborcan, aber auch an den Dipl.Ing. Eigner aus Klosterneuburg. Wir haben ja gemeinsam bei einer Gendarmerieposten-Neueröffnung in Himberg über dieses Thema gesprochen. Und wir haben uns hier gemeinsam zu einem Konsens gefunden, der, wie ich glaube, ein sehr guter ist und der vielleicht auch für andere Regionen in unserem Bundesland Vorbild ist.

Dieser heutige Antrag, den wir hier als Willensäußerung des NÖ Landtages formulieren, dieser heutige Antrag soll den Herrn Innenminister dazu bewegen, von den Plänen, die dieses ominöse Team 04 aufgestellt hat, von diesen Themen abzugehen und hier die Interessen Niederösterreichs, aber speziell die Interessen des doch sehr

wichtigen und von der Kriminalität stark heimgesuchten Bezirkes Wien-Umgebung zu berücksichtigen.

Ich darf an dieser Stelle meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass der Herr Innenminister Dr. Strasser nicht vergisst woher er kommt und auch nicht vergisst, dass er einmal selbst in diesem Landtag gesessen ist. Und dass daher der Innenminister Dr. Strasser auch die Beschlüsse dieses Antrages ernst nimmt und die Beschlüsse auch dementsprechend berücksichtigt.

Geschätzte Damen und Herren! Über die Sicherheit in unserer Region würde schon sehr viel gesprochen. Ich darf da meinem Vorredner Gerhard Razborcan eigentlich bei fast allem was er gesagt hat Recht geben. Es ist für uns nicht einsehbar, dass diese Pläne, die das Team 04 formuliert hat, umgesetzt werden. Im Speziellen sehen wir nicht ein, dass es diese Aufteilung eines funktionierenden Bezirksgendarmeriekommandos geben soll.

Mein Vorredner hat schon gesagt, der Bezirk Schwechat soll zu Bruck angegliedert werden, Gerasdorf soll zum Bezirksgendarmeriekommando Korneuburg kommen, Klosterneuburg und die sechs Gemeinden des Wientales sollen dem Bezirksgendarmeriekommando Tulln untergegliedert werden.

Das brächte natürlich einiges an Problemen mit sich. Probleme natürlich für die subjektive Sicherheit der Bevölkerung, aber auch Probleme im Einsatzfall, im Krisenmanagement. Ich denke hier an einen Krisenfall, der Bezirkshauptmann hätte, gesetzt den Fall diese Pläne würden umgesetzt, nicht einen Ansprechpartner, wie es jetzt der Fall ist, sondern dann vier Ansprechpartner. Nämlich die drei Bezirksgendarmeriekommanden, die eigentlich Fremde sind und nicht sehr ortskundig im Bezirk Wien-Umgebung und zusätzlich noch Bundespolizeidirektion Schwechat, so wie es bis jetzt auch der Fall ist.

Ich glaube, das alleine ist ein Grund dass man diesen Plänen eine Absage erteilt. Ich glaube aber ganz einfach auch, dass es wichtig ist, den Verwaltungsablauf zu vereinfachen. Weil ich kann nicht hergehen und kann sagen, wir machen eine schlanke Verwaltung, wir schauen, dass alles so nah wie möglich beim Bürger ist und dann schaffe ich zusätzliche Ebenen in der Kommunikation. Zusätzliche Ebenen in der Kommunikation wenn es um Sicherheitsfragen geht. Und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich zum Abschluss noch einmal Danke sagen an die Kolle-

gen für die gemeinsame Initiative und darf Sie auffordern und bitten, unseren gemeinsamen Antrag auch dementsprechend zu unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich zunächst beim Kollegen Razborcan bedanken, denn es war seine Initiative dass hier ein Allparteiantrag zustande gekommen ist. Ich finde es gut, dass alle Parteien Anträge über die Grenzen hinweg gemeinsam beschließen, beantragen und dann auch beschließen. Aber von irgendwo muss ja immer die Initiative ausgehen und dafür auch von dieser Stelle her und von uns aus herzlichen Dank.

Mich beschleicht in dem Zusammenhang ja ein bisschen der Verdacht, dass hinter diesem Versuch, die Bezirksgendarmeriekommanden aufzulösen, vielleicht auch etwas anderes steht. Nämlich daran zu denken, vielleicht überhaupt über den Bezirk Wien-Umgebung zu diskutieren. Nun, meiner Ansicht nach, man kann über alles reden. Man kann vielleicht im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungskonzept darüber sprechen. Man kann sich überlegen, wie sind die Strukturen. Es gibt keine ewig bestehenden Strukturen, nicht einmal Feudalstrukturen, fällt mir jetzt dabei ein. Aber zu beginnen damit, ein Bezirksgendarmeriekommando so quasi als Test auf einmal aufzulösen und dann schauen, wie entwickeln sich die Sicherheitsstrukturen und wo kann man dann weiter machen, das ist unserer Ansicht nach ganz sicher der falsche Weg. Und daher sind wir auch sehr gerne bei diesem Antrag dabei. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist natürlich in dem Zusammenhang auch schon die Debatte um Sicherheit allgemein in Niederösterreich begonnen worden, auch zu Recht und auch mit Recht wird das mit diesem Tagesordnungspunkt natürlich mitdiskutiert. Und da darf ich schon mit ein bisschen Stolz anmerken, dass es die Grünen waren die im Februar dieses Jahres erstmals dieses Thema in den Landtag gebracht haben, damals mit nicht ganz soviel Unterstützung. Aber wir sehen ja, dass offensichtlich sich seither einiges entwickelt hat.

Und lassen Sie mich einen ganz kurzen Blick darauf werfen was sich denn da entwickelt hat. Wir haben also eine ganze Reihe von Punkten, von Forderungen eingebracht, nicht aus Jux und Tolle-

rei, oder weil wir das für so großartig halten, dass wir uns hier in Szene setzen, sondern weil wir gemerkt haben bei unseren Besuchen auf Gendarmeriekommanden, bei Gesprächen mit Exekutivbeamten, dass echte Notstände bestehen teilweise. Notstände insbesondere was die Ausrüstung betrifft, Notstände was beispielsweise den Fuhrpark betrifft, Notstände was die EDV-Ausstattung betrifft, insbesondere auch personelle Notstände, auf die wurde ja von meinen Vorrednern schon eingegangen.

Und damals haben wir eben einen entsprechenden Antrag gestellt. Leider konnte sich damals niemand entschließen dazu, diesen Antrag zu unterstützen. Aber der Herr Landeshauptmann scheint, und nicht nur der Herr Landeshauptmann, vielleicht auch der Herr Innenminister, beide scheinen offensichtlich doch sehr genau zu beobachten was wir tun. Denn etwa einen Monat später, nämlich Ende März, ist der Herr Landeshauptmann gemeinsam mit dem Herrn Innenminister vor die Presse getreten und hat ein großartiges Sicherheitspaket verkündet, worin er zumindest zum Teil die Punkte verwirklicht hat die wir hier ein Monat vorher angemerkt haben. Mehr Exekutivbeamte, keine weitere Schließung von Dienststellen, Monitore, neue Autos, Schwerpunktkontrollen. Interessanterweise auch Schwerpunktkontrollen nicht nur was die Kriminalpolizei betrifft, sondern auch was die Verkehrspolizei betrifft. Da würde mir jetzt eine Reihe von Anmerkungen einfallen, dass Niederösterreich nicht einmal mit den entsprechenden Kontrollstellen ausgestattet ist, die man dazu bräuchte. Ja, dass es nicht einmal ein Budget gibt für diese Kontrollstellen. In Niederösterreich gibt's eine so eine Verkehrskontrollstelle, in Tirol gibt's mittlerweile 15. Aber das ist ein anderes Thema.

Was noch dazu kommt und was ich auch gut gefunden habe, dass damals auch sozusagen versucht wurde, Befürchtungen vor steigender Kriminalität abzubauen, wie wohl der Kollege Razborcan schon Recht hat wenn er meint, die Kriminalität steigt natürlich an. Das ist ganz unbestritten. Man sollte nur, das ist unserer Ansicht nach kriminalpolitisch ein ganz wichtiger Ansatz, nicht nur immer die Kriminalitätsbekämpfung für das Ansteigen der Kriminalität verantwortlich machen, sondern auch die sozialen Ursachen sehen. Das ist schon wichtig. Man muss die Lebenssituation der Menschen sehen, man muss insbesondere soziale Unterschiede sehen. In Zeiten oder Gesellschaften mit

großem sozialen Gefälle gibt es natürlich eher den Hang zu höherer Kriminalität. Dass natürlich das auch in Zusammenhang mit der Politik der Bundesregierung steht, das streite ich gar nicht ab.

Nun hat der Herr Landeshauptmann gemeinsam mit dem Herrn Innenminister einiges von dem was wir wollten umgesetzt, aber nicht alles. Es fehlt uns immer noch die von uns geforderte Planstellenwahrheit. Es ist tatsächlich so, wir haben erst vorige Woche das Landesgendarmeriekommando besucht, hier fehlen 120 Planstellen, die ausgewiesen sind im Dienstpostenplan und ganz einfach nicht besetzt sind.

Ähnlich in der Bundespolizeidirektion Wr. Neustadt, da sind es 20 Dienstposten die ganz einfach nicht besetzt sind. Und das Zweite und mindestens ebenso Wesentliche, das sind Fragen der Aus- und Weiterbildung, das sind auch Fragen der Sozialbedürfnisse der Beamten, Exekutivbeamten. Wir haben uns in der Zwischenzeit eindringlich auseinander gesetzt mit Fragen wie geht's denn den Menschen. Wie geht's einem kleinen Wachdienst von drei Personen wenn sie damit konfrontiert sind dass jetzt 60, 70 Flüchtlingen auf einmal Quartier zu geben ist, dass die zu betreuen sind, dass die Menschen frieren, dass die was zu essen brauchen, dass denen zunächst einmal die ersten Grundbedürfnisse erfüllt werden sollen. Und da sind die Mängel vorhanden. Und deshalb ist es nicht einzusehen, dass man in Niederösterreich ganz einfach von den Gendarmerieposten das Personal abzieht, die Dienstpostenpläne unverändert lässt und sie in große andere Einheiten schickt und nicht nachbesetzt. Und das ist nicht erfüllt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und auch was die sozialen Bedürfnisse und auch die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten, das ist in dem Zusammenhang eigentlich ganz besonders wichtig, denn es geht insbesondere um sozialpädagogische Ausbildung auch. Es geht insbesondere auch um soziale Betreuung, die in diesem Job erforderlich ist. Soziale Betreuung von Betroffenen, von aufgegriffenen Personen. Und da sehen wir schon noch Mängel und daher darf ich mir erlauben, neuerlich einen Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Fasan, MMag. Dr. Petrovic, Dr. Krismer und Weiderbauer einzubringen betreffend die beabsichtigte Auflösung des Bezirksgendarmeriekommandos Wien-Umgebung. Sie kennen die Begründung, ich darf nur den Antrag verlesen *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Fasan, Dr. Petrovic, Dr. Krismer, Weiderbauer, zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 218/A-2/14 betreffend beabsichtigte Auflösung des Bezirksgendarmeriekommandos Wien-Umgebung.

Niederösterreich ist ein sicheres Bundesland. Die Polizeireform der Bundesregierung wird weitreichende Konsequenzen für die Sicherheitsexekutive im gesamten Bundesgebiet nach sich ziehen. Im Zuge dieser Reform besteht die Möglichkeit, endlich längst fällige Reformen in diesem Bereich umzusetzen. Niederösterreich sollte dabei eine Vorreiterrolle einnehmen.

Beispiel Personal: Die Schaffung von unnötigen Prestigeprojekten des Bundesministers für Inneres im Bereich der Sondereinheiten führt zu enormer Personalknappheit in Niederösterreichs Sicherheitseinrichtungen.

Beispiel Arbeitsbedingungen: Seit Jahren wird an der Umsetzung von BAKS 4 gearbeitet. Nach wie vor haben aber zahlreiche Dienststellen in Niederösterreich – wir schreiben das Jahr 2004! – keinen modernen Computerarbeitsplatz.

Beispiel Aus- und Fortbildung: die Abschiebungen von Flüchtlingen in Gmünd zeigen gravierende Mängel in der Aus- und Weiterbildung von Beamten. Menschenrechtsausbildung ist im Bereich der Exekutive nach wie vor ein Fremdwort – Grenzgendarmen in Niederösterreich warten seit Jahren auf ihre Ergänzungsausbildung.

Beispiel Ausrüstung: Leasingverträge für Dienstfahrzeuge aus den 90er Jahren führen dazu, dass zahlreiche Dienstfahrzeuge in Niederösterreich zwar veraltet sind, aber nicht ausgetauscht werden können.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern,

- Planstellenwahrheit im Sicherheitsbereich herzustellen. Beamte, die in bundesweiten Spezialeinheiten zugeteilt werden, sollten auch dorthin versetzt werden, damit die umbesetzten Planstellen neu besetzt werden können. Da die Praxis der Personal-Zuteilung zu Sonderein-

heiten auf Kosten des Sicherheitsdienstes in den Bundesländern geht, soll die Entwicklung der neu geschaffenen, personalintensiven Spezialeinheiten (COBRA, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz) auf ihre Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft werden.

- keine zusätzliche Verringerung des Stundenpotentials vorzunehmen: keine weitere Reduktion des Überstundenkontingents; Beibehaltung der Journaldienststunden unter Änderung der personenbezogenen Systematik auf ein systembezogenes Modell, das aber nicht zu einer Verringerung der Gesamtdienststunden führen darf.“ -

Ich bin nicht sicher, ob das in der Initiative, so wie es hier gefordert ist, auch tatsächlich umgesetzt wird. Wie wohl darauf Bezug genommen wurde. Ich fahre im Text fort: -

- „ehest möglich die Umsetzung des BAKS 4 sicherzustellen: Flächendeckende Einführung von modernen PC-Arbeitsplätzen und schnelleren Leitungen.“ – Dass man das überhaupt noch fordern muss im PC-Zeitalter ist eigentlich schlimm genug. – „Umgestaltung der EDV-Applikationen mit dem Ziel der Einheitlichkeit und BenutzerInnen-Freundlichkeit.
- die Aus- und Weiterbildung der Exekutive zu verbessern: Einführung einer Menschenrechtsausbildung sowie eine sofortige Ergänzungsausbildung für Grenzgendarmen, die seit Jahren auf diese Ausbildung warten.“ – Die wollen das nämlich auch. –
- „alte Dienstfahrzeuge der Exekutive auszutauschen: Fahrzeuge, die mehr als 160.000 km haben, sollten unverzüglich ausgetauscht werden. Weiters sollten alle Fahrzeuge mit Navigationssystemen ausgestattet sowie mit einem Alkomat versehen werden. Alle Dienstmotorräder sollen mit Funk ausgestattet werden, um ein Kommunizieren während der Fahrt zu ermöglichen.
- die sozialen Bedürfnisse der betroffenen BeamtInnen zu beachten: keine Verschlechterung der Wochenendregelung; Vermeidung von Einkommensverlusten durch Einrechnung der Zulagen in den Gehalt; Chancen für Fachkarrieren durch Qualifikation innerhalb der Linienorganisation.“

Also eine Reihe von Fragen die noch offen sind. Das heißt nicht dass wir ablehnen was der

Herr Landeshauptmann und der Herr Innenminister an Initiative vorgelegt haben. Das heißt schon gar nicht, dass wir diesen vorliegenden Antrag ablehnen, im Gegenteil, wir begrüßen ihn. Aber wir würden gerne das gesamte Paket behandelt und beschlossen sehen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Findeis.

Abg. Findeis (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen im NÖ Landtag!

Wenn man mit den Menschen redet kann man feststellen, sie erwarten sich einen hohen Sicherheitsstandard. Sparmaßnahmen, Kürzungen beim Personal und die Schließung von Gendarmerieposten haben die Sicherheitsinfrastruktur des Landes nicht unbeträchtlich betroffen.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, Innenminister Dr. Strasser zieht sein Sparprogramm bei der Exekutive offensichtlich rigoros durch. So auch in Wien-Umgebung sollte das Bezirksgendarmeriekommando aufgelöst werden. Und das trotz der steigenden Kriminalität. Team 04 schlägt auf der Bezirksebene vor, dass unter besonderer Berücksichtigung der geografischen Zusammenhänge Verkehrswege, Kriminalgeografien, die Bezirksstruktur geschaffen wurde, wobei Administrationseinheiten nicht unter 80 bis 120 Mitarbeiter liegen sollen.

Wenn keine vollständige Führungsstruktur eingerichtet wird, so verbleibt nach dem Prinzip Einheit der Führung in jedem Bezirk die operative Führung in einer verantwortlichen Position. Dazu werden zwei Varianten vorgeschlagen und zwar erstens Übertragung der operativen Führung an den Kommandanten des Polizeipostens des Bezirksortes. Und zweitens Erhaltung eines personell verringerten Bezirkspolizeikommandos.

Die zu erwartenden Nachteile dadurch, der Bezirk, wie wir schon hörten, wird auf drei Bereiche aufgesplittert, sodass für die BH dann mit der Bundespolizei Schwechat vier unterschiedliche Ansprechpartner im Anlassfall bestehen. Dadurch entsteht ein hoher Koordinierungsaufwand und Gefahr unterschiedlicher Standards im Bezirk. Und die derzeit ausgezeichnet funktionierende Einheit des Bezirksgendarmeriekommandos Wien-Umgebung wird ohne Notwendigkeit zerschlagen.

Die Auffassung des BGK Wien-Umgebung kostet Personal im BGK-Bereich, weil durch die Aufsplitterung die BGK Tulln, Korneuburg und

Bruck a.d. Leitha um mehr Planstellen aufgestockt werden müssen als derzeit am BGK Wien-Umgebung vorhanden sind. Darüber hinaus soll ja eine verkleinerte Bezirksstruktur erhalten bleiben. Und wie auch schon gehört wurde, mit einer Systemisierung von 186 Beamten ist Wien-Umgebung ein großer Bezirk. Der insofern jedenfalls nicht heransteht, dass die Kommandostruktur zerschlagen wird.

Und zwischen den Wachkörpern gibt es sehr unterschiedliche Standards. Mit der Zusammenlegungsreform sollte auch ein Ausgleich, zumindest teilweise, stattfinden. In dem der Bereich Polizei Schwechat ausgespart wurde werden innerhalb des Bezirkes Wien-Umgebung und auch weiträumiger diese Unterschiede weiter zementiert, sodass insofern die genannten Ziele nicht erreicht werden. Und Schwerpunktsetzungen gehen nur mehr mit einem erhöhten Koordinierungsaufwand und führen vielfach auch zu Zuteilungen außerhalb des örtlichen Wirkungsbereiches, weil das bezirksübergreifende Einschreiten verursacht wird.

Und die Bezirksleitzentralen bestimmen dann über Gegenden und Verhältnisse, die ihnen unbekannt sind. Und die Bezirkshauptmannschaft hat es zumindest mit unbekanntem Personal zu tun, die Bezirksleitzentralen wieder mit unterschiedlichen Ansprüchen der BHs zum Beispiel Verständigungspflichten, Einflussnahmen, Erreichbarkeit usw.

Und da viele Ermessensbestimmungen zu vollziehen sind, in die die BH leitend eingreifen kann, kommt es zu unterschiedlichen Vollzugspraktika bzw. zu Vollzugskonflikten. Und grundsätzlich sollte Anordnung und Vollziehung möglichst nahe sein, damit die Verantwortung wahrgenommen und getragen werden kann.

Demzufolge braucht der Bezirk Wien-Umgebung auch ein entsprechendes Naheverhältnis zwischen Exekutive und Sicherheitsverwaltung, einschließlich der Verfügungsgewalt über die beigegebenen Ressourcen. Und wie ich schon gesagt habe, die Variante 1 mit der Übertragung der operativen Führung an den Kommandanten des Bezirkspolizeipostens sollte nicht weiter verfolgt werden, weil es dadurch zu umfangreichen Kompetenzkonflikten und unklaren Auftragsverhältnissen kommt. Zum Beispiel in welcher Funktion spricht er mit den anderen Kommandanten der BLZ, der BH und dergleichen.

Und weiters besteht laufend die Gefahr der eigenen Bevorzugung, zumal bei der operativen Führung auch unpopuläre Maßnahmen anzuordnen sind.

Wenn man hernimmt im Vergleich zum Jahre 2003 vom Jänner bis April und 2004 von Jänner bis April ist in Wien-Umgebung die Anzahl von Verbrechen von 350 auf 665 Fälle gestiegen. Und die Anzahl der Anzeigen gegen unbekannte Täter von 315 auf 566. Und bei Vergehen von 1.284 Fällen auf 1.628. Und wie wir auch schon hörten, dem Bezirk stehen derzeit zirka um 30 bis 35 Beamte weniger zur Dienstverrichtung zur Verfügung.

Das Bezirksgendarmeriekommando Wien-Umgebung hat sich bewährt und leistet neben den Sicherheitsaufgaben eine Fülle von Servicefunktionen für die Bevölkerung. Die Schließung des Bezirksgendarmeriekommandos wäre eine weitere Ausdünnung der regionalen Infrastruktur. Die Hebung der Sicherheit und die Erleichterung der Arbeit der Exekutive ist der SPÖ ein zentrales Anliegen. Und gerade der Bereich innere Sicherheit ist für die Stabilität eines Landes ein wichtiger Faktor. Daher sollten und müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, eine effiziente und leistungsstarke Sicherheitsexekutive zu fördern, die durch ihre tägliche Arbeit die Sicherheit der Menschen gewährleistet und imstande ist, erfolgreich alle Formen der Kriminalität zu bekämpfen. Und dieser Arbeitsauftrag ist bei weiteren Postenschließungen bzw. Zusammenlegungen nicht mehr umsetzbar. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Eigner.

Abg. Dipl.Ing. Eigner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren Kollegen hier im Hohen Haus!

Wir haben heute ein Thema hier zur Debatte, das uns gerade im Bezirk Wien-Umgebung sehr stark beschäftigt. Und ich bin sehr froh, dass wir über alle Parteigrenzen hinweg hier einen gemeinsamen Antrag gefunden haben, damit die guten Strukturen, die wir derzeit haben, in unserem Vollzug des Exekutivdienstes erhalten bleiben können.

Ich bin schon der Meinung, dass man grundsätzlich darüber nachdenken darf über Strukturen. Man soll vor allem Synergieeffekte oder Einsparpotenziale suchen. Man muss dabei aber sicherlich genau differenzieren zwischen Einsparen, Synergieeffekte suchen und dem Erhalt in diesem Fall von Sicherheitsstandards und von vielleicht auch dem Wunsch diese Sicherheitsstandards noch zu verbessern. Im gegebenen Fall haben wir es mit einem Vorschlag des Teams 04 zu tun, der dem Ministerrat vorgelegt wurde, dass das Bezirksgendarmeriekommando Wien-Umgebung zur Gänze gestrichen wird.

Wir haben schon gehört, dass dann diese einzelnen Agenden auf verschiedene Bezirksleitzentralen aufgeteilt werden sollen. Und ich sehe eines davon nicht, dass es allzu große Vorteile gibt. Der eine Kollege hat schon gesagt, es wird vielleicht in der Bezirksleitzentrale in Klosterneuburg Einsparungen im Personal geben, aber es werden andere Bezirksleitzentralen diese Agenden übernehmen müssen und dadurch auch dort wieder Planposten geschaffen werden. Ich kann mir auch einiges nicht vorstellen. Wir hätten dann den Bezirk Wien-Umgebung im Bezirksgendarmeriekommando aufgelöst und hätten aber mitten drinnen in diesem Konglomerat die Polizeidirektion Schwechat sitzen. In einer Stadt mit 11.000 Einwohnern, während Klosterneuburg dann, eine Stadt mit 30.000 Einwohnern, von einer Bezirksleitzentrale in Tulln mitbetreut wird. Wir haben die Nachteile schon gehört. Das wird sehr viel größer sein. Die Bezirksleitzentralen werden vielleicht nicht immer die Gegenden kennen. Sie werden auch die Umstände nicht kennen und müssen von dort ihre Direktiven geben. Hier wird es zu Konfliktsituationen kommen. Und das wird so weiter gehen. Der Bezirkshauptmann hat es schwer. Er hat unterschiedliche Ansprechpartner, er hat neue Mitarbeiter die er erst kennen lernen muss und wissen muss wie er sich auf die verlassen kann. Und so geht es in vielen Sachen weiter.

Ich möchte aber auf eines noch eingehen was der Kollege Mag. Fasan hier gesagt hat. Er hat eine zusätzliche Resolution hier eingebracht mit vielen sicherlich Sachen die unbedingt notwendig sind. Ich kann nur sagen, viele sind davon schon in der Umsetzung. Und es wird nicht mehr lange dauern bis diese Standards dann auch verbessert sind.

Eine zweite Sache zu den Schließungen der einzelnen Gendarmerieposten. Der Minister Dr. Strasser hat uns hier im Frühjahr heuer bestätigt, dass kein einziger Posten mehr zugesperrt wird und er hat sich bis jetzt daran gehalten. Und eines kann ich noch dazu sagen. Von den Zollwachebeamten, die ja jetzt durch die EU-Erweiterung frei geworden sind, werden wir einen Großteil davon nach Niederösterreich bekommen. Also hier werden es auch Sachen sein, die die Struktur des Exekutivdienstes verbessern können.

Ich bin der Meinung, dass wir derzeit im Bezirk eine ganz hervorragende Struktur des Exekutivdienstes haben und würde Sie bitten, dass Sie mit uns mitgehen, dass der Antrag gemeinsam über die Bühne geht, sodass wir den Herrn Minister ersuchen können, dass die vorhandene, sehr exzellente Struktur, erhalten bleibt. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. Mag. Renner (SPÖ): Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Sie verzichtet. (Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 218/A-2/14:) Danke. Gegenstimmen? Liegen keine vor. Dieser Antrag ist einstimmig angenommen!

Zum so genannten Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Fasan, Dr. Petrovic, Dr. Krismer und Weiderbauer möchte ich Folgendes ausführen: Der Antrag über den wir jetzt debattiert haben und der einstimmig angenommen wurde, ist ein Resolutionsantrag, ein Aufforderungsantrag. Und der Resolutionsantrag ist natürlich wieder ein Aufforderungsantrag. Dieses Kapitel haben wir schon öfter hier besprochen. Es gibt also keinen Resolutionsantrag zum Resolutionsantrag. In diesem Fall bewerte ich also nach meiner Auffassung den Antrag der Abgeordneten Mag. Fasan, Dr. Petrovic, Dr. Krismer, Weiderbauer als Zusatzantrag. Denn es sind zusätzliche Forderungen, Einsatz der Landesregierung bei der Bundesregierung. Aber als Zusatzantrag mit vier Unterschriften ist er nicht ausreichend unterstützt. Daher habe ich jetzt den Landtag zu fragen, die Unterstützungsfrage zu stellen und zu fragen, ob der Landtag hier den Zusatzantrag der Abgeordneten Mag. Fasan, Dr. Petrovic, Dr. Krismer und Weiderbauer unterstützt. (Nach Abstimmung:) Das ist die Minderheit. Der Antrag ist nicht ausreichend unterstützt. Die Unterstützung ist inzwischen von vier auf zwei geschrumpft.

Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt, wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Und da beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 226/A-1/15 und Ltg. 227/A-1/16 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Heuras, zuerst zum Geschäftsstück Ltg. 226/A-1/15 und danach zum Geschäftsstück Ltg. 227/A-1/16 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 226/A-1/15 betreffend Managementpläne, Raumordnungsbeirat.

Durch eine Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes soll erreicht werden, dass in Hinkunft Maßnahmen des NÖ Naturschutzgesetzes 2000, soweit sie Auswirkungen auf die Raumordnung haben, beim Raumordnungsbeirat zur Beratung und zur Abgabe einer Empfehlung vorgelegt werden. Der vorliegende Gesetzesentwurf enthält daher die im NÖ Naturschutzgesetz erforderlichen Bestimmungen.

Ich stelle daher den Antrag des Umwelt-Ausschusses (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger u.a. beiliegende Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes 2000 wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident! Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

Ich darf aber auch gleich über den zweiten Antrag berichten, Ltg. 227/A-1/16, betreffend Raumordnungsbeirat, Managementpläne in analoger Weise. Die Europaschutzgebiete Natura 2000 sind überörtliche Festlegungen. Daher hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft empfohlen, bei der Umsetzung einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen. Zur umfassenden Behandlung von den im Naturschutzgesetz vorgesehenen Maßnahmen ist daher die Befassung des Raumordnungsbeirates vorgesehen.

Ich stelle daher den Antrag des Umwelt-Ausschusses (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger u.a. beiliegende Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident! Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

Präsident Mag. Freibauer: Danke für die Berichterstattung. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Prober.

(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Dr. Prober (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Natura 2000, das ist für viele hier auch in diesem Hohen Haus eine unendliche Geschichte, für andere auch eine Prozedur zwischen dem Land Niederösterreich und der Europäischen Union. Wobei ich feststellen möchte, dass in der ersten Entwicklungsphase hier von einigen beamteten Personen die Prägung stattgefunden hat, die für meinen Geschmack flächendeckend sowohl als auch in vorseilender Art und Weise zu große Gebiete nach Brüssel gemeldet hat.

Sowohl was die Flora-, Fauna-, Habitatrichtlinie betrifft als auch die Vogelschutzrichtlinie. Und es war ganz eindeutig, und ich glaube hier mit Ihnen im Einklang zu stehen, das Verdienst unseres Landesrates Mag. Wolfgang Sobotka, der hier auch entsprechende Korrekturen vornehmen wollte, sie auch entsprechend initiiert hat. Und ich bin auch guten Mutes dass sie vor allem in der FFH-Richtlinie auch zum Durchbruch kommen.

Wie das auch immer ausgeht, meine sehr verehrten Damen und Herren, entscheidend sind sicherlich für den späteren Ablauf der FFH-Richtlinie die vorgesehenen Managementpläne. Das heißt die Erstellung geeigneter Pflege-, Entwicklungs- und Erhaltungsmaßnahmen, die den ökologischen Erfordernissen jener Gebiete entsprechen, die hier gemeldet worden sind, die in reduzierter Form, so glaube ich, entsprechend in der Zukunft in Erscheinung treten werden.

Dazu liefert der Naturschutz natürlich die Grundlagen, das ist keine Frage, und die Raumordnung den Ausgleich der Interessen. Das ist ein Zusammenschauen, ein Zusammenwirken zweier wirklich wichtiger Pole in diesem gesamten Spektrum des Interessenausgleichs. Und daher auch die heutige Beschlussfassung die hier ansteht. Wobei ich schon zweifelsfrei feststellen möchte, dass es nur dann dauerhaften Schutz für Vögel, für Fauna und Flora geben wird, wenn diesen Schutz auch im Einklang mit den Interessen und im Einverständnis mit dem Wirtschaften im ländlichen Raum vonstattengehen kann. Und ich glaube auch

in Ihrem Namen sprechen zu dürfen, dass die Bauern seit eh und je die Bewahrer, die Pfleger und die Hüter unserer Kulturlandschaft gewesen sind.

Wir schlagen daher vor aus diesen genannten Gründen, dass alles was Managementpläne betrifft durch den Raumordnungsbeirat gehen soll und muss. Wobei ich auch glaube, dass damit dieser Raumordnungsbeirat auch das oberste Gremium für diesen Interessenausgleich machen und erhalten soll.

Nun natürlich auch unter Einbindung der intensiven Diskussion mit den Betroffenen, das ist auch keine Frage. Das auch alles deshalb, weil der Ausgleich von Interessen und Nutzungsansprüchen die Berücksichtigung der verschiedenen Aspekte von Lebensräumen und vorausschauender Planung mit der nötigen Flexibilität auch die Kernkompetenzen der Raumordnung sind. Wobei die Erarbeitung der Managementpläne, und da glaube ich auch wieder im Einklang mit vielen hier im Raume zu sein, in enger Diskussion mit den Betroffenen erfolgen muss.

Die Erreichung der Ziele und der damit verbundenen entsprechenden Maßnahmen ist jedoch von den zuständigen Fachstellen, das möchte ich hier auch festhalten, nämlich mit der Landwirtschaft, mit dem Forst, mit der Wirtschaft, mit den Gemeinden festzulegen. Denn es kann und darf auch nicht Aufgabe des Naturschutzes alleine sein, ohne im Einklang mit den Betroffenen, mit den Mitwirkenden, mit den Wirtschaftenden, mit den Lebenden im ländlichen Raum zu sein, dass sie hier den Landwirten, den Bauern, den kleinen Gewerbetreibenden sagen sollen wie sie zu wirtschaften haben. Das kann nur in einer Zusammenschau gehen, nur im Einklang miteinander vonstattengehen.

Wobei hier auch die Erarbeitung der Managementpläne ohne unnötigen Zeitdruck erfolgen soll. Auch das ist, glaube ich, eine Feststellung, die uns Richtschnur sein soll, im weiteren legislativen Vorgehen und wobei im Vordergrund auch die Diskussion mit den Betreffenden stehen soll, das habe ich schon mehrmals erwähnt.

Fest steht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir in Niederösterreich naturnahe und weltbewusst arbeiten und wirtschaften. Und wir sind daher der Meinung, dass auch den Betroffenen im ländlichen Raum, die dort ihr Leben mit den Familien verbringen müssen, auch das entsprechende Vertrauen für die Zukunft entgegen gebracht werden muss. Wobei natürlich Ge- und Verbote und um die wird es sich auch bei den Managementplä-

nen im entfernteren handeln müssen und auch werden, dass diese natürlich auch auf das absolute Mindestmaß beschränkt werden sollen. Ich glaube, wenn wir diese Richtschnur gemeinsam verfolgen, dann wird es auch sozial verträglich, familienverträglich und für den ländlichen Raum verträglich erfolgen können. Wenn Maßnahmen erforderlich sind, ist der Schutz natürlich über die einvernehmlichen Verträge in den Vordergrund zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend! Wir wissen, dass in ganz Europa und auch da ist die Europäische Union nicht ausgenommen, niemand wirklich weiß, wie Managementpläne in diesem Zusammenhang ausschauen sollen. Das wissen wir, liegt auch an uns natürlich hier mit zu arbeiten, hier mit Gedanken, Ideen zu entwickeln, wie das einfach vonstatten gehen kann. Mein Kollege Bernd Toms hat einige Ansätze, die er auch in diese Diskussion heute noch einbringen wird. Und ich meine, dass wir hier damit in Europa Neuland betreten. Natürlich werden wir alle dafür stehen müssen, dass umsichtig und behutsam einerseits die Natur entsprechend berücksichtigt wird, aber andererseits natürlich auch die Menschen die im ländlichen Raum leben.

Und unser Prinzip ist folgendes: Die Menschen, die Kulturlandschaft prägen, die hier einfach auch wirtschaften, arbeiten und leben, für die Familien sorgen und damit auch für die Entwicklung, müssen, glaube ich, mehr Priorität haben als nur ein paar marginale natürliche Entwicklungsperspektiven, die vielleicht sehr vieles andere nicht auf die richtige Bahn bringen. Ich möchte auch diesen Gedanken berücksichtigt wissen. Und vielleicht hat der eine oder andere in dieser Diskussion auch hier ein paar Ansätze als Beitrag von diesem Podium aus. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Mein Vorredner ist bereits sehr tief in die Sache gegangen und hat eigentlich punktgenau gesagt worum es wirklich geht. Die Erstellung der Managementpläne, eine große Herausforderung für uns alle. Eine große Herausforderung auch im Interesse eines vernünftigen Naturschutzes. Eines Naturschutzes, den wir alle wollen und zu dem wir alle stehen. Unter Einbindung aller Betroffenen mit einem Ausgleich aller Interessen. Ob es Landwirt-

schaft, ob es Kleingewerbe ist, ob es größere Betriebe sind.

Und er hat auch darauf hingewiesen, dass wir ja bereits in der Diskussion zur Natura 2000 bei der Feststellung der Gebietskulisse ja schon oft genug über Naturschutz und über diese Problemfelder diskutiert haben. Da gebe ich ihm hundertprozentig Recht. Recht geben kann ich dir in einem Punkt nicht, lieber Kollege Dr. Prober, dass es nur der Landesrat Mag. Sobotka war der dann eine vernünftige Reduktion vorgenommen hat. Ich kann mich halt erinnern, dass hier der NÖ Landtag sehr oft über dieses Thema diskutiert hat und die Landesregierung mit vielen Beschlüssen, mit vielen einstimmigen Beschlüssen aufgefordert hat, hier tätig zu sein. Eine vernünftige Reduktion. Für die einen wäre es lieber gewesen man geht ganz runter auf ein paar Prozent, andere hätten gern mehr gehabt. Und der Landtag hat sich hier dafür eingesetzt dass er gesagt hat, eine vernünftige Reduktion.

Und es war dann selbstverständlich der Landesrat Mag. Sobotka der den Endschliff vorgenommen hat. Aber ausgegangen ist es von hier, aus diesem Plenarsaal von den Abgeordneten, die sich hier, auch wieder jeder aus einer anderen Sicht, gemeinsam gefunden haben im Interesse des Naturschutzes. Und das ist auch wichtig, wenn wir hier diese Idee und das Wirken und das Werden so weiter verfolgen, auch bei der Verwirklichung der Managementpläne, dass man die Interessen vernünftig abwägt und natürlich nicht vergisst was Naturschutz ist, was es bedeutet, wie man Naturschutz aktiv auch anstellen kann. Und selbstverständlich, und das war mir wichtig dass du das auch gesagt hast, die bestehenden gesetzlichen Regeln natürlich auch dabei einhält. Das ist, glaube ich, das Wichtigste.

Wenn man dann über Naturschutz und Raumordnung spricht und jetzt der Raumordnungsbeirat auch in Zukunft eingebunden ist, dann ist das für mich ganz etwas Selbstverständliches. Naturschutz und Raumordnung sind ja fast nicht mehr trennbar. Es gibt ja immer wieder Bereiche wo sie sich überschneiden. Und ich glaube, dass auch diese Vorgangsweise als positiv im Interesse des Naturschutzes und auch einer vernünftigen Raumordnung anzusehen ist.

Im Bereich der Managementpläne, ich bin gespannt was dein Kollege, du hast ja angekündigt, dass Dipl.Ing. Toms noch einige Dinge hier uns erläutern wird, wie er sich vorstellt wie man hier vernünftig Managementpläne erstellen kann. Ich

glaube, dass es wichtig ist, dass wir auch in diesem Bereich dann lange darüber diskutieren und schauen, wo ist der goldene Mittelweg. Denn ich komme, so wie viele andere hier in diesem Haus aus dem ländlichen Raum, aus der Landwirtschaft. Und ich sage es ganz einfach, bis auf einige schwarze Schafe, und die Ausnahmen gibt's halt überall, sind Landwirte Naturschützer. Und daher glaube ich, dass es nur im Einklang mit der Landwirtschaft auch einen ordentlichen Naturschutz geben kann.

Die Einbindung von Betroffenen ist für mich äußerst wichtig. Die Wahrnehmung von verschiedenen Interessen ebenso. Ich habe jedoch wenn ich mir das jetzt so anschau und man sagt, jetzt ändert man ein Raumordnungsgesetz, ich habe da so in Erinnerung, dass man... Dieses Gesetz haben wir schon ein paar Mal geändert, da hätten wir das Ganze auch schon einmal gefordert. Speziell wir Freiheitlichen.

Bei der normalen Widmung, wo Betroffene Parteienstellung bekommen hätten sollen, wäre es nach uns Freiheitlichen gegangen, da war es leider nicht möglich. Dort haben die Mehrheitsparteien in diesem Bundesland dem nicht zugestimmt. Und ich vermisse in diesem Bereich leider Gottes noch immer das Mitspracherecht und die Parteienstellung im normalen Widmungsverfahren. Bin aber glücklich darüber, dass hier im Bereich der Managementpläne es eines besseren belehrt wurde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auf den ersten Blick schaut ja das ganz gut aus was hier beantragt wird. Aber ich bin nicht ganz dieser Ansicht. Ich möchte aber zunächst noch einige Bemerkungen zu meinem Vorredner machen. Ich bin auch der Ansicht, dass es ein sinnvoller Mittelweg, ein goldener Mittelweg sein soll. Ich bin auch der Ansicht, dass man vielleicht zunächst einmal etwas zu euphorisch an die ganze Sache herangegangen ist. Insbesondere was die FFH-Richtlinie gebracht hat. Ich weiß auch nicht wie weit nicht auch irgendwie die vielleicht vermeintliche Aussicht auf irgendwelche Förderungen da mitgespielt hat, dass man da plötzlich mit großem Enthusiasmus in diese Sachen hineingegangen ist und irgendwo draufgekommen ist, so ganz einfach ist diese Geschichte nicht. Und wo Rechte sind, da sind auch Pflichten. Das könnte ja sein.

Womit ich aber nicht einverstanden bin, und ich werde es dann auch noch ausführen, dass man einen schon beschlossenen, einen schon gefundenen goldenen Mittelweg zwischen Parteien, zwischen Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer, Expertinnen und Experten und NGOs, einen höchst mühsamen Kompromiss was die Vogelschutzrichtlinie betrifft, ausgerechnet durch das Wirken von Landesrat Mag. Sobotka wieder zu Fall bekommt. Und so ist es geschehen bei der Vogelschutzrichtlinie. Und das sehe ich nicht ein, Kollege Dr. Prober, dass das geschehen ist. Ich werde dann noch darauf zu sprechen kommen wie das geschehen ist. Es war beispiellos, aber auch beispielhaft wie in dieser Landesregierung teilweise gewirtschaftet wird.

Ich sehe schon ein, dass es keinen Zeitdruck geben soll, gebe ich dir Recht, Kollege Dr. Prober. Aber ich möchte schon bemerken, dass wir die FFH-Richtlinie jetzt schon mehrere Jahre haben und dass man irgendwann schon dazu übergehen könnte auch etwas zu tun. Ich werde dann im Folgenden noch darauf eingehen, wie der Rechnungshof das sieht wie in Niederösterreich mit internationalen Schutzgebieten ... *(Abg. Dr. Prober: Andere Länder in der EU haben diese Auflage 20 Jahre und machen bis heute nichts!)*

Ja, es ist schon richtig. Aber sind wir jetzt das Umweltmusterland in Europa oder sind wir es nicht? Also entscheiden wir uns. Wir sind es eh nicht. Wir wären es gerne. Wir würden diese Vorgabe, die immer wieder genannt wird, nicht zuletzt auch von Vertreterinnen und Vertretern beider Großparteien, ich habe große bundespolitische Aussagen beider Großparteien im Ohr, die das immer wieder so gesagt haben.

Also auf den ersten Blick schaut das ganz gut aus. Die Integration der Managementpläne für Natura 2000-Gebiete in überregionale oder auch nur regionale Entwicklungspläne. Das könnte, das klingt sehr gut. Auf den zweiten Blick allerdings, und damit bin ich auch schon bei dem Thema das der Kollege Dr. Prober angeschnitten hat, drängt sich mir der Verdacht auf, dass es hier so ein bisschen etwas gibt wie eine Auseinandersetzung zwischen den Abteilungen Naturschutz und Raumordnung. Oder genauer gesagt, eine Einmischung der Raumordnungsressorts in das Naturschutzressort, der ich nichts abgewinnen kann. Denn entweder man vereinigt die beiden Ressorts, das ist in Ordnung, da gibt es eine zuständige Regierungsperson, oder aber nicht. Aber dann soll auch eine Person eben die zuständige oder der zuständige Naturschutzlandesrat damit befasst sein und soll das auch umsetzen.

Ich nenne, und damit komme ich jetzt zu meinem Beispiel von vorhin, ich nenne die Vorgangsweise im Zusammenhang mit der Erstellung der Vogelschutzrichtlinie oder der Gebietskulisse laut Vogelschutzrichtlinie im vergangenen Jahr und im heurigen Jahr. Es kommt im Sommer 2003 zu einer weitgehenden fachlichen Einigung durch einen Gutachter, der die Beschwerde der Kommission für die ganze Republik begutachten und korrigieren soll. Dieser Gutachter tut das. Es gibt im großen und ganzen Zustimmung von NGOs, von Wirtschaftskammer, von Landwirtschaftskammer. Einzig und allein Landesrat Mag. Sobotka gibt sich mit dieser Lösung nicht zufrieden. Es kommt zu einer Inflation von Gutachten, die insgesamt an die 70.000 Euro kosten und die als fachliche Stellungnahmen bestenfalls bezeichnet werden. Und es kommt zu einer Reduktion der Gebietskulisse und wieder gelingt es noch ein letztes Mal eine Einigung herbeizuführen zwischen sämtlichen Beteiligten, ausgenommen Landesrat Mag. Sobotka.

Mitte Dezember, ich glaube, am 12. Dezember, gibt Landesrat Schabl eine neue Gebietskulisse bekannt. Es wird neuerlich ein Gutachter beauftragt, ein von der Landesregierung wirklich wörtlich, das steht im Beschluss der Landesregierung so drinnen, titulierter „Obergutachter“. Ein Weihnachtsmann, dem es gelingt zwischen Mitte Dezember und Anfang Jänner plötzlich die ganzen Gutachten, die vorher den ganzen Herbst erstellt worden sind umzudrehen und ein neues Obergutachten zu erstellen das dann die Basis für diesen Regierungsbeschluss ist. Das ist Querbraterei, Kollege Dr. Prober, und das ist nicht die sinnvolle Korrektur und die Vereinigung der Interessen. Das ist nicht der goldene Mittelweg, Kollege Waldhäusl. *(Abg. Dr. Prober: Diese Kulisse war verhältnismäßig viel zu groß!)*

Das stimmt überhaupt nicht! Die Gebietskulisse wurde nämlich zwischen Dezember und Jänner um ganze 2 Prozent reduziert. Die große Reduktion hat vorher stattgefunden. In Wirklichkeit hat es nur zur Schaffung des Chaos beigetragen. Es sind Gemeindegebiete, Ortschaften sind gewidmet worden und die sie umgebenden Ackerlandschaften, die Brutgebiete für die Vögel sind draußen gelassen worden. Das war ein Chaos. Es hat den Karten nicht entsprochen die eingereicht wurden. Man hat die Retzer Altstadt als Natura 2000-Gebiet gewidmet, aber die umgebende Landschaft nicht und lauter so Sachen. Es ist ein Chaos beschlossen worden. Das ist der Grund. Das hat nichts mit Gebietsreduktion zu tun.

Also, und wenn das, dieser Machtkampf und diese Einmischungspolitik, jetzt dadurch fortgesetzt wird indem der Raumordnungsbeirat jetzt die Ma-

nagementpläne für Natura 2000-Gebiete kontrolliert, dann sagen wir nein. Da muss es andere Möglichkeiten geben. Da muss es vielleicht überhaupt Kompetenzänderungen in der Geschäftsordnung der Landesregierung geben, oder es soll eben das Naturschutzressort das machen was es zu tun hat.

Und jetzt komm ich auch noch dazu was denn dieser Raumordnungsbeirat eigentlich ist. Und da sagen wir schon: Würde dieser Raumordnungsbeirat aus Personen bestehen oder von Gremien besetzt sein, die auch befugt sind, Managementpläne zu erstellen, weil wer erstellt sie denn sonst wenn nicht der Raumordnungsbeirat. Ich weiß ja nicht, wie oft tagt dieser Raumordnungsbeirat? Wir sind ja leider nicht drinnen. Wir beschließen zwar Raumordnungsgesetze mit, aber wir sind drinnen nicht vertreten. Warum nicht? Weil der Raumordnungsbeirat aus 9 Mitgliedern besteht, weil die Landesregierung 9 Mitglieder hat. Ein Proporzgremium erster Ordnung. Wissen Sie, wie weit der Proporz im Raumordnungsbeirat geht? Dass die verschiedenen Kirchen proporzmäßig dort ihre Vertreterinnen oder Vertreter entsenden. Ich weiß zwar nicht wozu, aber es könnte ja sein, vielleicht will man im Sitzungssaal ein Kreuz aufhängen oder so irgendwas. Was mir fehlt ist die Israelitische Kultusgemeinde. Das ist eine kirchliche Organisation, die nicht vertreten ist. Warum eigentlich? Drinnen selbstverständlich die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, extra von der Arbeiterkammer natürlich die Landarbeiterkammer. Also alles was Rang hat. Das Militärkommando Niederösterreich. Es könnte ja sein, dass im Weinviertel plötzlich ein Krieg ausbricht, deshalb muss das Militärkommando drinnen sein. Das Arbeitsmarktservice ist im Raumordnungsbeirat drinnen. Vielleicht wird jemand von den anderen Mitgliedern arbeitslos und deshalb muss das Arbeitsmarktservice dort drinnen sein. Aber Landtagsklubs oder Parteien, die in diesem Lande Vertreter in das gesetzgebende Gremium schicken, die sind nicht drinnen. Die haben nicht einmal Anhörungsrecht da drinnen. Also das ist etwas was dringend bereinigt und verbessert gehört. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und wenn ich mir so den Zustand des Raumordnungsbeirates ansehe, dann denke ich mir, meine Damen und Herren, vielleicht sollte man zunächst einmal den Raumordnungsbeirat reformieren. Vielleicht sollte man der Naturschutzabteilung diejenige Kompetenz in die Hand geben, die sie verdient. Die ist nämlich kompetent. Vielleicht sollte man das Umwelt- und Naturschutzressort in ein Ressort zusammenfassen, warum nicht? Das steht dem von dir geforderten, Kollege Dr. Prober, von dir geforderten Ausgleich überhaupt nicht im

Wege. Ich bin auch für den Ausgleich. Und ich bin auch dafür, dass man über verschiedene Ressorts unter Einbindung der Raumordnung diese Pläne erstellt. Ich kann mir übrigens sehr gut vorstellen wie solche Pläne ausschauen könnten. LIFE-Projekte zum Beispiel sind ein gutes Beispiel wie man so etwas machen kann, selbstverständlich. Aber bitte sehr, dann brauchen wir das Geld dafür, dann muss in der Naturschutzabteilung Geld vorhanden sein. Dann brauchen wir den Willen dazu, dann müssten wir endlich anfangen damit, dann brauchen wir Fachleute dazu, die sind im Raumordnungsbeirat aber nicht drinnen. Dann müssen wir Leute beauftragen, dann müssen wir Institutionen beauftragen.

Ich sage ein Beispiel: Der Rechnungshof hat kritisiert fehlende Naturschutzmaßnahmen im Marchfeld. Da gings um international geschützte Gebiete. Das waren die Vorgänger der Natura 2000-Gebiete, die RAMSAR-Gebiete. Der Rechnungshof hat kritisiert, es gibt keinen qualifizierten Schutz, hat gesagt, es gehört flächig, diese Naturschutzgebiete müssen ausgewiesen werden. Das Land hat gesagt, ja, wir machen das, aber es gibt keine Entschädigungsmittel dafür.

Wir haben das in der letzten Budgetsitzung schon kritisiert, dass dem Naturschutz hier die Budgetmittel fehlen. Ja wie sollen denn Managementpläne erstellt werden wenn keine Fachleute beauftragt werden? Wie sollen Entschädigungsmittel ausgezahlt werden? Wie soll mit den Grundbesitzerinnen und –besitzern verhandelt werden wenn keine Budgetmittel dafür zur Verfügung gestellt sind? Ist das die Einmischung von Landesrat Mag. Sobotka dass er sagt macht's nur, ich misch mich zwar ein und Geld bekommt ihr auch keines. Das kann doch nicht die Politik von Landesrat Mag. Sobotka sein! Also das ist nicht Ausgleich. Das ist nicht der goldene Mittelweg. *(Abg. Dr. Prober: Wir stehen am Anfang!)*

Wir stehen nicht am Anfang, Kollege Dr. Prober, wir stehen nicht am Anfang! Seit Jahren zieht sich diese ganze Debatte. Wir haben seit Jahren die FFH-Gebiete ausgewiesen und wir doktern seit Jahren an den Vogelschutzgebieten herum, weil Landesrat Mag. Sobotka eine rechtsgültige Nominierung unterbindet die längste Zeit. Das ist der Grund. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es wird absichtlich, es wird bewusst verzögert. Das ist der Grund. *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Prober.)* Ja, wir sind ständig am Anfang, weil uns Landesrat Mag. Sobotka immer wieder zurück zum Start schickt. Wissen Sie warum, Kollege Dr. Prober? Er sitzt nämlich vor dem Knopf wo drauf steht Budget. Und Budget heißt gleich zurück an den Start, klar.

Und dann sind wir wieder dort. Das ist der Grund warum wir zurück am Start sind.

Daher abschließend: Wir können uns das nicht vorstellen in der vorgelegten Form. Wir sind der Ansicht, der Raumordnungsbeirat gehört reformiert. Wir sind der Ansicht, dass die Vogelschutzgebiete, die Nominierung korrigiert werden muss. Vermutlich wird uns die Kommission das ohnehin gebieten. Ich halte das aber für peinlich, ehrlich gesagt, wenn das Land ohnehin weiß was es ausweisen müsste aber nicht darf. Und deshalb dann eine Korrektur von der Kommission in Kauf nehmen muss. Und in diesem Sinne würde ich meinen, überdenken wir das noch einmal bevor wir das so beschließen wie es vorliegt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Leichtfried.

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages!

Mit der Natura 2000 geht es, und das wissen wir alle, um die Erstellung eines kohärenten zusammenhängenden europaweiten Schutzgebietes nach der FFH- und nach der Vogelschutzrichtlinie. Und überall dort, und das haben wir heute mehrmals bereits vernommen und gehört, überall dort, wo Naturschutz besprochen, diskutiert und umgesetzt ist, überall dort gibt es auch immer wiederum Interessenskonflikte. Interessenskonflikte mit der Landwirtschaft, mit der Wirtschaft, mit der Gesellschaft an und für sich.

Ich glaube daher, und das ist auch mehrmals betont worden, dass hier im Rahmen dieser Nominierung, die jetzt geschehen ist, ein so genannter goldener Mittelweg gesucht wurde. Ein goldener Mittelweg, mit dem die einen mehr und die anderen vielleicht etwas weniger zufrieden sein können. Aber trotzdem ein Mittelweg, den wir, so meine ich, alle akzeptieren sollten.

Ein Mittelweg, der am 13. Jänner 2004 durch Regierungsbeschluss einmal fixiert worden ist und der aber auch auf seine Bestätigung durch die Kommission noch wartet. Das ist richtig. Wir werden sehen, ob der Beschluss durch die EU-Kommission eben anerkannt wird.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass dieser Beschluss wichtig und richtig war, dass hier in Niederösterreich doch einiges bereits an Arbeit geschehen ist. So haben wir detaillierte Kartierungen für die Schutzobjekte bereits vorliegen. Wir

haben 20 Gebietskarten für die FFH-Gebiete und für die Vogelschutzrichtlinie werden Ergänzungen erarbeitet. Wir haben eingerichtet ein Natura 2000-Infoservice usw. Und es wurden mehrmals heute bereits nicht nur in diesem Zusammenhang Landesräte gelobt. Auch in diesem Zusammenhang ist wiederum der Landesrat Mag. Sobotka besonders gelobt worden. Diesem Lob kann ich mich jetzt nicht anschließen, um das gleich zu sagen. Ich werde das dann auch ein bisschen ausführen und begründen. Ich möchte in diesem Zusammenhang eher Landesrat Schabl und seine Abteilung loben. Nämlich dafür loben, dass sie in einer sehr, sehr schwierigen und sehr sensiblen Frage, in einer schwierigen und sensiblen Frage, wo auch immer – und da stimme ich mit meinem Vorredner überein – wo auch immer wiederum versucht wurde hineinzuregieren, trotzdem kühlen Kopf bewahrt haben und letztendlich eine Regelung erreicht haben, wie ich schon gesagt habe, die einen so genannten goldenen Mittelweg darstellen soll. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben in etwa bei dieser Regelung 25 Prozent der Landesfläche für die Natura 2000 nominiert. Etwas weniger als wie ursprünglich nominiert war. Ich stimme auch überein, dass hier etwas voreilig nominiert worden ist. Auch im Hinblick darauf, dass man geglaubt hat, einiges an Fördergeldern lukrieren zu können. Da ist man gerade, glaube ich, von der Landwirtschaft von falschen Gesichtspunkten damals ausgegangen und hat erkennen müssen, dass das hier unter Umständen doch zu größeren und größeren Schwierigkeiten führt. *(Abg. Dr. Prober: Das war nie ein Motiv Herr Kollege!)*
Ich sehe es so.

Die Natura 2000 bitte beschäftigt sich vor allem damit auch umfassenden Naturschutz zu bieten. Zusammenhängende Gebiete auszuweisen. Und diese Gebiete liegen mitten in Lebens- und Wirtschaftsräumen und sind keine extensiv genutzten Lebensräume. Und daher, meine Damen und Herren, ist es natürlich besonders wichtig, um hier eine reibungslose Umsetzung gewährleisten zu können und garantieren zu können, auch fach- und ressortübergreifend zusammen zu arbeiten.

Ich stehe dazu, dass hier fach- und ressortübergreifend zusammen gearbeitet werden muss. Daher sind verschiedene Abteilungen bei der Umsetzung auch tatsächlich entsprechend gefordert. Es sind aber nicht nur die verschiedenen Abteilungen gefordert, sondern es ist auch ganz wichtig – und das ist auch heute schon mehrmals betont worden – die Betroffenen vor Ort für diesen Diskussions- und Umsetzungsprozess zu gewinnen und mit einzubeziehen. Daher ist es notwendig

auch in diesem Prozess die Gemeinden, die Interessensgruppen, die Bürger und Bürgerinnen vor Ort eben hier mitreden und mitgestalten zu lassen.

Wir wollen bei diesem Umsetzungsprozess der Demokratie und der Transparenz zum Durchbruch verhelfen und die Instrumentarien, der Vertragsnaturschutz und die Managementpläne sind dann dazu da, um entsprechend diese Struktur zu finden und das Ganze zur Umsetzung zu bringen.

Jetzt komme ich zu der Kritik, die von meinem Vorredner, Kollegen Mag. Fasan, an dem derzeit oder an dem Antrag oder den Beschluss der jetzt vorliegt, der gefasst werden soll, gemacht hat. Ich glaube, ich sehe das ein bisschen anders. Und zwar deswegen, es steht hier drinnen, wenn man sich den Antrag und die Antragspunkte hernimmt, steht drinnen: So weit sie Auswirkung auf die Raumordnung haben. Das heißt, der Raumordnungsbeirat wird nur dann gefragt werden und beschäftigt werden mit diesen Punkten soweit sie Auswirkungen auf Raumordnung haben. Das heißt, in anderen Punkten ist die allein entscheidende Behörde und Abteilung die Naturschutzabteilung, mit Beschluss in der Landesregierung. *(Abg. Mag. Fasan: Das oberste Gremium hat der Kollege Prober gemeint! Und so wird es auch sein!)*

Ich weiß schon. Der Kollege Dr. Prober hat gemeint, ich weiß schon, ich habe es mitgeschrieben, er hat gemeint, alles muss durch den Raumordnungsbeirat gehen. So, bitte, Kollege Dr. Prober, so ist das, würde ich einmal sagen, nicht richtig. So steht das auch hier nicht drinnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sondern es steht nur dort, überall dort, wo Auswirkung auf die Raumordnung besteht und sonst ist der Raumordnungsbeirat eigentlich nicht damit befasst. Ich möchte das nur einmal hier festhalten und feststellen. Und insofern sehe ich kein besonderes Problem. Dort, wo Raumordnungskompetenz betroffen ist wird der Raumordnungsbeirat befasst werden und wird eine Empfehlung geben können. Eine Beschlussfassung erfolgt in einem anderen Gremium, nämlich in der Landesregierung dann.

Ja, insofern würde ich sagen, ist das ein von meiner Warte aus ein goldener Mittelweg. Ein goldener Mittelweg zu dem wir Sozialdemokraten stehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms das Wort.

Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses!

Nach den etlichen allgemeinen Anmerkungen meiner Vorredner darf ich hier auch im Detail einige Anmerkungen machen. Ich halte diesen Beschluss heute der beiden Änderungen des NÖ Raumordnungsgesetzes und des NÖ Naturschutzgesetzes für einen sehr wesentlichen Schritt auch eine sehr große Chance für uns.

Wir haben sehr viel schon über Natura 2000 gesprochen. Und bevor ich aber in die Materie ein-gehe, muss ich auch meinem lieben Freund Martin Fasan etwas sagen, wir haben das draußen schon besprochen. Ich muss sagen, als jahrelanges Mitglied des NÖ Raumordnungsbeirates hat das fast geklungen nach Diffamierung dieser Herrschaften dort. Es war knapp noch über der Gürtellinie. Ich halte das für nicht richtig, das ins Lächerliche zu ziehen, dass Mitglieder der Religionsgemeinschaften, dass Vertreter des Militärs, dass Vertreter der Interessensgemeinschaften dort mit beratender Stimme sitzen. Das finde ich einmal nicht korrekt!

Ich glaube, das ist das Wesentliche daran das wir heute beschließen, und das ist vielen vielleicht gar nicht so bewusst, dass wir hier eine gesamtordnerische Sicht endlich bekommen. Es kann nicht sein, geschätzte Damen und Herren, dass der Naturschutz über unsere Wirtschaft regiert und über unsere Landwirtschaft. Wir wollen hier eine Harmonie erzeugen. Wir wollen eine Harmonie zwischen einem Ausgleich, zwischen Naturschutzinteressen und Interessen der Landwirtschaft und der Wirtschaft haben. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Fasan: Dann müsstest du sofort den Semmering-Basistunnel bauen! Der wird nur von der ÖVP blockiert!)*

Ich bitte Sie! Vergessen Sie nicht, wenn wir mit unserer Wirtschaft am Boden liegen, wenn die Landwirtschaft nicht mehr das bringt was sie bringen kann, dann können wir überhaupt zusperrern. Dann gibt es keinen Umweltschutz, dann gibt es gar nichts.

Ich habe die Ehre gehabt vor wenigen Tagen auf einem Kurzbesuch, wirklich sehr kurz, eineinhalb Tage, in der ehemaligen DDR zu sein. Ich kann Ihnen versichern, von dort, nicht einmal von dort brauchen wir Angst zu haben punkto EU-Erweiterung. Die sind eh schon lange dabei. Es ist wirklich erschütternd wenn man sich das anschaut, Naturschutz. Und wir in Niederösterreich, geschätzte Damen und Herren, in Österreich, sind Spitze. Wir sind weit vorne. Und wir sind wieder einmal die ersten die hier agieren.

Und ich muss dem Kollegen Dr. Prober sehr Recht geben. Wir stehen punkto Entwicklung der Managementpläne am Anfang. Es gibt in ganz Europa kein einziges Land, es gibt kein einziges Bundesland das bereits einen Managementplan hat. Wir haben schon wieder einmal Pionierarbeit zu leisten. Wir müssen überlegen wie geht das. Und ich glaube, nur dieser Weg, den wir jetzt beschreiten, und ich bin überzeugt, andere Bundesländer werden uns folgen, ist der richtige Weg. Die Gesamtharmonie, die Gesamtansicht, die Gesamt-sicht zu sehen.

Wir haben die Gebietskulissen bereits fixiert. Ich will mich über die Prozentziffern nicht äußern, das ist verschüttete Milch. Aber es ist die Gebietskulisse, die Europaschutzgebietskulisse so wie sie eben festgelegt wird, einfach letztendes dann zu akzeptieren. Das ist es. Das muss geschehen. Und das hat nur auf wissenschaftlicher Basis zu geschehen. *(Abg. Mag. Fasan: Das haben wir schon gesehen wie das geht!)*

Aber, wenn es unseren Raumordnungsreferenten nicht gegeben hätte, geschätzte Damen und Herren, hätten wir nie diesen breiten Dialog gehabt, wäre es nie zu dieser Reduktion gekommen. Das wollen wir einmal richtig feststellen. Es ist schon richtig, lieber Kollege Waldhäusl, dass wir das hier auch wollten. Aber letztendes war es Landesrat Mag. Sobotka der das durchgesetzt hat.

Und ich muss euch sagen, es ist ein Erfolg gewesen. Und dieser Dialog, der jetzt zu dieser Reduktion geführt hat, sollte auch im Wege der Managementpläne fortgeführt werden. Nach der Vorlage dieser Kulisse, dieser Flächen ist der breiteste Dialog anzustreben. Wir wollen nicht, dass über die Betroffenen drübergefahren wird. Wir wollen nicht, dass mit betroffenen Jägern, Landwirten, Betrieben, Gemeinden und Kommunen einfach drübergefahren wird, wo doch die eigenen Leute viel besser wissen ob der Jagdfalke jemals im Menschengedenken da gesichtet wurde wie es behauptet wurde. Wir wollen hier gemeinsam mit den Naturschutzbehörden, mit den Fachleuten, mit den Sachverständigen eine Lösung finden. Und das ist, glaube ich, das Große und Wichtige. Diese Säulen des Gemeinsamen das soll hier ein Punkt sein der die Grundlage für die Erstellung der Managementpläne bietet.

Wir haben also hier diesen § 9 im Naturschutzgesetz, im Absatz 5, wo wir diese Vorschrift

zu erledigen haben. Und es ist auch dort die Rede von Erhaltungsmaßnahmen, von Schutzmaßnahmen und, wie gesagt, die bestehen ja dann in den Managementplänen weiter.

Nun, wie geht's jetzt weiter? Und ich habe mir ein bisschen Gedanken gemacht in welche Richtung das gehen könnte. Es kann einfach nicht sein, das habe ich vorher schon gesagt, dass hier einfach von den Naturschutzsachverständigen Festigungen fest getätigt werden und die einfach kommentarlos übernommen werden. So wird es nicht gehen. *(Abg. Mag. Fasan: In der Wirtschaft geht's aber so. In der Wirtschaft gibt's keinen Sachverständigen!)*

Es wird ganz wichtig, es wird ganz wichtig und notwendig sein, die jeweilige Situation der Region zu betrachten. Und der Kollege Mag. Leichtfried hat das auch gesagt, es ist ja nicht zwingend, dass die Managementpläne gemacht werden müssen. Nona. In einem Wald, in einem reinen Grünbereich werde ich keinen Managementplan in diesem Sinn machen, wenn es nicht extensive Landwirtschaft dort gibt. Es ist möglich, aber es ist sicherlich zu empfehlen um hier Problemen auszuweichen.

Und noch etwas: Ich habe mit dem Managementplan quasi eine Vorbegutachtung für zukünftige Projekte. Wir haben ja die so genannte strategische Umweltverträglichkeitsprüfung, die für regionale Gebiete zu tätigen ist und die hier die Aussagen trifft, die dann in den Managementplan einfließen soll. *(Abg. Mag. Fasan: Dann lehnt unsere Anträge nicht ab!)* Und es könnte durch diesen, ich sage durch diesen „genialen Trick“ könnte natürlich passieren, dass sich zum Teil bei gewissen Betrieben, bei gewissen Landwirtschaften sich die UVP möglicherweise reduziert, erübrigt sogar, das hängt von Fall zu Fall ab.

Und das ist vielleicht ganz gut, dass wir hier eine Rechtssicherheit schaffen. Es kann nicht sein, bitte, dass wir hier so und so viel Prozent der Landesfläche in Europaschutzgebieten haben und nicht wissen wenn ich irgendwas machen will was dort passiert. Es muss für die Landwirte, es muss für die Wirtschaft, es muss für uns alle, bitte, Arbeitnehmer hängen ja auch daran, da hängt ja bitte sehr viel daran, muss es eine Rechtssicherheit geben. Und es kann nicht irgendwer wieder nur entscheiden, na ja, vielleicht doch, vielleicht nicht. Das muss in diesen Managementplänen fixiert werden.

Und noch etwas: Der Raumordnungsbeirat, lieber Kollege Mag. Fasan, ist ja keine Zusammenwürfelung von neun stimmberechtigten Abgeord-

neten und einigen Vertretern der Interessensgemeinschaften. Der Raumordnungsbeirat, bitte, hinter dem steht ja ein riesiger Apparat. Das wird ja vorbereitet, wird ja durch Gutachter vorbereitet. Und das wird Gott sei Dank gesamtheitlich immer wieder gesehen. Die Naturschutzbehörde hat natürlich die Aufgabe, die Naturschutz relevanten Fragen zu klären. Das ist klar. Sonst wären sie ja unnötig in diesem Fall. Aber die Beamten der Raumordnungsabteilung haben eben die Gesamtsicht aus der großen Erfahrung. Und wenn man diese beiden Sachen verschränkt und hier Dialoge führt, ich glaube, das ist das Optimum was wir überhaupt machen können.

Und mit der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung dazu haben wir ein Instrument in der Hand das optimal ist. Und ich bin überzeugt, noch einmal, dass das Vorbildwirkung haben wird.

Worüber sollte eigentlich der Managementplan meiner Meinung nach Auskunft geben können? Er sollte ganz einfach Klarheit bieten. Und er sollte ein aktives Instrument des Interessensausgleiches sein. Das heißt, ich habe sowieso Problempunkte und Reibungspunkte in den Regionen. Ich nehme die Themen aus der Raumordnung heranwachsende Wohnbebauung an die Landwirtschaft, umgekehrt, dazwischen ein Grüngürtel, dazwischen ist vielleicht irgendein seltenes Wiesl oder Trockenrasen. Um Gottes Willen, das muss man doch alles in den Griff bekommen! Und das ist die große Chance, diese Fragen ein- für allemal zu klären in diesem großen Zusammenhang.

Und natürlich müssen die Naturschutzangelegenheiten integrativ gelöst werden. Und wir fordern aber auch und wir wollen auch, dass dieses Verfahren nicht komplizierter wird, sondern einfacher wird. Es darf nicht zu einer Ausweitung dieser, Verhandlungszeit ist egal, aber dieser Verfahren werden. Es muss ein kompaktes Verfahren sein, das dann abgeschlossen ist und das dann ein klares Ergebnis hat. Das sind auch die Forderungen der Wirtschaft die hier zum Teil sehr verunsichert ist.

Es ist eine Sache noch, die sollte man heute auch ansprechen. Wenn wir von Managementplänen sprechen, so gibt es auch so genannte Altlasten und Problembereiche, vielleicht oder sehr sicher. Das sind die vorhandenen Bebauungen in Gebieten, die Natura-Gebiete sind. Und da werden angesprochen die finanziellen Mittel für die notwendigen Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen. Das ist natürlich ein Thema, das für niemanden angenehm ist. Hier geht es um Mittel, hier geht es um finanzielle Zuwendungen. Aber es müsste hier möglich sein, irgendwie das zu mana-

gen. Es müssen die zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, nicht nur für die Erstellung der Managementpläne, die ja aufs Erste auch nicht das billigste sein werden, sondern auch die Ersatzzahlungen.

Angenommen ein Betrieb mit 200 Arbeitsplätzen möchte erweitern um weitere 100 Arbeitsplätze und hat aus dem Grund einer sehr seltenen Tierart oder einer sehr seltenen Pflanzenart absolut nicht die Möglichkeit das zu tun. Ich mein, ich möchte mir diesen Krieg draußen in der Region gar nicht vorstellen was sich da abspielt. Hier muss es Möglichkeiten geben, entweder durch, nicht durch Absiedelung, wäre nicht der richtige Ausdruck, aber hier Entschädigungszahlungen zu sagen, Kompensationsmaßnahmen zu finanzieren. Und das ist natürlich ein Thema, das auch im Zuge der Managementpläne, der Erstellung dieser Pläne gelöst werden muss. Ein Thema, an dem wir nicht vorbeigehen können werden.

Zusammengefasst erwarten wir uns von den Managementplänen: Wir erwarten uns Rechtssicherheit, wir erwarten uns klare Grundlagen und Richtlinien. Was ist zu tun und was ist zu unterlassen. Wir erwarten uns einen extensiven, einen großen Dialog mit allen Betroffenen, mit allen Interessensvertretungen. Wir würden uns gerne erwarten, ich habe das jetzt ein bisschen eingeschränkt, finanzielle Mittel für Ausgleichs- und Entschädigungszahlungen. Und wir erwarten uns Verfahren, die nicht komplizierter werden, nicht länger dauern und integriert in einem rasch durchgeführt werden können. Und wir erwarten uns gegebenenfalls eine bewilligungsfreie Untergrenze, so ähnlich wie es bei der Baubehörde, in der Bauordnung ist. Es muss die Möglichkeit geben für einen Landwirt, einen Stall oder irgendwas zu bauen dass er hier nicht mit einer UVP-Prüfung konfrontiert werden muss. Es muss die Möglichkeit gegeben sein für einen Betrieb, der für einen kleineren Zubau möglich ist, hier nicht dieses komplizierte Verfahren auch in Natura-Gebieten sich zu unterziehen. Es muss eine Minimalgrenze geben, die zu definieren wird sicher nicht einfach sein, aber so was ist, glaube ich, im Sinne aller Betroffenen.

Und es sollte keine über das Bord schießende Auslegung der Gesetzestexte geben. Ich denke hier nur an die Gesetzesstelle Erhaltungsmaßnahmen wo zum Beispiel müssen vorhandene Sumpfschildkröten gefüttert werden usw. Das könnte man sehr weit ausbreiten und ausweiten. Ich sehe das als sehr, sehr große Chance für unsere Wirtschaft, für unsere Landwirtschaft und für uns alle. Nämlich, den Naturschutz hier integriert in den Management-

plänen einzubauen. Nur muss es richtig angepackt werden. Wir stehen am Anfang, habe ich schon gesagt, aber wir sind guten Mutes.

Es ergeben sich durchaus regionale Chancen für diese Sache. Ich denke nur an landschaftsbezogenen Erholungs- und Gesundheitstourismus, der hier aus dem Ganzen sich entwickeln könnte. Ich denke an mögliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Regionen, auf verschiedenem Gebiet, die sich hier ergeben könnte. Natura-Gebiete die haben alle dasselbe Interesse, hier könnte es Kooperationen geben. Ich denke an die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte die hier auf einmal in einer Region möglich wäre. Ich denke an die Inanspruchnahme zusätzlicher EU-Fördermittel und bis hin zu allen sonstigen denkbaren Synergien, die hier im regionalen Bereich wirken könnten.

Geschätzte Damen und Herren! Diese Chance sollten wir nutzen. Ich ersuche Sie, diesen Anträgen die Zustimmung zu geben. In diesem Sinne auch für unsere florierende Wirtschaft, für unsere Arbeitnehmer und für unsere florierende Landwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Frau Abgeordnete Dr. Krismer hat sich noch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Krismer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Der längere Beitrag des Kollegen Dipl.Ing. Toms war jetzt irgendwie Auslöser dass ich mir dachte, so kann man das wirklich nicht stehen lassen. Das kann man einfach nicht. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Dabei hat er Recht!)*

Sie haben jetzt öfter erwähnt oder jetzt ständig gepredigt, die Wirtschaft in Niederösterreich braucht geradezu, weil es würde ja fast, Sie haben das so dargestellt als hätte die Wirtschaft keine Rechtssicherheit mehr in diesem Lande, wenn wir nicht diese Managementpläne endlich bekommen würden. Und es ist, ich habe das nur kurz gehört, bin erst dann leider zur Debatte gestoßen. Aber wenn der Kollege Dr. Prober das so sagt, dann wird er schon wissen was er sagt.

Und das ist ganz klar, dass hier der Naturschutz unter die Räder kommt. Ich würde mir gerne noch einmal ein bisschen den Umgang, den offiziellen Umgang mit der Natur in Niederösterreich ansehen und wie es um die Raumordnung besteht. Ich glaube, da treffen wir uns alle die hier sitzen. Wir wollen hier Gesetze machen, die auch gut voll-

zogen werden können, die kontrollierbar, exekutierbar sind. Auch für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande.

Und jetzt einige Beispiele: Naturschutz. Da frage ich mich schon wie es um den Naturschutz, der auch immer und meistens ein Schutz der Anrainerinnen der Menschen ist, wenn ich mir die große Asphaltmischanlage in Rastendorf anschau. Laut Raumordnung ist das, würde es für diese Asphaltmischanlage ein Sondergebiet benötigen. Das ist aber nur ein Bauland Betriebsgebiet. Dort sind die Menschen nicht informiert worden, die Fristen wurden, und da wird man sich jetzt noch länger damit beschäftigen, ... (Abg. Präs. Ing. Penz: *Das stimmt ja alles nicht! Die sind alle informiert worden! Sie sagen was Falsches!*)

Ich sehe ja, Kollege Ing. Penz, Sie kennen sich ja aus. Warum unterstützen Sie die Anrainerinnen und Anrainer nicht? Sie sind ein Mann aus der Landwirtschaft. Sie sind dabei mit der STRABAG, dass hier krebserregende Stoffe in Rastendorf in die Luft kommen. Das ist Ihre Art Landwirtschaft zu machen in diesem Lande. (Beifall bei den Grünen.)

Da kommt ganz klar heraus auf wessen Seite Sie stehen, Kollege Ing. Penz! (Abg. Präs. Ing. Penz: *Das brauchen Sie mir nicht zu erklären!*)

Wenn dieses Eingeständnis da ist dass Sie das endlich wissen, dass Sie sicher nicht der gute Bauernvertreter in diesem Lande sind.

Und noch einmal, dann gehen wir ins Detail, wie geht man mit diesen Anrainerinnen und Anrainern im Lande Niederösterreich um? Nämlich mit der Raumordnung. Da gehen die Anrainerinnen hin und fragen, können sie Einsicht in die Pläne haben. Und wenn Sie schon alles wissen, Kollege Ing. Penz, dann wissen Sie auch, dass laut Raumordnungsgesetz alle Pläne hier im Land zu archivieren sind. Und nicht nur das, sondern es muss auch begründet sein warum die Fläche soundso die und die Widmung hat. Das muss nachvollziehbar und begründbar sein. Das gibt es nicht im Lande Niederösterreich.

Jetzt gibt's zwei Möglichkeiten: Entweder Sie geben das den Bürgerinnen nicht, Kollege Dipl. Ing. Toms, die große Bürgerinnenbeteiligungen in der Raumordnung, die bekommen nicht einmal Akten-einsicht in diesem Lande. Das ist die Realität. Oder die zweite Variante ist, Sie haben es ganz einfach nicht. Da wird Ihnen aber auch die Grundlage für das Management fehlen.

Unterm Strich, und das hat der Kollege Mag. Fasan sehr, sehr gut ausgeführt, das ist Ihre Strategie in Niederösterreich. Das ist Ihr Win-Projekt mit dem hohen Beamten Zibuschka. Und mir tut der

Landesrat Schabl jetzt schon leid. Denn der Naturschutz wird damit wieder unter die Räder kommen. (Beifall bei den Grünen.)

Zweiter Präsident Sacher: Damit ist nun die Debatte über diese Tagesordnungspunkte erledigt. Wünscht der Berichterstatter ein Schlusswort?

Berichterstatter Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Das ist nicht der Fall. (Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Umwelt-Ausschusses, Ltg. 226/A-1/15:) Das ist mit Mehrheit angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Umwelt-Ausschusses, Ltg. 227/A-1/16:) Auch hier mit Mehrheit angenommen!

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Findeis, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 235/S-5/9 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 235/S-5/9 betreffend Landesberufsschule St. Pölten, General-sanierung der Schülerheimes, Sonderfinanzierung. Ich darf daher folgenden Antrag stellen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Das Projekt Generalsanierung des Schülerheimes der Landesberufsschule St. Pölten wird zustimmend zur Kenntnis genommen und es wird für die budgetmäßige Bedeckung in den kommenden Jahren vorgesorgt werden.

a) Gesamtkosten: € 6,452.139,48 exkl. USt., Preisbasis 1/2004, davon entfallen auf: - Immobilien € 5,128.409,48 exkl. USt. und Grundkosten € 569.000,00 - Mobilien € 754.730,00 exkl. USt.

b) Der beiliegende Finanzierungsplan wird zur Kenntnis genommen.

c) Rückzahlungsraten

Die Raten für die Sonderfinanzierung werden auf Basis der angebotenen Konditionen und des derzeitigen Zinsniveaus voraussichtlich - für die Immobilien € 338.037,48 jährlich durch 25 Jahre hindurch und - für die Mobilien € 109.824,07

jährlich durchschnittlich durch 9 Jahre hindurch betragen.

Die Rückzahlungsraten verstehen sich inkl. USt. und Kautions, jedoch exkl. anteiliger Refundierung der Baurechtszinsvorauszahlung. Diese Refundierungen werden jährlich kontokorrentmäßig im Rahmen der Leasingratenvorschreibung verrechnet. Im Falle des Erlöschens des Baurechtes bzw. Auflösung des Baurechtsvertrages sind die nicht verbrauchten Vorauszahlungen des Bauzinses der Baurechtsnehmerin einschließlich Verzinsung zurückzuerstatten.

Erstfälligkeit der Raten: voraussichtlich 2006

Finanzierendes Institut: NÖ Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft

- d) Die finanzielle Bedeckung der Rückzahlungsraten erfolgt bei VA 1/220589, vorbehaltlich der Genehmigung der Landesvoranschläge durch den NÖ Landtag.
2. Die NÖ Landregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung des Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Herr Präsident, ich bitte die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Zweiter Präsident Sacher: Ich danke für die Berichterstattung und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Mag. Ram das Wort.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Landtag hat am 24. Juni 1999 den Grundsatzbeschluss über das Bauprogramm für die NÖ Landesberufsschulen im Gesamtausmaß von 55,32 Millionen Euro gefasst. Das war ein sehr weiser Beschluss, weil er dafür gesorgt hat, dass wir ein Zeichen gesetzt haben, die Lehrlinge in unserem Bundesland auch entsprechend hoch zu schätzen und auch die Schulen der Lehrlinge dementsprechend zu unterstützen.

Bei diesem Beschluss wurde vereinbart, dass für die Projekt Generalsanierung Schülerheim der Landesberufsschule St. Pölten 4,72 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Die Landesberufsschule St. Pölten, wer sie kennt weiß es, ist in einem sehr schlechten Zustand. Die Räumlichkeiten sind abgewohnt, die Zimmer sind Sechsbettzimmer, sind nicht mehr dem neuesten Standard entsprechend. Es mangelt an behindertengerechten

Wohneinheiten. Und ganz einfach zusammengefasst kann man sagen, diese Schule ist nicht mehr den Herausforderungen, den neuen Anforderungen gewachsen.

Deswegen ist es eine weise Entscheidung, hier die Sanierung dieser Schule im erforderlichen Ausmaß durchzuführen. Dieses Ausmaß sorgt zwar dafür dass die veranschlagten Kosten überschritten werden. Das Gesamtausmaß der Projektkosten wird von 4,72 Millionen auf 5,75 Millionen Euro erhöht. Das ist aber, glaube ich, dennoch eine sehr positive Entscheidung und eine sehr gute Investition, zumal das Gesamtausmaß der Baukosten des gesamten Bauprogrammes in der Höhe von 55,32 Millionen Euro nicht überschritten wird.

Positiv zu erwähnen ist noch, dass bei der Sanierung der Landesberufsschule St. Pölten auch der Freizeitbereich erweitert ist. Wir wissen alle, wie wichtig der Freizeitbereich bei den Schulen, speziell aber bei den Berufsschulen ist. Und hier schaffen wir durch diese Entscheidung die optimale Voraussetzung dass die jungen Menschen in ihrer Freizeit am Ort der Berufsschule dementsprechend sinnvollen Tätigkeiten, vor allem auch Sporttätigkeiten, nachgehen können.

Geschätzte Damen und Herren! Alles in allem zusammenfassend: Unsere Fraktion wird hier gerne zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass es eine sinnvolle Investition ist. Vor allem auch eine sinnvolle Investition für die Lehrlinge, die immer wichtiger werden und die wir auch dementsprechend in unserem Bundesland berücksichtigen sollten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Nasko am Wort.

Abg. Dr. Nasko (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Als ich genau vor einer Woche dem Lehrlingswettbewerb für die Berufe Kosmetik, Fußpflege und Masseure in der Landesberufsschule St. Pölten beiwohnen durfte, konnte ich mich von der hohen Motivation von Lehrern und Schülern sowie von der optimalen Zusammenarbeit von Wirtschaft und Betrieb auf der einen Seite und Berufsschule auf der anderen Seite überzeugen. Die greifbare Aufbruchstimmung in der Landesberufsschule St. Pölten hat seine Ursache aber auch in der Gewissheit, dass wichtige Erfordernisse zur Verbesserung der Infrastruktur vor der Umsetzung stehen. Entsprechende Zeitungsberichte haben schon vor einem Monat die längst fällige Generalsanierung des Schülerheims angekündigt und über die Sicherheit

der dafür notwendigen Finanzierung auf Antrag von Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi berichtet.

Der Grundsatzbeschluss dafür wurde bereits 1999 über ein Gesamtbauprogramm, wir haben es gehört vom Vorredner, von 55,32 Millionen Euro exkl. gefasst, indem für die Generalsanierung des Schülerheims der Landesberufsschule St. Pölten 4,72 Millionen Euro gewidmet waren.

Im Zuge der nunmehrigen Planung und konkreten Ausschreibungsergebnisse von mehr als 80 Prozent der Gewerke, vor allem durch den notwendigen Küchenzubau, erforderliche Flächen für Freizeitgestaltung und technische Auflagen wurde die Aufstockung auf 5,75 Millionen Euro notwendig. Dies wurde durch Umschichtung zwischen den einzelnen Bauprogrammobjekten möglich. Durch einen Tauschvertrag mit der Landeshauptstadt St. Pölten wurden die Eigentumsverhältnisse so bereinigt, dass das Land Niederösterreich nunmehr Eigentümer der gesamten Schul- und Schülerheimliegenschaft ist. Die Grundkosten beliefen sich auf 569.000 Euro, weiters entfallen 754.730 Euro auf die Mobilien, sodass die Gesamtkosten 6,452.139,48 Euro betragen.

An der größten Berufsschule Niederösterreichs werden in der Regel in Zehnwochen-Lehrgängen 350 bis 400 Schüler in insgesamt 25 Berufen, also Drogisten, EDV-Kaufmann, Friseur, Chemie- und Medienberufe von 63 Lehrern unterrichtet. Im Jahr absolvieren insgesamt bis zu 1.600 Berufsschüler aus ganz Niederösterreich zum Teil wie bei den Buchhändlern und Buchbindern auch aus anderen Bundesländern hier ihre Berufsschule.

Das Schülerheim der Landesberufsschule St. Pölten ist 28 Jahre alt. Es befindet sich heute daher nach nahezu drei Jahrzehnten permanenter Nutzung in einem sehr abgewohnten und schlechten Zustand. Fassade und Fenster fordern längst eine Sanierung. Verbesserung und Modernisierungen bei der Küche, im Freizeitbereich, bei der Haustechnik und im Brandschutzbereich sind überfällig.

Im Zuge der Generalsanierung der Bausubstanz erfolgen auch entsprechende Energie einsparende Maßnahmen. Der Bogen spannt sich von der Erneuerung der Haustechnik, dem Tausch der Außentür- und Fensterkonstruktionen über die Dämmung der Fassaden und obersten Geschossdecken bis zu einer neuen Abdichtung der Flachdachkonstruktion sowie der Ausstattung der Sanitäreinheiten mit neuen Fliesen und Einrichtungen.

Das Heim wird mit einer Vollschutzbrandmeldeanlage ausgestattet. Das Schülerheim hat zurzeit eine Kapazität von 250 Betten. Der Höchstbelagsstand waren bisher 230, der Tiefststand 170 Berufsschüler. Im Zuge der Generalsanierung werden die derzeit bestehenden Sechsbettzimmer auf einen modernen Vierbettzimmer-Standard mit vorgelagerter Sanitäreinheit adaptiert. Zusätzlich werden behindertengerechte Wohneinheiten geschaffen, nämlich vier entsprechend ausgestattete Zimmer mit je zwei Betten.

Insgesamt stehen künftig 216 Betten in modernen, mit kontrollierten Be- und Entlüftungsanlagen ausgestatteten Räumen zur Verfügung. Gefehlt haben bisher räumliche Möglichkeiten für eine entsprechende Freizeitgestaltung im Schülerwohnheim. So wird nunmehr das bestehende Atrium durch eine Stahlglasskonstruktion überdacht und als Internet-Cafe genutzt.

Durch die Verbauung der Verwaltungsspanne im ersten Obergeschoss wird ein zusätzlicher Freizeitbereich geschaffen. In diesem Mehrzweckraum können Veranstaltungen von bis zu 150 Schülern durchgeführt werden. Da der derzeitige Hartplatz der Berufsschule äußerst desolat ist, soll im Bereich von Schülerheim und Schulhof auch ein Funcourt, also ein Mehrzweckspielplatz errichtet werden.

Da die Küche mit sämtlichen Kühl- und Lagerräumen den sanitätspolizeilichen Bestimmungen längst nicht mehr gerecht wird, ermöglicht künftig ein Zubau die Unterbringung der Küche samt Neben- und Kühlräumen in einer Ebene. Damit werden die aktuellen Richtlinien im Großküchenbereich umgesetzt. Sie enthält auch mit einer Hydrieranlage einer der modernsten Abfallbeseitigungsanlagen.

Hoher Landtag! Die Berufsschüler können sich ihren Schulstandort nicht selber aussuchen. Es ist daher Aufgabe und Herausforderung der Schule, sie auch optimal unterzubringen. Mit dem heutigen Beschluss wird mit Baubeginn Juni 2004 bis Jahresbeginn 2006 das Schülerheim auf den neuesten und modernsten Stand gebracht. In dieser Zeit werden die Internat-Berufsschüler zur Gänze im Schülerheim Pöchlarn untergebracht, das über eine entsprechende Kapazität verfügt.

Medien haben Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi kürzlich mit den Worten zitiert: Die gute Qualität in den NÖ Berufsschulen in unserem Land ist, wie in der Ausbildung in den Betrieben, eine der Säulen der guten Qualifikation

der heimischen Facharbeiter bzw. –innen. Die guten Fachkräfte wiederum sind es, die für die Qualität des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich bürgen. Soweit das Zitat. Dieser Zielsetzung wird mit dem heutigen Landtagsbeschluss voll Rechnung getragen.

Hoher Landtag! Alles ist in Fluss, neue pädagogische Zielsetzungen erfordern ein Nachziehen in der Realität. Die Berufsschüler haben generell den Vorteil, dass sie eine Lehrstelle und damit einen Arbeitsplatz haben. Die zweimonatige Behaltspflicht nach der Lehrabschlussprüfung gibt ebenfalls eine gewisse Sicherheit. Dennoch können wir unsere Augen vor der allgemeinen Situation nicht verschließen. Gerade weil der Landtag großes Augenmerk auf den Kontakt mit der Jugend legt, müssen wir mehr gegen die Jugendarbeitslosigkeit tun, ist doch jeder Jobsuchende unter 25.

Bei den Lehrstellen in Niederösterreich ist das Verhältnis von Lehrstellensuchenden und freien Lehrstellen 4:1. Der heutige Schritt geht daher in die richtige Richtung. Gleichzeitig appelliere ich aber aus diesem Anlass, unsere Anregung positiv aufzunehmen und nach dem Vorbild von Vorarlberg auch für Niederösterreich einen Lehrlingsfonds als Lastenausgleich zwischen Betrieben mit und ohne Lehrlingsausbildung zu schaffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir beschließen mit der Wohnheimsanierung jedenfalls einen Meilenstein auf diesem Weg für die Qualität, Ausstattung, Kompetenz und Atmosphäre der größten Berufsschule unseres Landes, die heuer im Übrigen, soweit ich in der Chronik blättern konnte, ihr 75-jähriges Bestandsjubiläum begeht. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Hoher Landtag! Wir haben heute schon mehrere Gruppen begrüßt. Ich darf nunmehr eine Delegation der NÖ Gebietskrankenkasse, Hauptstelle St. Pölten, auf der Galerie herzlichst willkommen heißen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch das Wort.

Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mein Klubobmann hat mir eben dem Hinweis gegeben, dass es einem Redner, und der Herr Präsident achtet da ganz streng darauf, nicht gestattet ist vom Rednerpult aus Gruppen zu begrüßen, aber als St. Pöltner Abgeordneter mich dar-

über freuen dass sie da sind das darf ich doch und auch sagen.

Hoher Landtag! Ein St. Pöltner Projekt, das im Rahmen eines umfangreichen Gesamtprojekts heute zur Diskussion steht ... Erregt Freude auf den Abgeordnetenbänken. Der Kollege Dr. Nasko und die Vorredner insgesamt haben ja schon gesagt 55 Millionen Euro wenden wir als Bundesland Niederösterreich auf für die Qualität der Lehrlingsausbildung in Niederösterreich. Das ist uns, schließt auch einen Rahmen zum ersten Tagesordnungspunkt den wir hatten, Donau-Universität in Krems. Das schließt den Bogen, uns sind alle Formen der Ausbildung gleich viel Wert. Wir setzen Initiativen in allen Bereichen. Und es muss den Niederösterreichern oder den jungen Menschen in Österreich überhaupt möglich sein, eine qualitativ gute Ausbildung in dem Bereich zu finden, den sie für sich selbst wollen.

Es fließt also viel Geld, mehr Geld als ursprünglich vorgesehen nach St. Pölten. Statt 4,72 Millionen Euro sind es 6,45. Das hat sich daraus ergeben, dass das Projekt aufgestockt wurde im Zuge der Planungen, hat aber den Vorteil, dass jetzt auch 80 Prozent der Leistungen schon ausgeschrieben sind und daher die Realisierung unmittelbar nach diesem Beschluss, nämlich im Juni 2004 noch erfolgen kann.

Bei dem Vorhaben, das hat der Kollege Dr. Nasko schon sehr schön geschildert, kann ich mich auf aus meiner Sicht Höhepunkte beschränken. Die Küche mit der Hydrieranlage wurde schon genannt. Wichtig ist auch die kontrollierte Be- und Entlüftung der Räume mit Wärmerückgewinnung. Wir haben daher in den Schulen auch den Energie- und Klimaschutzstatus den wir sonst im Wohnbau und bei allen öffentlichen Vorhaben auch wollen. Und wichtig erscheint mir auch die Freizeitanlage. Ich war gestern noch in der Berufsschule, habe dort auch mit Lehrlingen gesprochen. Die freuen sich besonders natürlich auf den Funccourt, den sie da im Freien bekommen und die Freizeitmöglichkeiten im Inneren. Einen Beachvolleyballplatz wollen sie vielleicht auch noch. Vielleicht hat die Schulverwaltung da im Zusammenhang mit der Schule und der Partnerschaft zur Wirtschaft noch Möglichkeit das auch zu tun.

Was man bei jedem Besuch und bei jeder Aktivität der Schule feststellen kann, ist, dass hier ein äußerst engagiertes Team am Werk ist. Direktor Franz Huber, aber auch die einzelnen Lehrer setzen viele Initiativen, dass die Schüler einfach in dieser kurzen Zeit in der sie in der Berufsschule sind, nicht nur den notwendigen Stoff natürlich

durcharbeiten, sondern auch, dort in St. Pölten bietet sich das ja an, auch Kontakt etwa mit öffentlichen Einrichtungen bekommen. Landtagsbesuche sind auf der Tagesordnung, auch Tage der offenen Tür. Ich habe schon Drogendiskussionen, die von der Schule veranstaltet wurden, im Cinema Paradiso bestritten. Also eine sehr umfassende Bildungsarbeit die hier geleistet wird. Und ich möchte von dieser Stelle daher dem ganzen Schulteam bis hin zum Küchenleiter, dem Herrn Dallinger, der da mit der alten Küche Wunderwerke geschaffen hat, herzlich für das Engagement danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ist aber nicht verwandt mit dem Minister, ich habe ihn gefragt. *(Abg. Weninger: Den Schulwart hast du vergessen!)*

Ja, ich habe gesagt das sonstige Personal. Dem habe ich auch gesagt, dem Schulwart habe ich auch gesagt, er hat natürlich mit der Umbauphase besondere Arbeit, aber er freut sich auch schon.

Das Wichtigste sind aber die Schüler, die Zahlen wurden genannt. 1.500 Schüler, 850 jährlich im Internat, die sollen ein wunderschönes, generalisiertes Internat hier haben. Wir wollen bestmögliche Ausbildung für unsere Jugendlichen, weil sie damit gute Chancen in ihrem zukünftigen Berufsleben haben. In diesem Sinne danke allen, auch auf beamteter Seite, die hier mitgewirkt haben an diesem großen Programm. Und wir geben selbstverständlich diesem Projekt unsere Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Hoher Landtag! Es freuen sich nicht nur die St. Pöltner Abgeordneten, sondern alle aus dem ganzen Land, dass so viel Interesse an der Arbeit des Landtages herrscht. Umso mehr als es sich um die Abteilung Beitragseinbringung der Gebietskrankenkasse handelt. Und ohne Geld schlussendlich keine Gesundheit. Soweit auch meine Anmerkung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben damit die Debatte beschlossen und kommen zum Schlusswort des Berichterstatters.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Er verzichtet darauf. Ich schreite zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 235/S-5/9:)* Das ist einstimmig angenommen!

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Erber, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 220/L-25 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Erber (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich berichte zur Geschäftszahl Ltg. 220/L-25. Das ist ein Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend die Änderung des NÖ Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident! Ich bitte Sie um Einleitung der Debatte und um Beschlussfassung.

Zweiter Präsident Sacher: Ich danke für die zügige Berichterstattung. Eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Wir haben ein Geschäftsstück aus dem Landwirtschafts-Ausschuss zugewiesen bekommen, die Änderung des NÖ Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes.

Die restlichen vier Geschäftsstücke wurden ja einem Unter-Ausschuss zugewiesen und ich möchte daher jetzt ganz kurz diese Gelegenheit auch dazu benützen, das Prozedere ein wenig aufzuzeigen, wie wir die Geschäftsordnung, speziell im landwirtschaftlichen Bereich, hier einsetzen. Es ist nach unserer Geschäftsordnung in diesem Hause grundsätzlich nicht möglich, dass wir Freiheitlichen Experten in einen Unter-Ausschuss entsenden. Es wird aber dem Grünen Klub sehr wohl ermöglicht, auf Grund eines Parteienübereinkommens, hier einen Experten zu entsenden. Und die ÖVP akzeptiert diese Vorgangsweise. Also die ÖVP akzeptiert und das ist jetzt keine Qualifikation von grünen Mandataren, er akzeptiert Grüne als Experten in Landwirtschaftsfragen und lehnt es bei Freiheitlichen ab. Obwohl die Geschäftsordnung unseres Landtages auch hier widerspricht. Denn auch die Grünen hätten nicht das Recht, so unsere Geschäftsordnung, und Herr Erster Präsident, ich nehme an, weil Sie jetzt so nachdenklich schauen, Sie geben mir bereits Recht, ich habe das auch nachgefragt bei der Landtagsdirektion. Es ist so. Es

hat lediglich die Präsidiale eine Willenskundgebung gemacht, weil mehr darf die Präsidiale ja gar nicht und die Präsidiale kann auch nicht Geschäftsordnung interpretieren. Sie kann es versuchen, aber letztendlich entscheidet die Geschäftsordnung so wie sie geschrieben ist. Und da würde das auch nicht zutreffen.

Faktum ist, dass ich einen Antrag eingebracht habe, ob das im Unter-Ausschuss möglich war oder nicht ist egal, der Ausschussobmann hat ihn entgegen genommen und hat dann eigentlich – und das entspricht auch wieder nicht der Geschäftsordnung – dann natürlich nicht gewusst was er machen soll und es war ein bisschen ein Durcheinander, so wie wir es halt gewohnt sind.

Ich möchte einfordern, dass diese Geschäftsordnung auch so angewandt wird so wie sie geschrieben wird. Entweder alle Fraktionen haben jetzt die Möglichkeit einen Experten zu entsenden, oder nur die zwei die wirklich nach der Geschäftsordnung auch das Recht dazu haben. Wenn wir diese Vorgangsweise nicht beenden, wenn das weiter so gemacht wird wie es jetzt angefangen wurde, dann muss ich sagen, dann wird in Niederösterreich die Demokratie mit Füßen getreten, in erster Linie von der ÖVP und von der SPÖ. Und das werden wir nicht tolerieren. Wir werden auch dagegen ankämpfen. Denn die Geschäftsordnung hat für alle gleich zu sein.

Und schon alleine, wie im Unter-Ausschuss die Mandatarin der Grünen gesagt hat: Kraft des so wieso stellt sie im Namen der Grünen den und den als Experten. Das ist laut Geschäftsordnung nicht möglich. Das ist nicht möglich. Ja, jetzt könnt ihr lachen, ihr könnt euch lustig machen. (Abg. Weninger: *Die Leute auf der Galerie hören zu und zu redet so einen Blödsinn!*)

Das ist kein Blödsinn. Die sollen wissen was ihr macht. Es gibt eine gesetzliche Grundlage für diesen Landtag und ihr ... Das gefällt mir ja so bei euch SPÖ. Ihr tut wenn es darauf ankommt, die Roten, die Schwarzen noch fest unterstützen und dann beschwert ihr euch dass sie euch ständig hinten hinein treten. Aber euch gehört es eh nicht anders. Euch gehört es nicht anders, euch gebührt es nicht anders in diesem Lande, weil ihr seid selber schuld dass ihr dort seid wo ihr seid. (Abg. Weninger: *Schaut einmal wo ihr seid!*)

Möchte ich nicht! Wenn ich dort wäre wo ihr seid müsste ich viel von meinem Verstand und von meinem Charakter abgeben und das will ich nicht. (Zwischenruf bei Abg. Präs. Mag. Freibauer.)

Herr Präsident! Die Geschäftsordnung ist ... Sie werden sie ja kennen, oder? (Abg. Präs. Mag. Freibauer: *Die gilt auch für den ganzen Landtag! Ich*

sage Ihnen wieso.)

Wieso sie falsch angewandt wird können Sie mir sagen. (Abg. Präs. Mag. Freibauer: *Nein! Sie wird richtig angewandt!*)

Nein, überhaupt nicht! Sie verstehen was von der Mathematik, aber nicht vom NÖ Landtag. (Beifall bei der FPÖ. – Unruhe bei der ÖVP.)

Zweiter Präsident Sacher: Herr Abgeordneter Waldhäus! Ich möchte Ihnen diesbezüglich einen Ordnungsruf erteilen. Der Herr Präsident kann hier nicht bezichtigt werden, nichts vom NÖ Landtag zu verstehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Erber (ÖVP): Ich verzichte!

Wir kommen zur Abstimmung. (Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Landwirtschaftsausschusses, Ltg. 220/L-25:) Das ist einstimmig angenommen!

Ich ersuche nunmehr Herrn Abgeordneten Findeis, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 215/H-11/6 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 215/H-11/6 betreffend Waldviertelklinikum, Standort Allentsteig, Neubau einer Neurorehabilitation und ich darf folgenden Antrag stellen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die projektvorbereitenden Planungskosten in der Höhe von € 1.250.000,- exklusive Ust (Preisbasis Jänner 2002) für das Investitionsvorhaben ‚Waldviertelklinikum, Standort Allentsteig, Neubau einer Neurorehabilitation‘ werden grundsätzlich genehmigt.
2. Der Anwendung eines außerbudgetären Sonderfinanzierungsmodells wird zugestimmt. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60 %-igen Landesbeitrages für projektvorbereitende Planung des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs. 4 NÖ KAG, LGBl. 9440-21. Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen abzüglich der Kosten, die über das Contracting-Modell finanziert werden, errechnet sich auf der Grundlage der derzeit

geltenden Rahmenbedingungen eine jährliche Belastung des Landes im Falle einer Leasingfinanzierung im Ausmaß von 4,43 % der Gesamtinvestitionskosten für die ersten 7 Jahre und 2,62 % für die restlichen 18 Jahre.“

Herr Präsident! Ich bitte, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Zweiter Präsident Sacher: Danke für den Bericht. Ich möchte festhalten, dass von den vorgesehenen Rednern die Frau Dr. Krismer und ich die Wortmeldungen zurückgezogen haben. So erteile ich als erstem Redner Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Meine lieben Freunde! Auch wenn ihr mich nicht gerne hört, dieses Recht könnt ihr mich in diesen nächsten vier Jahren nicht aberkennen. Auch wenn ihr sonst alles schafft in dem Land, aber das sicher nicht.

Herr Präsident! *(Abg. Mag. Schneeberger: Das tun wir gar nicht! Tu uns nicht unterstellen was wir nicht wollen!)*

Also ich glaube das würden schon sehr viel, weil sonst würden nicht schon wieder alle sagen nicht schon wieder. Aber das ist ja kein Problem. Das gehört ja nicht dazu. Es gibt eine Redezeit, darauf hat der Kollege gerade hingewiesen und ich glaube, dass ich die bei weitem heute nicht ausnützen werde.

Es geht um die Bewilligung des Standortes Allentsteig, Neubau einer Neurorehabilitation. Die Finanzierung ist sichergestellt, die Stadtgemeinde Allentsteig wird das Grundstück kostenlos zur Verfügung stellen und auch die Aufschließung übernehmen. Es wird eine Zwischenfinanzierung geben, der Krankenanstaltenverband Waldviertel hat hier die Zusage erteilt.

Um was geht's hier im Konkreten? Es gab eine lange Diskussion, eine lange Diskussion über dieses Bauvorhaben. Eine langwierige Diskussion und es gab schon seit über 10 Jahren den intensiven Wunsch, speziell aus der Region Allentsteig, hier in dieser Gemeinde doch etwas vom öffentlichen Kuchen in einem öffentlichen Gebäude hier abzubekommen.

Nun ist es so weit. Es hat sogar schon einen Spatenstich gegeben. Es wird diese Neurorehabilitation in Allentsteig errichtet. Es gab nach einer langen Diskussion eine lange Standortsuche, weil es ja gar nicht so leicht war, im Grenzbereich zum TÜPI, im angrenzenden TÜPI-Bereich einen vernünftigen Standort zu finden. Und es gab und es

gibt sie noch immer, auch Kritik. Kritik von Ärzten, die behaupten, dass eine Trennung der Rehab von der Neurochirurgie in Horn nicht unbedingt sinnvoll ist. Dass es zu Komplikationen kommen könnte, dass, wenn Patienten Probleme haben, eben Komplikationen auf Grund der wenn auch geringen Entfernung, es auch zu bedenklichen Zuständen der Patienten kommen kann. Diese Kritik der Ärzte sollte auch ernst genommen werden.

Es gibt auch Kritik von der wirtschaftlichen Seite, die eben dahin geht dass man sagt, man braucht doppelte medizinische Geräte, hätte man an einem Standort die Neurochirurgie und die Rehab errichtet. Und trotzdem, glaube ich, ist es auch wichtig im Sinne einer ausgeglichenen Standortsuche und einer möglichst ausgeglichenen Zuweisung von Mitteln an allen Gemeinden, auch hier für Allentsteig diese Geldmittel aufzubringen.

Und es gibt zu diesen Bedenken sowohl eben von Seiten der Ärzte aus dem medizinischen Bereich und vom wirtschaftlichen Bereich gibt es auch leise Kritik und Bedenken seitens des Militärs. Seitens derjenigen, die sich sehr stark für den TÜPI Allentsteig einsetzen. Und es ist ganz klar warum. Weil eben eine Neurorehab im Nahebereich zum Truppenübungsplatz Allentsteig zu Problemen führen kann. Es kann so weit führen, dass auf Grund von den üblichen normalen Belästigungen, Lärmbelästigungen durch den Übungsbetrieb hier sehr wohl es zu Konflikten kommen kann. Und daher, glaube ich, ist es sehr wichtig, dass wir das hier heute auch offen sagen. Man bekennt sich zu dieser Entscheidung zu Allentsteig, Ja zu Allentsteig! Mir wär selber wahrscheinlich lieber gewesen wenn man statt einer Neurorehab vielleicht ein Geriatriezentrum oder was gemacht hätte. Aber diese Entscheidung ist halt in diese Richtung gefallen. Ich teile die Bedenken, dass bei verstärkten Übungen und bei dem Problem des Windes - und das weiß man halt, wenn der Wind in die falsche Richtung geht kann es auch zu verstärkten Lärmbelästigungen kommen - es hier zu einem Konflikt mit der angrenzenden, neu errichteten Neurorehabilitation kommen kann.

Und wenn ich dann hier sage, man soll es offen sagen, ja zu Allentsteig, ja zu diesem Bauvorhaben, dann sage ich aber natürlich auch hier an dieser Stelle gleichzeitig auch ja zum TÜPI Allentsteig. Was meine ich damit? Das eine muss mit dem anderen möglich sein und das eine darf dem anderen nicht zum Nachteil kommen. Und damit das Ganze auch wirklich ernst gemeint ist und auch niedergeschrieben, bringe ich jetzt einen Resolutionsantrag ein *(liest:)*

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Waldhäusl zum Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 215/H-11/6 – Vorlage der Landesregierung betreffend Waldviertelklinikum, Standort Allentsteig, Neubau einer Neurorehabilitation betreffend Standortsicherheit des Truppenübungsplatzes Allentsteig.

Aufgrund des Beschlusses zum Neubau einer Neurorehabilitation in unmittelbarer Nähe zum Truppenübungsplatz Allentsteig können in Zukunft gewisse Konflikte durch Lärmbelästigungen aus dem Übungsbetrieb nicht ausgeschlossen werden. Der Truppenübungsplatz Allentsteig ist für die gesamte Region des Waldviertels ein enorm wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber und sollte daher auch in einem gesamteuropäischen Verteidigungssystem in seiner jetzigen Größe und dem damit verbundenen Übungsbetrieb erhalten bleiben. Auch eine mögliche Ausweitung darf durch den Beschluss zum Neubau einer Neurorehabilitation nicht gefährdet werden.

Der Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung dafür Sorge zu tragen, dass es durch den Neubau der Neurorehabilitation zu keinen Einschränkungen im militärischen Betrieb des TÜPI Allentsteig kommt. Weiters dürfen diesem Übungsplatz keine Benachteiligungen aufgrund der angrenzenden Neurorehabilitation entstehen.“

Ich bitte Sie, werte Kollegen, diese Bedenken mitzutragen, nicht nur ernst zu nehmen, dass man mit einem vernünftigen Miteinander auch für diese schwache Region des Waldviertels, wo viele Nachteile auf Grund der Situation der toten Grenze gegeben waren, der Truppenübungsplatz vielleicht nicht immer vermarktet wurde, dass hier ein vernünftiges Miteinander für die Region, für die Bevölkerung und auch für die vielen Menschen die am TÜPI Arbeit finden und die in Zukunft auch im Neurorehab eine Arbeit finden, dass hier in Zukunft ein vernünftiges Miteinander geht. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung meines Antrages. Im Restlichen werden wir selbstverständlich den Neubau unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Honeder das Wort.

Abg. Honeder (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Uns liegt der Antrag des NÖGUS auf Realisierung des Projektes Neubau einer Rehabilitation, einer Neurorehabilitation in der Stadt Allentsteig zur Beratung und Beschlussfassung vor. Als erster Schritt sollen die Mittel für die Planung und Baureifmachung des Projektes in der Größenordnung von 1,250.000 Euro freigegeben werden.

In diesem Fall ist sicher das alte Sprichwort „gut Ding braucht Weile“ mehr als zutreffend. Jahrelang war der Spitalsausbau in Allentsteig das zentrale Thema der Kommunal- und der Regionalpolitik der ganzen Region, das sehr, sehr emotional diskutiert wurde. Das St. Ulrich-Krankenhaus in Allentsteig ist eine sehr traditionsreiche Einrichtung, die auf eine über 120-jährige Geschichte zurückblicken kann und die in dieser Zeit für die medizinische Versorgung der Menschen in der Region unverzichtbare Leistungen erbracht hat.

Den wohl entscheidendsten Einschnitt in der Entwicklung der Stadt, des Krankenhauses und der Region brachte der März 1938. Im Sommer 1938 wurde ein Truppenübungsplatz geschaffen. Alles in allem wurden 19.100 Hektar entsiedelt. Es waren dies 40 Ortschaften und über 7.000 Menschen wurden hier abgesiedelt. Der Gerichtsbezirk Allentsteig wurde dadurch gespalten, die alten Wirtschaftsverflechtungen zerrissen und Allentsteig in eine verkehrs- und wirtschaftsstrukturelle Grenzlage gedrängt.

Auch das Krankenhaus hat dadurch rund die Hälfte seines Einzugsgebietes verloren. Bis zum Jahr 1999 wurde das Krankenhaus mit 93 systemisierten Betten und zirka 70 Mitarbeitern geführt. Mit 1. Jänner 2000 wurde das Krankenhaus in den Krankenanstaltenverband Waldviertel eingegliedert. Nach Schließung der chirurgischen Abteilung und der chirurgischen Ambulanz wird nunmehr nur mehr eine interne Abteilung mit interner Ambulanz geführt. Seitens der Gemeinde und der Region war in den letzten Jahren daher der Kampf aller politischen Kräfte mit dem Ziel, Allentsteig als Krankenhausstandort zu erhalten, oberstes Ziel. Es wurde hier verlangt, dass ein modernes Grundversorgungskrankenhaus mit allen medizinischen Einrichtungen geschaffen wird.

Auf Grund der bekannten medizinischen Vorgaben und der finanziellen Möglichkeiten war das ein unrealistisches Ziel. Es war aber selbstver-

ständig Wille der Landespolitik, in der Stadt Allentsteig, die mit 11,9 Prozent Abwanderung zu den stärksten Verliergemeinden im Bezirk Zwettl zählt, den unverzichtbaren Arbeitgeber Spital, wenn auch in geänderter Form, zu erhalten.

Durch den zukunftsweisenden Zusammenschluss der Spitäler Horn, Eggenburg und Allentsteig zum Waldviertelklinikum ist es möglich geworden, Synergieeffekte zu nutzen und zukunftsorientiert zu planen. Nach wissenschaftlichen Studien im Rahmen des NÖKAP wurde festgestellt, dass der Bedarf an Betten für die Neurorehabilitation gegeben ist. Nach dem Konzept des NÖKAP sollen in Allentsteig 65 Betten für diesen Zweck geschaffen werden. Patienten nach Schlaganfällen, Schädel-Hirn-Traumen, mit multipler Sklerose und Parkinson-Erkrankungen sowie nach neurochirurgischen Eingriffen soll nach der Akutphase in Allentsteig behandelt werden. Man rechnet mit zirka 500 bis 600 Patienten pro Jahr. Aus einem Einzugsgebiet, das das Wald-, Teile des Weinviertels und Teile des Zentralraumes umfasst.

Im Endausbau und Vollbetrieb wird die Neurorehabilitation in Allentsteig Arbeitgeber für 110 Mitarbeiter sein. In Anbetracht dessen, dass der Neubauvariante gegenüber der Sanierung und dem Umbau des alten Krankenhauses der Vorzug gegeben wurde, hat die Stadtgemeinde Allentsteig dem Krankenanstaltenverband Waldviertel bereits ein geeignetes Grundstück kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die projektierten Gesamtbaukosten für das Projekt in der Höhe von 11,7 Millionen Euro, wobei die Fördergrundlage im Sinne des Landtagsbeschlusses 9,66 Millionen Euro beträgt, sind die Gesamtbaukosten. Der Krankenanstaltenverband Waldviertel hat sich bereit erklärt, die Differenz in der Höhe von 2,04 Millionen Euro über ein Contracting-Modell zu finanzieren, dessen Kosten aus dem laufenden Betrieb des Spitals finanziert werden sollen.

Folgender Bauzeitplan ist vorgesehen: 2004 Planung und Projektvorbereitung, Mitte 2005 frühestmöglicher Baubeginn, Ende 2006 bis Mitte 2007 Fertigstellung.

Ich glaube, dass jeder Euro, der in die Errichtung des Projektes Neurorehabilitation Allentsteig investiert wird, bestens angelegt ist um den Menschen des Einzugsgebietes, die Hilfe benötigen, beste medizinische Versorgung bieten zu können. Auch im Hinblick auf die Notwendigkeit, in strukturschwachen Regionen hochqualifizierte Arbeits-

plätze zu schaffen, ist dieses Projekt für das eurofit machen einer Region ein unverzichtbarer Beitrag.

Es zeigt auch, dass die Landespolitik ein verlässlicher Partner ist und dass Zusagen entsprechend eingehalten werden. Ich glaube auch, die aus dieser Investition resultierenden Belastungen des Landesbudgets sind hier verkräftbar. Ich danke schon jetzt namens der Menschen der Region, der Stadtgemeinde Allentsteig, dem Herrn Landeshauptmann, den Mitgliedern der Landesregierung, den Verantwortungsträgern des Waldviertel Klinikums sowie Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für die Zustimmung zur Realisierung dieses für die Region unverzichtbaren Projekts.

Nun zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Waldhäusl. Nach Rücksprache mit dem Militärkommando für Niederösterreich resultieren aus dem Betrieb der Neurorehabilitation in Allentsteig für den Übungsbetrieb am Truppenübungsplatz keinerlei Nachteile. Es ist dies abgesprochen. Wir werden daher diesen Antrag ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 215/H-11/6:)* Das ist einstimmig angenommen!

Ich lasse nun über den eingebrachten Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Waldhäusl betreffend Standortsicherung des Truppenübungsplatzes Allentsteig abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist leider die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt!

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche nunmehr die Frau Abgeordnete Kadenbach, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 247/B-1 einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Kadenbach (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf Ihnen den Sammel-Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zur Kenntnis bringen, und zwar Ltg. 247/B-1 über die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes betreffend IT-Ausstattung in NÖ Landesberufsschulen; NÖ Landeskrankenhaus

Grimmenstein-Hohegg; Gießhübl, Landwirtschaftliche Fachschule, bautechn. Prüfung; Kulturpark Kampthal; Vienna Region Beteiligungsmanagement Gesellschaft mbH; Eggenburg, NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim; Wilhelmsburg, NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim; NÖ Viertelsfestivals (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, dass den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Rechnungshof-Ausschusses entsprochen wird.
3. Gem. § 42 Abs.1 LGO 2001 wird das Abgehen von der Frist zur Kenntnis genommen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten um Einleitung der Debatte und Abstimmung über das gegenständliche Tagesordnungsstück.

Zweiter Präsident Sacher: Ich danke Frau Abgeordnete Kadenbach für die Berichterstattung. Wir gehen in die Debatte ein und ich erteile als erster Rednerin Frau Abgeordnete Dr. Krismer das Wort.

Abg. Dr. Krismer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Meine Wortmeldung zielt auf drei Rechnungshofberichte ab. Wie zu erwarten natürlich zwei was die Pflegeheime betrifft und den dritten Bericht Vienna Region Beteiligungsmanagement Gesellschaft mbH.

Ich werde jetzt auch mit diesem Rechnungshofbericht beginnen. Als ich diesen Rechnungshofbericht in die Hand bekommen habe, also zuerst sind einmal die Kolleginnen zurückgewichen bei diesem Titel dieser Gesellschaft. Und ich finde das toll, der Rechnungshof hat es wirklich geschafft, das Land Niederösterreich hat Beteiligungen, die wirklich wahnwitzig sind mit mittlerweile irgendwer ist doch noch mit ein paar Prozent beteiligt. Aber so schaut das aus wenn man ja fast gezwungen ist durch Maastricht zu privatisieren. (*Abg. Dr. Krismer zeigt Diagramm.*) Und ich finde, das ist jetzt ein ganz ein tolles Diagramm geworden das einmal Einblick gibt, wie sich das Land Niederösterreich und das Land Wien hier verschränkt und verflochten haben.

Und was noch dazu kommt, ist, und da gehe ich davon aus, dass die Mitarbeiterinnen im Rechnungshof der englischen Sprache mächtig sind. Denn fürwahr, diese Ausdrücke „Business and Science-Park Vienna GmbH“, „Craft Center Kottlingbrunn“, das klingt so als wären das ganz, ganz tolle große internationale Betriebe. Dem ist leider nicht so.

Um was geht's da jetzt? Ich versuch das einmal ganz kurz darzustellen, weil ich das für ganz wesentlich halte. Das Land Niederösterreich und das Land Wien haben beschlossen, dass die Wirtschaftsbranche im automobilen Bereich dort vor allem in diesen hochtechnisierten Technologiebereichen ein boomender Bereich ist und dass dort die Wirtschaft gefördert werden sollte. Ich sage natürlich als Grüne dazu ist nicht gerade ein Bereich wo ich unbedingt die große Förderung sehe, aber nehme zur Kenntnis, dass es da auch um Sicherheit und um vieles mehr geht und das durchaus Sinn macht.

Dann braucht man aber meistens einmal so ein Projekt oder eine Vorstellung wie so ein Projekt abgehandelt werden könnte. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Stadt Wien, das Land Wien etwas geschickter und vifer war als das Land Niederösterreich, denn die hatten zumindest schon einen Partner, nämlich Seibersdorf, bei der Hand. Dann in Wien ist das so ähnlich wie in Niederösterreich. Da gibt es dann vom Wirtschaftsfonds die Gründe, meistens ja in höherrangigen Straßennetzen gelegen und dort sollte dann dieses Projekt umgesetzt werden. Und das wird auch umgesetzt werden in Wien.

Was hat Niederösterreich gemacht? Niederösterreich hat gesagt, gut, jetzt schauen wir einmal wo es einen Grund gibt. Dann gibt es das ehemalige Semperit-Testgelände in Kottlingbrunn. Dann wurde das einmal gekauft. Also wir halten fest, Landesrat Gabmann ist einmal kurz ein Immobilienmakler gewesen. Projekt hatte er keines und Projekt hat er bis heute keines. Aber dort ist sehr viel passiert. Man hat nämlich den Menschen, das geht jetzt schon Jahre, in der Region die Hoffnung gegeben, dort würden wirklich Arbeitsplätze entstehen. Und dann noch diese Verbindung, dass es nicht irgendwas war, sondern es war eben das Semperit-Testgelände. Und ich habe das noch gut in Erinnerung als der ehemalige Geschäftsführer Krendelsberger der ECO-PLUS in der Region das darstellt als würde dort wirklich etwas entstehen.

Fakt ist, und das hat eben der Rechnungshof völlig richtig erkannt, dass es nicht angeht, derart

viele Millionen..., ich rede jetzt von Kottingbrunn, 6 Millionen Euro, das ist viel Geld. Also wenn man das in die Hand nimmt könnte man was die Wirtschaft betrifft, und da fällt mir viel ein, an nachhaltiger Wirtschaft in Niederösterreich vieles bewirken. Das wurde nicht gemacht und es gibt bis heute, eben weil keine Studien gemacht wurden, kein Projekt.

Dann gibt's ja dann diese wahnwitzigen Dinge wie vielleicht sollte man dort so eine kleine Oldtimer-Strecke machen. Dieser Mensch hat sich jetzt auch schon zurückgezogen. Was der letzte Stand der Dinge ist weiß wahrscheinlich nur der Immobilienmakler Landesrat Gabmann. Ich weiß es nicht, und ich glaube auch nicht, dass er das ernst genommen hat, denn sonst hätte er zumindest jetzt eine Machbarkeitsstudie im Nachhinein in Auftrag geben müssen. *(Beifall bei den Grünen.)* Kurzum eine tollpatschige Wirtschaftspolitik wie wir es gewohnt sind von Landesrat Gabmann.

Ich gehe dann weiter zu den Pflegeheimen, das ist relativ kurz. *(Zwischenruf bei Abg. Hinterholzer.)*

Das sind unqualifizierte Äußerungen, aber ich bin das von Ihnen gewohnt. In den Wirtschaftsbereichen wo Sie tätig sind, glaube ich, reden wir auch nicht von Nachhaltigkeit und von Zukunftsorientierung. *(Zwischenruf bei Abg. Hinterholzer.)*

Sie stehen in der Wirtschaft, ja. Ich bin da als Politikerin und nicht als Wirtschaftstreibende. Und Frau Kollegin Hinterholzer, Sie verwechseln das ständig. *(Abg. Hinterholzer: Gott sei Dank gibt es ein paar Wirtschaftstreibende in diesem Land. Sonst würde es auch keine Lehrstellen geben!)*

Gehen wir zu den Pflegeheimen, denn das ist wahrlich ein wichtiger Bereich in diesem Lande. Es wurden eben Wilhelmsburg und Eggenburg vom Rechnungshof angesehen. Ich werde es kurz machen, 4,5 Personen im Personalstand fehlen in Wilhelmsburg und 3,5 in Eggenburg. Aber eines hat mich ja schon beeindruckt und finde ich als schön, dass die Grünen bzw. Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop Eingang gefunden haben in diese Rechnungshofberichte, weil sie nämlich ja meine Anfrage sehr gut, für Sie sehr gut, beantwortet hat und wieder darauf hingewiesen wird, wie viel nicht im Lande Niederösterreich passiert, damit diesem Pflegezustand endlich Einhalt geboten wird. Und dass wir genug qualifiziertes Personal in Niederösterreich haben. *(Abg. Nowohradsky: Sprechen Sie bitte nicht von einem Pflegezustand in Niederösterreich!)*

Wir haben in Niederösterreich nach wie vor einen Pflegezustand und ...*(Unruhe im Hohen Hause.)*

Das liegt schriftlich vor. Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop wird alles unternehmen damit dieser Pflegezustand nicht mehr gegeben ist in Niederösterreich. Wenn wir uns aber diese, und das sind Fakten, die liegen da, 4,5 in Wilhelmsburg, 3,5 in Eggenburg, dann ist eben dieser Pflegepersonalzustand noch gegeben in diesem Lande. Ich werde das weiterhin beobachten und würde mich sehr freuen und vielleicht erlebe ich das noch, dass wir wirklich genug qualifiziertes Personal in Niederösterreich haben. Bedanke mich beim Rechnungshof, der das immer sehr sachlich und wie es der Rechnungshof machen sollte, darstellt. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

28 Minuten für vier Geschäftsstücke, schöne Zeit. So eine Mathematikübung haben wir heute schon gehabt mit dem Euro. Ein Euro nach Brüssel hinaus und drei herein. Und gleichzeitig sind wir Nettozahler.

Ich beginne mit dem Geschäftsstück der bautechnischen Prüfung, landwirtschaftliche Fachschule Gießhübl. Hier hat es berechtigterweise Kritik gegeben beim Projekt Schweinestall. Dass es in der Vorerhebung, in der Planungsphase Mängel gegeben hat und daher auch diese kostenmäßige Entwicklung dann sich leider so abgezeichnet hat dass es zu einer enormen Überziehung gekommen ist. Es hat auch seitens des Rechnungshofes Kritik gegeben im Bereich der erbrachten Eigenleistungen, wobei ich in dieser Sache schon ein bisschen auch die Stellungnahme der Landesregierung verstehe. Denn ich weiß wie in landwirtschaftlichen Schulen auch Unterricht gemacht wird. Und aus meiner Sicht ist ein wesentlicher Teil dieser Eigenleistung selbstverständlich auch im Rahmen von Schülerprojekten für den praktischen Unterricht pädagogisch für die Ausbildung wichtig. Und daher würde ich diese Kritik des Rechnungshofes nicht so ernst nehmen. Ich nehme aber die Kritik sehr ernst betreffend der fehlenden Unterlagen, ob es Fertigstellungsmeldung, Baubeginnsmeldung etc. ist, diese bürokratischen Probleme sollten selbstverständlich abgestellt werden. So wie die kleine Kritik, dass in Zukunft auch das Vergabeverfahren nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes einzuhalten ist.

Das NÖ Landeskrankenhaus Grimmenstein-Hochegg. Hier war die Kritik nicht wirklich groß. Es

wurde aufgezeigt, dass es eine überproportionale Steigerung beim Sachaufwand gegeben hat und dass das Instrument des Controllings im Krankenhaus auszubauen ist. Nona, selbstverständlich, grundsätzlich wird das überall auszubauen sein. Und hat meine Vorrednerin bereits auch angesprochen die festgestellten Mindestkriterien hinsichtlich der Personalausstattung im Bereich des Pflegedienstes ist ein sehr sensibles und ein sehr heikles Thema und es wäre sehr wichtig, dass es hier in Zukunft – und das hat ja die Stellungnahme der Landesregierung dementsprechend dokumentiert – dass hier Schritte eingeleitet werden dass man den bewilligten Sollstand tatsächlich erreichen kann.

Was weniger erfreulich war, auch die Tatsache, dass Grimmenstein die höchsten Kosten aller NÖ Krankenhäuser für die Speiseversorgung aufweist und selbstverständlich hier die Kritik, dass umgehend Maßnahmen einzuleiten sind, die eine deutliche Reduktion dieser Kosten hinter sich lassen.

Auch der hohe Wäscheinsatz, der hier vorgeworfen wurde, berechtigterweise vorgeworfen wurde, und dass es hier zu einer Mengenreduktion kommen muss. Es ist auch im Bereich der leer stehenden Altbäude im Krankenhausareal anzudenken wie man hier eine Verwertung oder ein Nutzungskonzept in Zukunft anstellen kann um den wirtschaftlichen Schaden in Zukunft in diesem Bereich begrenzen zu können. Im Großen und Ganzen jedoch ein grundsätzlich positiver Bericht.

Genauso positiv wie der Bericht über die IT-Ausstattung in den NÖ landwirtschaftlichen Berufsschulen. Hier hat es außer ein paar Minimängel, so würde ich es sagen, überhaupt keine Beanstandungen gegeben. Dass geltende Vergabevorschriften zukünftig angewandt werden müssen und genauestens beachtet werden in Übereinstimmung mit dem Bundesvergabegesetz. Im Großen und Ganzen ein äußerst positiver Bericht.

Bei der Beteiligungsmanagementgesellschaft Vienna Region ist ja auch schon darüber gesprochen worden, dass es hier Kritik gegeben hat. Meine Vorrednerin auch angedeutet. Und ich würde sagen, dass hier klare gesellschaftliche Strukturen, die auch nachvollziehbar sind, geschaffen werden müssten. Auch um Rechtsstreitigkeiten in Zukunft hier vermeiden zu können.

Etwas kritischer schaut der Bericht zum Kulturpark Kamptal aus. Da haben wir leider Gottes in der Zusammenfassung bereits leichte Kritik erkennen können. Dass sämtliche Landesmittel in der Höhe von über 3, fast 4 Millionen Euro als verlorene Zu-

schüsse gewährt wurden, könnte man einmal sagen grundsätzlich muss noch nicht wirklich ein Punkt zur Kritik sein. Aber wenn man natürlich auch als Politiker das verfolgt was hier bei dieser Gesellschaft wirklich tatsächlich dann zustande gekommen ist und wo sie letztendlich geendet hat, nämlich vor dem Nichts, vor dem Aus, ist es berechtigt, dass man im Zuge dieser Kontrolle auch aufzeigt, wo waren Mängel, wo hat es überhaupt nicht hingehaut und warum ist so viel Geld den Graben hinabgegangen.

Dass die geforderten jährlichen Berichte und andere Unterlagen im Sinne dieser Auflagen und Fördervereinbarungen zu wenig vorhanden waren, dass dem nicht entsprochen wurde, ist genauso ein Kritikpunkt wie dass bei der gesamten Abwicklung der Förderungen, bei der Auszahlung der Fördermittel die Unterlagen und Beträge eingehend bearbeitet und kontrolliert werden sollten. Dass es hier auch wesentliche Mängel gegeben hat und so wie ich einleitend bereits gesagt habe, hat der Landesrechnungshof positiverweise auch erwähnt und kritisiert dass zu prüfen ist, inwieweit verstärkt eine Förderung in Form von Darlehen oder ähnlichen Förderungsarten in Zukunft erfolgen könnte.

In Zukunft ist schön: Bei anderen Projekten. Wir wissen ja, wie es bei Kulturpark Kamptal ausgesehen hat, wie das bittere Ende war. Es ist dann auch eine Aufzählung an Projekten, wo auch Kritik geübt wurde, ob am Eingangstor Langenlois über das Projekt Errichtung Freilichtanlage auf der Holzweise und bei der Grabungsdokumentation Gars, Bewirtschaftung Kulturpark Kamptal etc.

Es ist auch kritisiert worden berechtigterweise, dass diese Prüfungen einen Zeitraum von zirka 13 Jahren aufweisen. Und schon allein das zeigt, dass eine Zeitspanne von über 10 Jahren eine ungewöhnlich lange Prüfphase ist und in 13 Jahren sich halt sehr viele Gesetze und Richtlinien mehrmals ändern. Und daher es auch wahnsinnig schwer ist, hier im Nachhinein eine korrekte und zielführende Prüfung durchzuführen.

Noch dazu hat ja der Kulturpark Kamptal aus verschiedensten Quellen und verschiedenen Richtungen Fördermittel erhalten. Und daher waren auch verschiedenste Abteilungen mit der Abwicklung befasst. Und auch hier haben sich daher Probleme ergeben bei der Prüfung, bei der Prüfung der Förderungsakten. Speziell die, die die Regionalisierungsmittel betrafen. Weil durch diese Zersplitterung ganz einfach eine Kontrolle für den Landesrechnungshof schwer war. Weil Doppelgleisigkeiten und der erforderliche Aktenbestandteil oft bei verschiedenen Behörden aufgelegt ist. Manchmal,

so steht's drinnen, bei keiner der betroffenen Stellen auch auffindbar war.

Und da natürlich eine Kontrolle äußerst schwierig sich gestaltet, zeigt aber natürlich dass gerade hier eine Kontrolle äußerst wichtig ist. Und dass der Landesrechnungshof dann abschließend festhält, dass dem Kulturpark Kamptal zur Zeit für einen zweckentsprechenden Weiterbetrieb die erforderlichen Geldmittel fehlen, das wissen wir leider. Darum auch das bittere Ende. Und so wie halt leider Gottes in der Politik üblich, dort, wo relativ viel an Kritik auch des Landesrechnungshofes kommt, ist es auch berechtigt, dass sich Politiker dann auch medial einmischen. Und es hat ja sehr viele Stimmen in den Medien zu diesem Vorhaben gegeben zu dem viel Geld hier wirklich leider Gottes verloren gegangen ist. Ich will nicht sagen alles, denn es sind einige gute Dinge dabei gewesen. Ich würde sagen, dass man in Zukunft trachten sollte, das besser zu machen, daraus zu lernen, aber auch natürlich nicht die handelnden Personen so ganz „aus dem Kraut lassen“ wie man so schön sagt. Denn ich habe mir halt die Mühe gemacht, ich will es heute gar nicht machen sonst heißt es wieder der Waldhäusl tut da nur populistisch herum. Aber die Leute, die es betrifft wissen es schon. Schaut euch genau an, wer in diesem Verein, in dieser Gesellschaft tätig war, wer an welchen Bürgermeisterern wie weit in die ÖVP hinein, ich sage keinen Namen, gar nichts, wer hier überall auf höchster Ebene tätig war. Und es geht in verschiedene Kreise. Ich will es gar nicht vorlesen und punktgenau erwähnen. Aber die Leute, die betroffen sind, wissen, dass sie hier vielleicht auch zu spät sich eingeschaltet haben oder mit schuld sind an dem Desaster zu dem es letztendlich geführt hat.

Aber die Kritik ist berechtigt, vor allem deswegen berechtigt, weil es sich hier um Steuergelder gehandelt hat. Steuergelder, die die Niederösterreicherinnen und die Niederösterreicher hart erwirtschaften müssen und es sehr wichtig ist, dass diese Gelder natürlich so angewendet werden, dass wir alle das Gefühl haben, da ist es richtig, da passt's und da hat das Bundesland was davon. Da haben die Regionen was davon, da haben die Gemeinden was davon. Und der Bürger freut sich wenn er durchs Land fährt und sagt, siehst, diese Gelder sind richtig eingesetzt. In diesem Falle sind sie leider Gottes den Bach hinab und das tut weh.

Bericht Eggenburg, NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim. Eine leise Kritik betreffend Vertrags- und Regelwerke dass man sie zeitgerecht anpasst. Und die von der Landesregierung beschlossenen Richtlinien adaptiert. Bei der Prü-

fung war auch festzustellen, dass an gewissen Tagen, speziell an Sonntagen, kein Reinigungspersonal eingeteilt war und dass es hier im Pflegepersonal Mängel gegeben hat. Wurde jedoch bereits reagiert und erledigt.

Ein Bereich, der mir persönlich wichtig ist, wurde aufgezeigt, dass im Zuge der gegenständlichen Prüfung festgestellt wurde, dass ärztliche Anordnungen fallweise mündlich erteilt wurden oder die schriftliche Dokumentation teilweise oder gar nicht da war oder im Nachhinein erteilt wurde. Und so eine schriftliche Dokumentation Tage im Nachhinein ist erstens ein Verstoß gegen die angeführte gesetzliche Bestimmung und es ist da auch für die Mitarbeiter des Pflegedienstes nicht einfach weil sie sich hier im, ich würde einmal sagen, im Graubereich der gesetzlichen Verletzung sage ich einmal, oder von Verstößen bewegen. Und ich würde sagen, dass hier der Pflegedienst sicherlich dadurch nicht zum Handkuss kommen sollte, dass man hier das nicht besser regelt. Obwohl ich auch aus der Praxis weiß dass es halt oft nicht anders möglich ist, dass man hier kurzfristig diese Handlungen im Nachhinein setzt. Aber es ist gut dass es aufgezeigt wurde. Denn wir wissen, dass in diesen Bereichen leider Gottes immer wieder zu viel passiert und aus den Medienberichten dann zu entnehmen ist, dass es hier Verletzungen und Verstöße gibt, die wir alle nicht wollen.

Und abschließend hat dann der Landesrechnungshof selbstverständlich darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Fortsetzung dieser Einnahmen-Ausgabenentwicklung ab dem Rechnungsjahr 2004 der heimübergreifende Haushaltsausgleich in der derzeitigen Form nicht mehr gesichert ist. Das heißt, die Finanzierung des Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes muss selbstverständlich auch in Zukunft sichergestellt sein. Und daher hier auch die berechnete Kritik, im finanziellen Bereich hier etwas besser darauf zu schauen.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Im Bereich des NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Wilhelmsburg hat es fast keine Kritik gegeben, würde ich einmal so salopp sagen. Es ist aber im Bereich der finanziellen Situation so wie vorher im Bereich von Eggenburg darauf hingewiesen worden, dass auch hier die Einnahmen-Ausgabenentwicklung nicht zum Fröhlichsein stimmt, sondern dass auch hier Anstrengungen zu unternehmen sind um die Finanzierung dieses Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes auch in Zukunft sicherstellen zu können.

Und zwei Kleinigkeiten wurden noch erwähnt: Die Miete für das installierte Friseurzimmer sollte auf das Niveau vergleichbarer Landesheime angepasst werden. Und das Heimcafe, das in Eigenregie geführt wird, sollte auch auf eine kostendeckende Finanzierung hin arbeiten.

Der letzte Bericht, meine Damen und Herren, den ich jetzt zur Kenntnis bringen möchte, ist der Bericht der NÖ Viertelfestivals. Ich würde einmal sagen grundsätzlich kein negativer Bericht. Denn wir haben mit diesen Festivals versucht, Initiativen in den Regionen zu setzen. Und ich würde sagen, es ist auch zum größten Teil gelungen. Daher würde ich sagen, ist dieses Projekt einmal grundsätzlich erfolgreich.

Vorreiter, wie schon so oft, würde ich sagen, und auch positiv und Gott sei Dank wieder einmal so als Trouble-Shooter das Waldviertel mit dem ersten Waldviertelfestival und mit dem ersten Festival dieser vier Regionen. Und das Waldviertel hat gezeigt wie man es machen kann, wie man es machen soll und wie man es machen muss. Wenn es nicht nur kulturell, touristisch, sondern auch wirtschaftlich ein Erfolg sein soll.

Es ist kritisiert worden seitens des Landesrechnungshofes, so wie in allen anderen Bereichen, dass der Verwaltungsaufwand bei der Verrechnung von Kilometergeldern und Sitzungsgeldern in Zukunft einheitlich abgerechnet werden soll und unbürokratischer. Und das, würde ich sagen, das ist auch tatsächlich gut so und ist in Ordnung.

Es wurde auch kritisiert, was ich nicht ganz verstanden habe, dass auf Grund einer Reduktion der Gesamtkosten, das heißt die Waldviertler waren sehr sparsam und haben hier sehr gut gewirtschaftet, aber es ist zu einer Reduktion der Gesamtsumme gekommen um mehr als 10 Prozent. Die Gesamtfördersumme ist jedoch gleich geblieben. Ich weiß, dass es ein Verstoß gegen die Richtlinie ist. Es hätte daher dann selbstverständlich das auch nachgebessert werden können. Aber warum soll man die bestrafen die wirklich Spaß am Arbeiten haben?

Und auch ein Kritikpunkt war, dass das Ansuchen nicht unbedingt zeitgerecht, würde ich fast salopp sagen, es ist eigentlich gekommen nachdem schon die Förderzusage da gewesen ist. Würde ich sagen, kann man verzeihen. Es war das erste Festival, der erste Verein der das gemacht hat. Und im Nachhinein hat man gesehen, sie haben beherzt gearbeitet und es war eine positive Entwicklung. Und vor allem, es hat der Region gut getan und die Finanzen waren ausgiebig und wir sind ausge-

kommen im Waldviertel damit und es hat keine wie immer berechtigte Kritik gegeben, weil es hier so gar zu einem positiven Abschluss gekommen ist.

Das war leider beim darauf folgenden Mostviertelfestival nicht so. Hier hat der Verein Kulturmanege Mostviertel die Organisation übernommen. Und hier ist es leider Gottes zu finanziellen Problemen gekommen. Es hat im November 2002 der Geschäftsführer den Verein darüber informiert, dass ein Abgang in der Höhe von 183.850 Euro drohe. Dass dann das gedeckt wurde über einen Kredit. Und insgesamt war es nicht so eine Erfolgsgeschichte wie im Waldviertel. Hat aber sicher nichts mit den Mostviertlern zu tun oder mit der Region, sondern ich würde sagen, die handelnden Personen haben da eher versagt.

Ich glaube auch nicht, dass es nur der Geschäftsführer war so wie aus den Unterlagen hier ersichtlich ist, dass hier der Geschäftsführer sehr viele Dinge zu spät erkannt hat oder viele Dinge nicht gemacht hat, die wichtig waren. Sondern wenn man weiß, dass es ein Verein ist, und es gibt einen Geschäftsführer in einem Verein, dann weiß man auch dass es einen Obmann gibt, es gibt Stellvertreter, es gibt einen Vorstand und die haben halt dann das Recht und auch die Pflicht, dass sie den Geschäftsführer darauf hinweisen müssen, dass es hier eine mangelhafte Projektbegleitung gibt oder dass unrealistische Verhandlungsergebnisse hier hineingenommen wurden.

Ist egal, es ist passiert. Das Wetter ist noch dazu auch eine katastrophale Begleiterscheinung gewesen und so war halt letztendlich das Ganze finanziell nicht so großartig. Aber kulturell und touristisch, glaube ich, hat es, bis auf das, dass das Wetter nicht mitgespielt hat, war es auch ein Erfolg. Und das Land Niederösterreich hat letztendlich mit einer Sonderförderung diesen Abgang dann auch gedeckt.

Weinviertelfestival, Industrieviortelfestival noch vorher. Das ist zu diesem Zeitpunkt alles im Laufen gewesen. Weinviertelfestival in der Projektierungsphase und das Industrieviortelfestival in der Abrechnungsphase. Und da hat man schon gemerkt, dass es hier auch eine positive Entwicklung gibt, auch im wirtschaftlichen, im finanziellen Bereich.

Nach Abschluss dieser Berichte und meiner kurz verbleibenden Zeit möchte ich jetzt noch auf ein allgemeines Thema der Kontrolle eingehen und ich sage es so wie es ist. Wir haben heute kurz vor der Sitzung diesen Rechnungshof-Ausschuss gehabt. Das war die dritte Einladung zu dieser Sitzung. Es war keine unwichtige Sitzung. Wir haben

den Sammelbericht verabschieden müssen. Es gibt eine gesetzliche 24-Stundenfrist. Die müssen wir heute per Landtagsbeschluss aufheben, müssen davon Abstand nehmen damit das alles wieder gesetzlich ist was wir jetzt schon debattieren.

Und da widerspiegelt sich für mich wieder das so in der Art und Weise, ich will jetzt gar nicht mehr zum Schluss so viel kritisieren, aber wie man doch so oft mit der Kontrolle in diesem Hause umgeht. Ich möchte gar nicht damit wieder anfangen, Kontrolle liegt nur in den Händen der ÖVP und der SPÖ. Ich sage, wie man allgemein damit umgeht. Welches Gewicht man dieser Kontrolle schenkt. Ich verstehe es wenn der Vorsitzende erkrankt, dann muss man was machen. Aber nur deswegen, weil ein Vorsitzender erkrankt kann es ja nicht möglich sein, dass deswegen keine Kontrolle im Land stattfindet. Weil wenn der Landtagspräsident erkrankt, deswegen werden auch Landtagssitzungen stattfinden. Und der Landtag wird nicht müde werden zu arbeiten. Und wenn jetzt ein Vorsitzender erkrankt, dann gibt's ja andere Vorsitzende. Wir haben ja drei. Ist ja schön aufgeteilt. Zweimal schwarz, einmal rot. Und wenn das so geregelt ist, so patschert, sage ich, dass dann der eine das nicht darf und der andere gerade nicht kann oder nicht will, weil der Dienstag nach Pfingsten eigentlich noch fast ein Feiertag ist oder wie auch immer, und man kommt dann zu drei Einladungen, dann ist das nicht nur verwirrend, sondern hätte fast den Eindruck, mit dieser Kontrolle in Niederösterreich geht man wirklich ein bisschen beschämend um.

Drei Einladungen damit man es endlich noch kurz vor dem Landtag drüber bringt. Man muss Gesetz beugen. Wir behandeln was wo wir erst den Beschluss dafür im Nachhinein tätigen dass wir behandeln dürfen. Jetzt können wir wieder anfangen von der Geschäftsordnung. Dann heißt es wieder, ich verstehe nichts. Ich sage wieder, ein anderer versteht nichts, ich bekomme den Ordnungsruf. Der andere weil er nichts versteht bekommt keinen dafür, das ist auch nicht gerecht. Über das will ich jetzt alles nicht diskutieren. Aber es ist so. Wir behandeln jetzt etwas, was wir noch gar nicht dürften, weil der Beschluss noch gar nicht da ist. Weil die 24-Stundenfrist hätte aufgehoben werden müssen, wir haben sie aber noch nicht aufgehoben. Wir brauchen einen Landtagsbeschluss dazu. (*Abg. Weninger: Da dürftest du eigentlich gar nicht reden!*)

Der Präsident hat mir Gott sei Dank das Wort erteilt, so wie den anderen auch. Ich will nur sagen, ich bin selbstverständlich für Kontrolle. Wir werden auch diesem Antrag und diesen ganzen Berichten zustimmen. Nur soll man so mit der Kontrolle auch

in Zukunft nicht umgehen. Weil es kommen oft die Falschen zum Handkuss. Weil der Landesrechnungshof hat seine Arbeit fristgerecht gemacht, hat es abgeliefert. Nur wir Abgeordneten, dann schaut es dann oft so aus wie wenn wir nicht kontrollieren wollen. Wir wollen! Weil was ist wenn in Zukunft drei Vorsitzende einen starken Husten haben oder schwer erkranken? Und da tun wir dann wirklich nicht mehr kontrollieren. Wie weit geht das dann? Das sollte geregelt werden im Sinne einer ordentlichen Kontrolle. (*Abg. Mag. Fasan: Ich würde mir die fünf Minuten Redezeit noch aufheben!*)

Das ist ein guter Hinweis, Martin, ich bin dir dankbar dafür. Zur Geschäftsordnung geht's im Notfall immer noch, aber ein bisschen hart, das weiß ich. Aber wir haben ja Gott sei Dank..., nein, Präsident Sacher sitzt nicht mehr oben, jetzt geht's nicht mehr.

Ich komme daher tatsächlich zum Ende meiner Rede. Es sollte wirklich in Zukunft, gerade weil wir gute Berichte diskutieren, weil Berichte dabei sind, wo es auch darum geht, dass man nicht nur kritisiert, sondern auch sagt, diese Viertelfestivals sind was Gescheites gewesen, teilweise was Gutes sogar. Touristisch hat es eine Belebung gegeben, das sollte man diskutieren. Man soll die Kontrolle dabei nicht vergessen. Man zeigt auf, wo ist Handlungsbedarf. Aber dann soll man diese Kontrolle im Interesse einer ordentlichen Kontrolle, so wie wir sie uns vorstellen, auch zulassen. Das was da passiert, drei Einladungen kurz vorher und das und das alles. Wenn einer ein bisschen wenig Ahnung hat davon, der glaubt, wir sind in einer Bananenrepublik. Zeigen wir, dass wir in keiner Bananenrepublik sind. Zeigen wir, dass wir in Niederösterreich sind, wo die Gesetze und die Geschäftsordnung auch eingehalten werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Landtages!

Ich darf ein paar Bemerkungen zu den Viertelfestivals anbringen. Sehr vieles hat der Kollege Waldhäusl in seiner kurzen Rede schon angedeutet und das kann ich mir ersparen. Grundsätzlich zwei Dinge vorweg: Natürlich sind für uns die Viertelfestivals eine ganz tolle Sache die von uns zu unterstützen ist und die wir begrüßen. Und ich gebe dem Kollegen Waldhäusl Recht, natürlich hat das den Regionen was gebracht und es waren sehr engagierte Menschen am Werk, die hier gearbeitet haben.

Allerdings sollte man doch darauf achten, dass die Förderungen oder die Förderungsrichtlinien eingehalten werden. Und wenn sich ein finanzielles Desaster abzeichnet, dass man vielleicht doch vorher die Notbremse ziehen könnte. An dieser Stelle auch einen recht herzlichen Dank an den Landesrechnungshof, an die Beamten und den Vorsitzenden für die klare und übersichtliche Analyse und Empfehlungen speziell jetzt bei den Viertelsfestivals.

Du hast es schon angeschnitten, beim Waldviertelfestival das 2001 stattgefunden hat, ist dieses Förderungsansuchen zu spät gekommen. Und interessanterweise hat es die Gewährung schon vorher gegeben, was also den Richtlinien der Landesförderungen widerspricht. Was immer bei allen vier Festivals fix war und am besten zu kalkulieren, das waren die Förderungen die es vom Land und vom Bund gegeben hat. Nur dass man eine Vorstellung hat in welcher Höhe sich die bewegt haben, rund 560.000 Euro vom Land und rund 220.000 Euro vom Bund. Alles andere war relativ vage.

Und es hat sich herausgestellt, dass speziell bei den Sponsorgeldern und bei den Eintrittsgeldern man sich dabei ziemlich verhaut hat und das nie so eingetroffen ist wie man geplant hatte. Vor allem bei den ersten beiden Festivals. Die Waldviertler haben es allerdings geschafft, doch rechtzeitig eine Notbremse zu ziehen und haben das Gesamtvolumen dann doch reduzieren können und das hat sich dann doch positiv auf das Ende und das Ergebnis des Festivals ausgewirkt.

Ja, Mostviertelfestival wurde angesprochen, da hat es leider nicht so gut ausgesehen. Jetzt ist viel herundiskutiert worden, zumindest auch vom Geschäftsführer ist gekommen, es waren einfach so widrige Wetterbedingungen. Das hat natürlich gestimmt. In Lunz war es zu kalt, in Neulengbach hat es geregnet und in St. Peter sind die Schüler alle frei gegangen. Was ich nicht ganz nachvollziehen kann, dass sich das so auf das Gesamtergebnis ausgewirkt hätte. Auf alle Fälle wurde auch angedeutet vom Landesrechnungshof, dass hier eine große Dominanz des Geschäftsführers war und scheinbar die Vorstandsmitglieder überhaupt keine Chance gehabt haben hier einzugreifen oder regulierend zu wirken. Dazu ist noch gekommen, und das hat der Rechnungshof auch angeführt, dass die Aufzeichnungen sehr mangelhaft geführt wurden. Das heißt, es hat einfach Zetteln gegeben, es ist keine gescheite Buchhaltung geführt worden, was die ganze Sache natürlich erschwert hat.

Das Land hat dann außerordentliche Projektförderungen in ziemlicher Höhe gegeben und dann

noch einmal. Jetzt sagt man sich, naja, das Geld ist jetzt weg, was machen wir? Ist irgendwer zur Rechenschaft zu ziehen oder lässt man das einfach im Raum stehen und kümmert man sich nicht weiter darum? Der Landesrechnungshof weist auch aus, meiner Meinung nach völlig gerechtfertigt, dass hier die Projektbegleitung des Landes gefehlt hat. Also man kann scheinbar nicht die Geschäftsführer einfach so werken lassen, die das natürlich in bester Absicht machen und sehr engagiert machen. Aber es muss unbedingt eine Begleitung des Landes da sein, eine Kontrolle. Die, hat sich herausgestellt, dass sie sowohl beim Waldviertelfestival als auch beim Mostviertelfestival sehr wichtig gewesen wäre, aber nicht dementsprechend gegriffen hat.

Das wirtschaftliche Ergebnis basiert scheinbar auf einer massiven Fehleinschätzung die dem Ergebnis zugrunde gelegt werden muss. Beim Industriefestival und beim Weinviertelfestival haben doch diese Dinge, diese Fehler die man gemacht hat bei den vorhergehenden Festivals, gegriffen und sie wurden schon mit einbezogen. Daher kann man beim Industrieviertelfestival sagen, das, glaube ich, jetzt schon abgerechnet ist, dass das positiv war. Beim Weinviertelfestival, das in diesem Jahr stattfindet, wird man sehen, wie das ausgehen wird.

Abschließend, und das halte ich jetzt für ganz wichtig, hat der Landesrechnungshof Perspektiven für die Viertelsfestivals formuliert. Da gibt es Zielsetzungen, da gibt es die Abwicklungsphase, da gibt es die Planungs- und Projektfindungsphase, die Realisierungsphase, die geteilt ist jetzt in finanziellen administrativen Bereich und projektbetreuten Bereich und wirtschaftliche Aspekte.

Und das halte ich für enorm wichtig, dass man diese Anregungen, diese Empfehlungen des Landesrechnungshofes aufgreift und in zukünftige Festivals einfließen lässt. Dann werden sich die finanziellen Desaster in Grenzen halten. Danke schön! *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. Hofbauer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema des Rechnungshofberichtes heute umfasst ja viele Bereiche. Und ich darf mit den NÖ Viertelsfestivals fortsetzen, nachdem sich ja meine Vorredner mit dieser Thematik auch schon sehr intensiv beschäftigt haben.

Auf Grund unseres Kulturförderungsgesetzes aus 1996 ist ja die Voraussetzung gegeben, entsprechende kulturelle Prozesse auch in den Regionen einzuleiten, zu gestalten, zu fördern. Und es war in der Vorbereitung für die Viertelsfestivals ein klarer Auftrag, insbesondere von unserer für die Kultur und Kunst zuständigen Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop, dass die bodenständige und traditionelle Kunst und Kultur gemeinsam mit der zeitgenössischen, innovativen einen bestimmten Freiraum selbst gestalten könne. Und in diesem Freiraum insbesondere auch die Gruppen sich entsprechend präsentieren und ihren künstlerischen Bereich gestalten können. Das ist bei den Festivals im Grunde genommen auch sehr gut gelungen. Mit einem entsprechenden Trägerverein. Und wenn man die Viertelsfestivals jetzt hernimmt aus dem Waldviertel oder in der Folge das Mostviertel, auch im Industrieviertel und heuer im Weinviertel, dann merken wir, dass wir auf diese Art und Weise auf der einen Seite unsere innovativen, künstlerischen Bereiche sehr gut motivieren können und auf der zweiten Seite auch eine sehr große Zahl an Besuchern finden, die diese Veranstaltungen, eine große Zahl jedes Jahr, 100 bis 200 Veranstaltungen, besuchen. Niederösterreich ist damit ein Bundesland wo Kultur und auch innovative Kunst einen sehr hohen Stellenwert hat.

Im Weinviertel, wo wir heuer das Festival „Kunst schafft Land oder Land schafft Kunst“ haben, merken wir auch, dass auch bei grenzüberschreitenden Veranstaltungen hier neue Initiativen und Möglichkeiten bestens genützt werden. Durch die Kulturvernetzungsstelle gibt es eine optimale Unterstützung in der Vorbereitung und Koordination. Und ich glaube, dass wir den Geldbetrag, der jährlich für die Viertelsfestivals eingesetzt wird, auch wirklich in hervorragender Weise verantwortungsvoll für unser Bundesland ausgeben.

Ich glaube, dass die Intensivierung in der Zusammenarbeit zwischen den regionalen, kreativen Menschen, den administrativen Kräften und den vielen freiwilligen Helfern auch mit den Förderstellen des Landes und Bundes und in Zukunft wahrscheinlich auch vermehrt mit Sponsoren, eine neue Zielsetzung für den Fortbestand der Viertelsfestivals gibt. Und gerade darin besteht auch die Möglichkeit, dass wir beim nächsten Durchgang der Viertelsfestivals die Empfehlungen und Anmerkungen des Rechnungshofes in besonderer Form berücksichtigen können. Es wird im Jahr 2005 ein Jahr ausgesetzt und in dieser Pause haben wir die Möglichkeit, alle Erfahrungen der vier Jahre bestens zu nützen und damit auch einen neuen Start in die nächsten Viertelsfestivals zu machen.

Das zweite Thema mit dem ich mich beschäftigen möchte ist Kulturpark Kamptal. 13 Jahre reicht der Prüfungszeitraum zurück. Und ich glaube, dass man bei einem so langen Zeitraum auch berücksichtigen muss dass wir heute manches aus einem anderen Gesichtsfeld sehen als es vielleicht vor 10 oder 8 Jahren der Fall war. Im Grunde genommen ist es ein sehr umfassendes Projekt, wo über vier Millionen Euro aus verschiedensten Bereichen des Landes Niederösterreich auch in sehr viele Bereiche investiert wurden. Es haben sich hier 16 Gemeinden zusammen gefunden, die von der regionalen Aufteilung her im Grenzgebiet zwischen Weinviertel, Waldviertel, Kamptal sich zum Ziel gesetzt haben, diese historische Ausflugsregion Niederösterreichs wieder mit neuem Leben zu erfüllen. Und das ist in hervorragender Form auch gelungen. Ich weiß schon, dass es hier einige Anmerkungen gibt, die wir in Zukunft vielleicht besser beachten sollten. Aber wir dürfen nicht übersehen, dass wir mit dem Stift Altenburg, mit den Eingangstoren in Eggenburg, Horn, Langenlois - hier hoffe ich, dass es hier auch wieder zu einer Belebung dieses Eingangstores kommt -, mit den Erlebnis- und Themenwegen, mit der Radregion Kamptal, mit der Weinstraße Kamptal oder mit den Wellnessstagen oder mit dem gesamten Gesundheitszentrum Gars, mit den Schaugärten oder mit dem erst kürzlich der Öffentlichkeit präsentierten Amethystzentrum in Maissau sehr viele Punkte geschaffen haben, die auf der einen Seite die regionalen Ressourcen nützen, dass wir diese ganzen Themen auch bestens vermarkten können und dass es uns auf diese Art und Weise gelingt, eine große Zahl von Gästen und Touristen in diese Region zu bringen. Es gibt keine genauen Detailaufzeichnungen über diese 16 Gemeinden, aber ich schätze, dass wir pro Jahr 250.000 Nächtigungen im Raum Kamptal haben. Und die vielen tausende Tagestouristen die diese Region besuchen sind ein wirtschaftlich äußerst wichtiger Teil für die Region.

Ich weiß, dass es nicht ganz einfach ist, Projekte auch immer so umzusetzen wie sie geplant werden. Gerade bei diesem Projekt sind einige dabei dass man erst im Zuge der Umsetzung merkt, dass man manches anders gestalten muss wie zum Beispiel bei Grabungsarbeiten, wo man dann nicht alles der Öffentlichkeit präsentieren kann und damit auch der eine oder andere Magnet oder Zielpunkt vielleicht nicht so dargestellt werden kann wie es notwendig wäre um ihn einer großen Zahl von Besuchern zu präsentieren.

Im Grunde genommen ist das Projekt Kulturpark Kamptal für unser Bundesland gerade in dieser Region ein äußerst wichtiges und ich hoffe,

dass es nach den derzeit noch bestehenden finanziellen Engpässen hier die Möglichkeit gibt, auch in Zukunft diese Arbeit, die sich in diesen 16 Gemeinden ergeben hat, bestens fortzusetzen.

Ein Punkt, der heute im Sammelbericht noch nicht zur Sprache gekommen ist, ist die IT-Ausstattung unserer Landesberufsschulen in Niederösterreich. Ich freue mich, dass es Faktum ist, dass jede Landesberufsschule in Niederösterreich über moderne IT-Anlagen verfügt. Wohl differenziert nach Berufen. Es ist für einen EDV-Techniker eine andere Voraussetzung zu schaffen als vielleicht für einen Maurer. Obwohl ich das nicht einengen möchte, aber wir haben zumindest für die Ausbildung in unseren Landesberufsschulen, und das sind jene Bereiche wo wir in Zukunft unsere Fachkräfte für Gewerbe und Industrie ausbilden und in Zukunft auch brauchen, eine optimale Ausstattung erreichen können. Auch in der Verwaltung der Landesberufsschulen. Die vom Landesrechnungshof gemachten Anmerkungen werden sicherlich hier leicht erfüllt werden können.

Der nächste Bericht den ich in meiner Rede behandeln möchte ist der Bericht Nr. 1 Vienna Region Beteiligungsmanagement Gesellschaft. Wir alle wissen, dass es nach dem Schließen des Reifenwerkes in Traiskirchen intensive Bemühungen gegeben hat, seitens des Landes Niederösterreich, unseres Landesrates Ernest Gabmann, Landeshauptmann Erwin Pröll, für dieses Unternehmen Nachfolgebetriebe zu etablieren und hier einiges zu errichten.

Und der gute Kontakt, der zwischen unserem Landeshauptmann und dem Wiener Landeshauptmann besteht, war die Grundlage dafür, dass wir eine gemeinsame Gesellschaft gründen konnten, das Land Niederösterreich, unsere Betriebsansiedlungsgesellschaft ECO-PLUS und der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, mit dem Ziel, den Automobilcluster Vienna Region zu schaffen. Es ist auf alle Fälle nicht einfach, zwei Bundesländer für eine gemeinsame Gesellschaft zu gewinnen. Jedes Bundesland will für sich natürlich den besseren Teil haben. Trotzdem ist es gelungen, diese Gesellschaft zu errichten. Mit dem Ziel, Ansiedelungen in der Ostregion besonders zu unterstützen und zu fördern. Mit dem grundsätzlichen Ziel auch, einen Nachfolgebetrieb für Kottlingbrunn zustande zu bringen.

Und da muss ich jetzt ganz vehement und klar die Aussage von Kollegin Dr. Krismer zurückweisen. Landesrat Ernest Gabmann ist kein Immobilienmakler. Landesrat Ernest Gabmann betreibt auch für das Land Niederösterreich keine tollpat-

schige Wirtschaftspolitik! Nicht umsonst hat das Wirtschaftsblatt vor kurzem unseren Wirtschaftslandesrat Ernest Gabmann als besten Wirtschaftslandesrat Österreichs ausgezeichnet und damit ein objektives Urteil über die Wirtschaftspolitik in unserem Bundesland gegeben. Und ich frage Sie, Frau Dr. Krismer, was haben Sie bereits geleistet? Wie viele Arbeitsplätze haben Sie in Niederösterreich schon mit begründet, mit unterstützt, mit herbeigebracht? *(Abg. Dr. Krismer: Ich bin nicht Wirtschaftslandesrätin!)*

Sie sind Tierärztin wenn ich richtig informiert bin. Vielleicht wäre es besser wenn Sie bei Ihrer Profession bleiben würden und wenn Landesrat Ernest Gabmann auch in Zukunft seine Aufgabe als Wirtschaftslandesrat in der hervorragenden Form auch in Zukunft wahrnimmt. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Krismer: Jetzt werden Sie aber ganz schön untergriffig. Das steht Ihnen überhaupt nicht zu!)*

Zu Kottlingbrunn möchte ich noch zwei Anmerkungen hier machen. Frau Dr. Krismer, ich würde Sie bitten selbst nachzudenken welchen Beitrag Sie als Abgeordnete des Landes Niederösterreich leisten können um unseren Wirtschaftsstandort Niederösterreich zu verbessern.

Und zum Projekt Kottlingbrunn muss ich hier, ich habe es nicht vorgehabt Namen zu nennen, aber ich will es tun, damit auch hier die offizielle Information an alle Abgeordneten des Landes ergehen kann. Es hat bereits mehrere Unternehmungen gegeben, die sich für Kottlingbrunn interessiert haben. Der Schweizer Konzern Eurotax wollte in Kottlingbrunn etwa 70 Millionen Euro, ein Projekt mit 70 Millionen Euro investieren.

Es hat Gespräche gegeben mit der Frau Bürgermeister, aber fast gleichzeitig oder knapp davor Demonstrationen der Gewerkschaft mit dem Ergebnis, dass sich dieser Schweizer Konzern sehr rasch wieder zurückgezogen hat und mit Kottlingbrunn keine weiteren Verhandlungen mehr führen wollte. Ich denke an die Firma List, die ein Projekt mit 50 Millionen in Kottlingbrunn realisieren wollte und nach dem ersten Gespräch mit der Frau Bürgermeister mitgeteilt hat, dass sie den Standort Kottlingbrunn ablehnt.

Ich glaube, wir müssen hinterfragen wie weit die Gemeinde Kottlingbrunn in der Lage ist und die Frau Bürgermeister dort, die Projekte und die Ansinnen des Landes Niederösterreich mit zu unterstützen. Derzeit laufen Verhandlungen mit einem weiteren Investor und ich hoffe, dass man in Kottlingbrunn auch merkt, dass man hier die Unterstützung des Landes Niederösterreich annehmen sollte und nicht durch für mich nicht näher nachvoll-

ziehbare Gründe Investoren vertreibt. Wir haben in den letzten 15 Monaten im Bundesland Niederösterreich auf Grund der Initiativen der Wirtschaftsförderungsabteilung und der ECO-PLUS 3.500 neue Arbeitsplätze schaffen können. (*Abg. Dr. Krismer: Und wie viele haben wir verloren?*) Und das ist eine Leistung, die wir gerne jederzeit sagen können. Und das sind Arbeitsplätze, die auch in der Zukunft gewährleisten, dass unser Bundesland weiterhin auch mit guten Wirtschaftsdaten ausgestattet ist und wir unseren Menschen auch entsprechende Arbeit geben können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf mich zum Schluss beim Rechnungshof herzlich bedanken für die Arbeit als Rechnungshof, die Berichte, die in sehr ausführlicher und klar detaillierter Art uns vorliegen. Wir werden den Bericht des Rechnungshofes gerne zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich beginne beim Kollegen Ing. Hofbauer und möchte auch auf die IT-Ausstattung der Landesberufsschulen eingehen. In der Tat ist es so, dass es den Landesberufsschulen in Niederösterreich offensichtlich, was die IT-Ausstattung betrifft besser geht als den Gendarmerieposten, was auch sehr schade ist eigentlich. Zur Frage Kottlingbrunn und Vienna Region. Also einig sind wir uns schon darüber dass diese Geschichte gescheitert ist. Da kann man jetzt natürlich ist es schön dass man jetzt zu Verteidigungsreden sich ... (*LR Gabmann: Was ist gescheitert?*)

Diese Geschichte in Kottlingbrunn, dieser Versuch, diesen Automobilcluster zu installieren, das ist gescheitert. Jetzt gibt's den Versuch diesen Wirtschaftspark zu machen. Ich hoffe er endet nicht wie der in Marchegg. (*LR Gabmann: Das ist ein Unsinn! Sie müssten ja wissen, dass ein Wirtschaftspark immer 2, 3 Jahre braucht!*)

Ja, ich hoffe auch dass der Wirtschaftspark in Marchegg nicht doppelt so lang braucht. Das ist nämlich das Nächste. Ich hoffe, dass das auch nicht herauskommt.

Und darüber hinaus, Herr Kollege Ing. Hofbauer, glaube ich schon, natürlich kann man jeden vielleicht an seinen angestammten Beruf erinnern. Aber man muss schon eines sagen: Es gibt gewählte Regierungsmitglieder, die für gewisse Dinge zuständig sind. Ich nehme nicht an dass du das

ändern willst, lieber Kollege Ing. Hofbauer. Und es gibt gewählte Mandatare, die das kontrollieren sollen was die gewählten Regierungsmitglieder machen. Und das muss schon zulässig sein. Und dann gleich einmal sozusagen herzukommen und zu sagen, entschuldige Kollege Hofbauer, aber dann herzukommen und zu sagen, na am besten du gehst wieder in deinen Beruf zurück, heißt in Wirklichkeit, wir wollen keine Kontrolle. Man soll nicht einmal das beurteilen dürfen was in dieser Regierung geschieht. Ganz egal in welche Richtung man es dann wertet. (*Beifall bei den Grünen.*)

Und das kann es nicht sein! Und damit sind wir eigentlich bei der Frage der Kontrolle. Und da möchte ich jetzt den Kollegen Waldhäusl ansprechen und möchte ihm mit einem Stabreim antworten. Kollege Waldhäusl, du weißt wahrscheinlich was ein Stabreim ist. Das ist ein Reim, wo immer derselbe Buchstabe die Wörter beginnen lässt. „Waldhäusl wohn im wildromantischen Waldviertel“ zum Beispiel. Ich möchte dir den Stabreim mitgeben wie folgt: „Kontrolle ist kein Kabarett“! Man hat es gerade gesehen. Es geht nicht um die Frage ob wir jetzt drei Rechnungshof-Ausschusssitzungen angesetzt haben. Es geht auch nicht um die Frage ob wir jetzt diese Frist aufheben, diese 24-Stundenfrist aufheben. Es ist auch nicht so, dass nur deswegen, weil diese Sitzungen verschoben werden mussten plötzlich keine Kontrolle im Land mehr stattfindet. (*Abg. Waldhäusl: Nein! Wie man umgeht mit der Kontrolle!*)

Also das ist nicht das Problem. Das Problem liegt ganz woanders. Wir haben es gerade gehört. Das Problem liegt, dass beispielsweise – ich nenne ein paar Beispiele – dass Prüfaufträge an den Landesrechnungshof nur mit Mehrheitsbeschluss erteilt werden können. Dass die Opposition so gar keine Möglichkeit hat, irgendwelche Prüfaufträge zu erteilen. Dass im Rechnungshof-Ausschuss eigentlich nur Regierungsparteien stimmberechtigt sind. Das ist das Problem. Dass der Opposition außerhalb der Regierung, also dem Landtag selber, dem Kontrollorgan der Legislative, überhaupt keine Kontrolle zugemessen wird.

Dass die drei Vorsitzenden des Rechnungshof-Ausschusses auch nur aus den beiden Regierungsparteien kommen und sich daher selber alles verteilen können. Dass Untersuchungs-Ausschüsse nur mit einer Mehrheit im Landtag beschlossen werden können, also kein Minderheitenrecht sind wie es üblich ist in vielen anderen Parlamenten. Das sind die wirklichen Probleme. Dass es nicht möglich ist, in Regierungsbeschlüsse Einsicht zu nehmen. Dass das Kontrollrecht das noch verbleibt noch einmal beschnitten ist, weil nämlich die mittel-

bare Bundesverwaltung dem Kontrollrecht nicht unterliegt. Also dass beispielsweise Anfragen zum Thema Ozongesetz, zum Thema Schulen, gesamtes Schulwesen, gar nicht gestellt werden brauchen weil der Landeshauptmann sowieso sagt, das ist kein Anfragerecht der Abgeordneten. Das ist in Wirklichkeit das Kontrolldefizit in diesem Lande. Und das sollten wir nicht vergessen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Nun aber zu zwei Berichten noch, die ohnehin schon angesprochen worden sind, noch einige Ergänzungen. Es ist was den Prüfbericht Gießhübl betrifft, schon noch einiges dazu zu sagen. Es ist eine Summe von Kleinigkeiten, so könnte man das am ehesten zusammenfassen. Es sind nicht ganz richtige Vorlagen an den Landtag erteilt worden. Es hat bauliche Mehrarbeit gegeben. Es hat doch beachtliche Mehrkosten in Höhe von einer Million Euro gegeben. Und das waren, und das scheint mir schon wichtig festzustellen, wie der Landesrechnungshof auch gesagt hat, nicht nur Unvorhersehbarkeiten wie es großteils von der Landesregierung versucht wurde in die Richtung zu lenken, sondern es waren einfach ungenaue Erhebungen, die dazu geführt haben dass hier die Kosten wesentlich überschritten wurden.

Und jetzt komme ich zu der Frage der Eigenleistungen. Und da möchte ich schon sagen, Kollege Waldhäusl, ich bin nicht ganz einverstanden mit deiner Interpretation, zu sagen, naja, das waren Eigenleistungen, das ist im Rahmen von Schülerprojekten gemacht worden und da darf man nicht so kritisch sein. *(Abg. Waldhäusl: Für die pädagogische Arbeit!)*

Ja, natürlich. Es ist auch in Ordnung dass man sagt es soll in Projekten abgewickelt werden. Aber dass der Schulleiter glaubt, er kann Eigenleistungen quer finanzieren für die Beschaffung von irgendwelchen Möbeln, ich glaube, das ist kein gutes pädagogisches Vorbild. Denn wir sollten ja auch danach trachten was ... *(Abg. Waldhäusl: Das haben ja die Schüler nicht gewusst!)*

Aber Herr Kollege Waldhäusl! Ich würde dich höflichst ersuchen, die Schüler und Schülerinnen nicht für dümmer zu halten als ich ausschau'. Also bitte, das ist doch nicht wahr! Glaubst du die kriegen das nicht mit? Schüler sind sehr, sehr geschickte Menschen. Das ist auch der Grund warum Schüler mit 16 schon wählen sollten und wählen dürfen sollten. Natürlich bekommen sie es mit. *(Beifall bei den Grünen.)*

Natürlich bekommen sie es mit. Es ist doch klar. Es wird doch auch darüber gesprochen, es wird auch berichtet. Ich kann dir das aus meiner eigenen Erfahrung sagen.

Also, wenn ich Projekte mache, dann mache ich eben genaue Vorerhebungen, genaue Vorbereitungen, genaue Leistungsbeschreibungen und sage, okay, das ist Bestandteil unseres Projektes und das machen wir hier und damit ersparen wir uns soundsoviel. Und dann gehen wir zur Aufsichtsbehörde, also zur Landesregierung und lassen uns das begutachten. Und dann kann man vielleicht gewisse Umschichtungen treffen. Aber die Do it yourself-Umschichtung eines Schulleiters auf Kosten des Landes, also auf Kosten der Steuergelder auf die die FPÖ bekanntlicherweise sehr, sehr heikel ist, das kann also wirklich nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Dass noch einige Unterlagen halt nicht rechtzeitig der Baubehörde vorgelegt wurden, dass es betreffend die Leasingfinanzierung keinen Landesregierungsbeschluss gegeben hat, okay. Ist auch nicht richtig und soll auch erwähnt werden, ist vielleicht nicht das Allerwichtigste.

Beachtlich ist schon, ich weiß es nicht, man sollte einmal eine Erhebung machen ob das nicht der teuerste Schweinestall der Welt war. Ich kann mir durchaus vorstellen, es war jedenfalls ein „Pätzen-Brocken“ der hier ausgegeben wurde. Eine Grobkostenrechnung einmal bei dreieinhalb Millionen Euro, tatsächliche Errichtungskosten 4,2. Der Landtag hat fünf Millionen beschlossen. Also hier wird schon jongliert mit den Euros dass einem ein bisschen schwindlig werden kann. Und mit Recht kritisiert der Rechnungshof hier dass man hier genauer und präziser erheben soll, planen soll und sich an die Richtlinien halten soll.

Zweiter Bericht, auf den ich noch ganz kurz eingehen möchte, der Bericht über den Kulturpark Kamptal. Und ich möchte ihn auch in Anlehnung an das was der Kollege Ing. Hofbauer gesagt hat, durchaus zustimmend, mit seiner Meinung übereinstimmend auch sagen, schade. Eigentlich schade. Es war ein zukunftsweisendes Projekt und wir hoffen auch, dass dieses Projekt wieder aufleben kann. Es ist ja vielleicht noch die Möglichkeit gegeben oder wieder einmal die Möglichkeit gegeben dass sich die Gemeinden neuerlich zusammen tun dass dort wieder etwas entsteht. Denn begonnen hat dieses Projekt äußerst engagiert und äußerst ambitioniert und man hat auch, das wurde ja aufgezählt, man hat auch etwas zustande gebracht. Das Ende war eine Katastrophe und das wollte ich auch dem Kollegen Ing. Hofbauer sagen. Es können ja nicht immer alle Vorzüge, wie er sie aufgezählt hat, im Ausgleich oder im Konkurs von einer Gesellschaft enden. Das kann es ja letztlich nicht sein.

Also: Gehen wir die Dinge der Reihe nach durch. Fast 3 Millionen Förderungen aus Mitteln der Regionalförderung. Keine zentrale Anlaufstelle. Die Akten irgendwo, entweder in der ECO-PLUS oder auf irgendwelchen Abteilungen in der Landesregierung. Es lässt sich nicht nachprüfen. Die Förderungsabwicklung selbst, nicht nur dass die Akten an verschiedenen Stellen gelegen sind, auch die Förderungsabwicklung selbst ließ sich nicht nachkontrollieren. Und es gab Unterschiede zwischen den einzelnen Abteilungen.

Interessant in dem Zusammenhang übrigens die Stellungnahme der ECO-PLUS auf die ich dann noch zurückkomme. Ich erinnere, meine Damen und Herren, an einen Rechnungshofbericht der vergangenen Legislaturperiode, als der Rechnungshof festgestellt hat, man möge doch die Regionalmanagements und die Regionalisierung in einer Zuständigkeit der Landesregierung zusammenfassen. Wissen Sie wer aller zuständig war im Zusammenhang mit dem Kulturpark Kamptal und den dort gewährten Förderungen? Der Herr Landeshauptmann, Landesrat Mag. Sobotka, die Landeshauptmannstellvertreterin Onodi, Landesrat Gabmann, Landesrat Dipl.Ing. Plank, Landesrat Schabl. Das nenne ich Zuständigkeitskompetenz.

Also, die Regionalisierung selbst oder das Regionalmanagement gehört zusammen gefasst. Der Landesrechnungshof hat seinerzeit kritisiert, dass der Landeshauptmann selbst für die Regionalmanagements und für die EU-Verbände zuständig war und Landesrat Mag. Sobotka als Raumordnungsreferent für die Raumordnung. Wir haben das damals aufgezeigt. Und die Landesregierung hat nach der Wahl genau das Gegenteil von dem gemacht was der Rechnungshof eigentlich empfohlen hat.

Der Rechnungshof hat gesagt, legt die Kompetenzen zusammen, die Landesregierung hat sie aufgeteilt. Jetzt ist Pröll zuständig für die Regionalmanagements, Mikl-Leitner zuständig für die Regionalverbände und Sobotka für die Raumplanung. Wen wundert es da noch dass so etwas zustande kommt? Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, das ist kein Zufall, das ist keine Ausnahme, das geht quer durch die Ressorts so. Zwei Ressorts für die Wohnbauförderung, zwei Ressorts für die Sozialhilfe, zwei Ressorts für Umwelt, Naturschutz, Wasserrecht wieder woanders. Es ist ein Kompetenzchaos das herrscht in dieser Landesregierung. Und das zeigt sich immer wieder in den Berichten des Rechnungshofes. *(Beifall bei den Grünen).*

Und man ist auch nicht auf dieses Problem eingegangen als man die Regionalmanagements neu strukturiert hat. Das ist ja geschehen, da hat es

auch positive Veränderungen gegeben, das will ich überhaupt nicht leugnen. Aber leider, das Grundproblem das bekannt ist, seit längerem bekannt ist, hat man dabei nicht gelöst.

Was mir sehr gut gefallen hat in diesem Bericht ist die Stellungnahme des Rechnungshofs in der er auch aufgezeigt hat, dass das Engagement an Anfang und sehr lange und auch in diesen Gesellschaften ja durchaus vorhanden war und dass auch sehr viel Positives da gemacht werden konnte. Dass aber der Rechnungshof die Prüfkompentenz gar nicht hatte um sozusagen die Gesellschaft selber zu prüfen. Sondern er konnte ja nur die Abteilungen prüfen. Und das ist natürlich auch sehr schade. Insbesondere was beispielsweise die Projektabwicklung betrifft.

Also wenn man sich zum Beispiel ansieht, Regionalisierungsmittel mit EU-Kofinanzierung, LEADER-Projekte, Regionalisierungsmittel. Alle laufen nach einem anderen Schema ab. Und da ist interessant die Stellungnahme der ECO-PLUS die sich darüber freut, dass der Rechnungshof die Abwicklung der LEADER-Projekte als positives Beispiel genannt hat. Das sollte man so weiter handhaben. Nur müssen es dann eben alle machen und das hielte ich dann für sehr sinnvoll.

Also: Es sollte transparent sein, dass alles kontrollierbar ist wo sozusagen Steuergeld, wo die Landesregierung Steuergeld hinein steckt. Das ist eigentlich selbstverständlich und das ist schade, dass das hier nicht immer nachvollziehbar war. Daher ist die Frage, wie geht es weiter mit dem Kulturpark Kamptal? Wir können nur hoffen, dass sich irgendwie etwas Neues bildet, dass die Gemeinden nicht locker lassen, dass die Gemeinden weiterhin zusammen arbeiten. Das war vielleicht auch nicht immer ganz der Fall. Hier gibt es noch sehr viel zu tun. Es gilt natürlich die Schulden ab-zuzahlen. Wir können nur sagen, wir wünschen dieser Idee alles Gute. Vielleicht kann sie einmal wieder zu einem großen Feuer erwachen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. Kautz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich glaube, man sollte ein bisschen, wenn wir schon mit Rechnungshofberichten reden oder davon reden, auch die Ehrlichkeit mitnehmen und nicht die Scheinheiligkeit von hier aus predigen. Ich werde versuchen, ein bisschen Licht ins Dunkel zu

bringen mit einigen Aussagen die hier getätigt wurden.

Die erste Aussage des Herrn Kollegen Ing. Hofbauer. Er hat sich eine gute Ausrede gesucht oder gute Ausreden gesucht für Kottlingbrunn. Man muss natürlich einmal wissen, dass vorher oder bevor all diese Themen angesprochen wurden, irgendwann im Jahr 2003 Landtagswahlen waren. Und da gibt es immer so Menschen die vor der Wahl viel versprechen und nachher nichts halten. Und dazu sind auch hier zwei Punkte anzuführen. Der Landeshauptmann hat versprochen, hurra, in Kottlingbrunn kommt und, und, und. Der Landesrat Gabmann das gleiche.

Und jetzt stellt sich der Herr Hofbauer her und sagt so locker, naja, die Firma List hat ja. Nur dürfte er nicht wissen dass ich die Firma List vielleicht besser kenne wie er, weil sie aus dem Bezirk Neunkirchen kommt. Die Firma List wollte riesige Flächen für Oldtimer-Rallye zum Durchführen. Hätte ein Klubhaus gebaut mit höchstens 10 Beschäftigten. *(Abg. Weninger: Das ist ein tolles Projekt!)*

Wenn das die Projekte sind die der Herr Landesrat und der Herr Landeshauptmann so gerne haben ..., Bei Riesen-Flächen muss man auch schauen wie viel Arbeitsplätze geschaffen werden. Es kann schon sein dass der eine mehr oder weniger braucht, aber das Verhältnis, was List wollte, Riesen-Flächen, Wachsen um 10 Arbeitsplätze, kann ich die Frau Kollegin verstehen dass da das Gespräch nicht lange gedauert hat.

Die zweite Situation mit dem Schweizer. Wenn man mit Ausländern nicht ehrlich redet, gehen die wieder. Die Demonstration der Gewerkschaft war, weil nichts weiter geht. Weil viele Arbeitslose dort sind nach Semperit hat die Gewerkschaft demonstriert. Und wenn ich natürlich dann dem Schweizer Unternehmer vielleicht sage, die demonstrieren weil du herkommst, geht der. Nur, die Gewerkschaft wäre froh gewesen wenn der gekommen wäre. Nur, wie man halt mit Investoren umgeht wenn die nicht zufällig in Weikersdorf oder in Wolkersdorf investieren. Weil dort wird anders versucht dementsprechend Geld hinein zu buttern. Nur kann ich mich auch erinnern, dass vor der Landtagswahl bei uns im Süden von Niederösterreich Briefe verschickt worden sind. Ein gewisser Herr Stronach hat in Weikersdorf die ehemalige Küchenfabrik gekauft. „Regina“-Küchenfabrik gekauft. Und es werden weiß ich wie viele Arbeitsplätze geschaffen. Ja, liebe Freunde, momentan krabbeln wir bei 44 oder was herum. In diesem Riesen-Betrieb! Besprechungen. Ich möchte nicht

wissen was das Geld gekostet hat dem Land dass der Landeshauptmann die Briefe hinaus geschickt hat. Passiert ist fast nichts. Ich kann nur sagen, mein Sohn hat vom Land keine Förderung bekommen und hat auch einen Betrieb mit 45 Beschäftigten. Also da brauche ich keinen Stronach dazu, sondern man kann es auch anders machen.

Liebe Freunde! Das ist ja unser Problem hier in Niederösterreich, dass von Regierungsseite viel mehr aufgeblasen wird als nachher zu halten ist. Ich weiß schon, dass manche Sachen nicht durchführbar sind. Ist alles klar. Aber dann soll man dazu stehen und sagen, es hat so und so nicht funktioniert. Und nicht anderen die Schuld geben, und soll mich weiter bemühen. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Liebe grüne Fraktion! Das Problem der Kontrolle. Ich würde einmal sagen, in der Kirche heißt es mea culpa. Fangt bei euch auch an mit mea culpa. Denn dass die Situation in Niederösterreich so ist, ist ein Verdienst der Grünen. Weil wenn die Grünen einmal zur Kenntnis genommen hätten, dass der Rechnungshof-Ausschuss ein geschäftsordnungsmäßiger Ausschuss ist, dann kann ich dort nur auf Grund der Geschäftsordnung stimmberechtigte Mitglieder haben und nicht den Vorsitz stellen.

Das heißt, wenn man vernünftig miteinander gesprochen hätte, wäre auch hier sicher eine Möglichkeit gewesen, das anders zu lösen. Wir hatten die Zeit schon wo eine andere Fraktion einen Vorsitzenden hatte. Und nur mit der anderen Fraktion hat man ein bisschen in dieser Sache besser reden können. Und nicht einen Justament-Standpunkt so wie sich die Grünen das so vorgestellt haben.

Und nun zur 24 Stundenfrist. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist richtig. Die Frist gibt es, aber der Rechnungshofbericht ... Oder reden wir einmal so: Was hätte das geändert wenn wir zwei Wochen vorher eine Ausschusssitzung gehabt hätten? Wir hätten genauso beschlossen dass die zwei Berichte dem Sammelbericht angeschlossen und heute diskutiert werden. Also stellen wir uns da nicht heraus und erzählen irgendwas um der Bevölkerung weiß für schwarz zu verkaufen. Wir hätten den gleichen Beschluss gefasst vor 14 Tagen ... *(Abg. Waldhäusl: Dann tun wir ohne Schiedsrichter Fußball spielen!)*

Wir hätten das gleiche getan. Wir hätten den gleichen Beschluss gefasst: Diese zwei Rechnungshofberichte nehmen wir zur Kenntnis und sie werden dem Sammelbericht angeschlossen, der heute diskutiert wird. Wenn es etwas anderes ge-

wesen wäre dass man die Berichte noch ändern hätte können, dass man dementsprechend Einfluss nehmen hätte können, dann gebe ich dir Recht. Dann wären zwei Stunden vor der Sitzung zu kurz gewesen. Aber nur einen Beschluss zu fassen dass wir es heute hier diskutieren, weil mehr ist nicht passiert, glaube ich, da braucht man nicht von Missstand in der Kontrolle reden.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich mich auch mit einigen Berichten beschäftigen. Die IT-Ausstattung der Landesberufsschulen. Wir hatten das Thema schon einmal. Und damals war es halt so dass jede Berufsschule irgendwo was eingekauft hat, irgendwo eine Software bekommen hat, irgendwo eine Hardware bekommen hat weil der Raum nicht vernetzbar war. Weil das hatten wir schon.

Wir sind ja weiter. Jetzt haben wir die gleiche Software, bei der Hardware ist es was anderes, das ist nicht so wichtig. Da kann es eine andere geben und wir können miteinander kommunizieren. Nur ist es wirklich so schwer, dass sich das Land, das selber Vergaberichtlinien beschließt, ein Vergabegesetz beschließt, ist das so eine Problematik dass wir uns an das Bundesvergabegesetz halten? Jeder Gemeinde wird auf die Finger geklopft von der Rechtsabteilung des Landes wenn nicht nach den Vergaberichtlinien gearbeitet wird. Das Land selber macht was es will! Liebe Freunde, das, glaube ich, hat das Land nicht notwendig. Man kann sich auch hier an das Gesetz halten, an die Vorschriften halten und dementsprechend die Vergabe durchführen.

Gescheit ist es natürlich, ich bin kein Computer-Freak, ich schicke es gleich voraus, aber dass ich hier Leasingfinanzierung durchführe. Ich sage immer, wenn ich einen Computer kauf und ihn zu Hause aufgestellt habe, habe ich ein altes „Klumpert“ weil sich die Technik so rasch ändert und es neue Geräte geben wird. Die Ablaufzeit eines Computers ist mit drei Jahren ungefähr begrenzt. Und dann schließe ich Leasingverträge mit neun Jahren ab. Irgendwo stimmt da was nicht! Weil neun Jahre Leasingvertrag, nach drei Jahren tausche ich das Gerät aus, nach 10 Jahren habe ich 40 Jahre Leasingverträge zu erfüllen. Das kann es ja nicht sein. Ich glaube, da hat es auch irgendwo was um ein bisschen genauer das anzuschauen.

Denn ich nehme nicht an, dass der Rechnungshof drübergefallen wäre, wenn die Leasingfinanzierungen immer wieder neue Geräte mit sich gebracht hätten. Dann hätten sie es hineingeschrieben wie ich die Beamten des Rechnungshofes

kenne. Das steht nicht drinnen, also ist die Finanzierung auf neun Jahre und nach drei Jahren sind es alte Kistln die man wegschmeißen kann und das, glaube ich, kann auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Und Grimmenstein: Wenn man die Situation in Grimmenstein ein bisschen näher kennt, und ich kenne sie ein bisschen näher, 12 Kilometer davon entfernt, ich weiß auch warum damals Grimmenstein gebaut wurde, und jetzt kann ich auch sagen, ich weiß warum die Wäscheversorgung und die Speiseversorgung relativ teuer ist.

Anderen Krankenhäusern wird die Daumenschraube angedreht, nach außen vergeben und, und, und. Ich bin auch nicht fürs nach außen vergeben. Aber da muss ich zumindest im eigenen Haus es schaffen, den gleichen Preis zu halten. In Grimmenstein funktioniert es so nicht. Ich will hier den Grund nicht öffentlich darbringen, weil ich habe keinen Beweis dafür. Aber es ist locker schaffbar, den gleichen Preis wie die anderen Häuser bei Eigenversorgung und bei Eigenwäsche durchzuführen. Man muss nur wollen. Nur wenn das Personal zu viel ist und ich das Personal halten will, dann wird es unterm Strich nicht ganz passen.

Liebe Frau Kollegin Dr. Krismer! Ich weiß nicht, wollen Sie es nicht verstehen oder sagen Sie es bewusst immer falsch? Es gibt einen Personalmangel im Pflegebedarf, den gibt es. Aber keinen Pflegenotstand! Wenn Sie den Unterschied nicht kennen, gerade Sie, die Sie eine ärztliche Ausbildung haben, müssten den Unterschied kennen zwischen Personalmangel und Pflegenotstand.

Mir tut das immer so weh, ich schätze Sie als intelligente Frau ein, wenn Sie es da bewusst oder unbewusst falsch sagen. Daher, glaube ich, werden wir uns einigen müssen. Es gibt einen Personalmangel, den haben wir, den können wir auch leider nicht dementsprechend versorgen. Neunkirchen bildet zweimal 36 in einem Jahr aus. Jede Krankenschwester, die in Neunkirchen vor dem Türl steht wird aufgenommen, weil wir zu wenig Personal haben. Es ist halt so. Da sind junge Frauen, die Familiengründung und, und, und. Der Krankenpflegerberuf ist natürlich nicht der familienfreundlichste Beruf. Sie kommen in den Dienst, haben die Familienplanung und, und, und. Das heißt, kaum da, sind sie wieder ein Jahr weg, zwei Jahre weg, kommen wieder, dann brauchen sie halbtags. Liebe Freunde, das ist ein Problem das man sehen muss. Nur, da herstellen und herumreden davon, wie eine Kuh von der Farbe, glaube ich, das passt nicht ganz. Und das können Sie auch nicht. Sie wissen ja ganz genau was los ist. Sie stellen sich hier nur her

und wollen Panikmache betreiben. Und, Frau Dr. Krismer, das ist eigentlich nicht das was Sie auszeichnen sollte!

Nun, meine Damen und Herren, schon zum Schluss. Kulturpark Kamptal. Wäre ein riesiger, guter Gedanke gewesen. Es wurde auch viel umgesetzt. Und hier gibt es einen Zeitungsartikel. (*Zeigt Schriftstück.*) Ich habe ihn bewusst von der APA abgeschrieben um nicht für die Zeitung Werbung zu machen. Hier gibt es gute Ansätze. Nur darf ich vielleicht zwei Lösungsansätze dazu sagen. Sechs Regierer hatten hier Förderungen zugesagt, acht Abteilungen waren damit involviert. Liebe Freunde, machen wir uns nichts vor, das kann nicht funktionieren. Es kann dann funktionieren. (*Abg. Dipl.Ing. Toms: Das hat mit dem nichts zu tun!*)

Ich sage den zweiten Grund eh noch, brauchst keine Angst haben. Aber es kann so nicht funktionieren. Wenn die linke Hand nicht weiß was die rechte macht. Wenn der Huber nicht weiß was der Mayer verspricht, das kann so nicht sein. Daher wäre es ab dem Zeitpunkt, wo mehr als eine Förderungsstelle damit beauftragt ist oder damit befasst ist, muss es eine Förderungsstelle geben, die alle Förderungen koordiniert, dann weiß man alles was passiert. Der muss die Förderungen weiter geben können, oder diese Stelle. Weil einmal sind die Akte dort, einmal ist ein Antrag da, dann ist gar kein Antrag da, was wir auch schon erlebt haben. Hier, glaube ich, funktioniert es nicht in der Organisation. Ein Großteil des Problems Kamptal, Kulturpark Kamptal, war im Land eine organisatorische Fehlleistung.

Und, ich sage es auch hier, in solchen Großprojekten hat die Familienpolitik halt auch nichts zu suchen. Weil wenn der Förderungswerber am Abend zu Hause das erzählt, hat es sicher keinen Sinn weil damit anders umgegangen wird mit der Information und mit dem zur Verfügung Stellen von Unterlagen. Das soll nicht sein. Es gibt Dienstverträge. Ich habe zum Beispiel so einen Dienstvertrag gehabt, dass Verwandte ersten und zweiten Grades nicht unter meiner „Fuchtel“ arbeiten haben dürfen. Und so ungefähr müsste es auch funktionieren auf Landesebene, dann hätten wir den zweiten Teil dieser Misere ausschalten können. (*Beifall bei der SPÖ und bei den Grünen.*)

Und zum Abschluss: Der Landesrechnungshof hat sehr vornehm formuliert. Und ich darf jeden nur ersuchen, ein bisschen, wenn er die Seiten 27 bis 32 liest dieses Berichtes, ein bisschen zwischen den Zeilen zu lesen. Das sagt nämlich alles. Die wenigen Seiten die er beschrieben hat, vornehm beschrieben, aber in Wirklichkeit das Desaster dar-

gelegt. Wir müssten eigentlich mehr reden, nicht 13 Jahre warten mit einer Kontrolle. Denn wenn die Kontrolle früher eingesetzt hätte, hätten wir vielleicht das eine oder andere Problem früher lösen können. (*Abg. Präs. Sacher: Das war unser Antrag!*)

Ja, dass wir den Antrag gestellt haben, Freunde, wir waren auch um fünf Jahre zu spät dran. Nur, wir haben es erst dann gemerkt wie das Krebsgeschwür offen war. Derweil es noch zu war, haben es auch wir nicht gemerkt, denn zuviel ist unter der Tuchent passiert. Wie wir gesehen haben was passiert, haben wir den Prüfantrag gestellt, es wurde dann geprüft. Aber leider auch um einige Jahre zu spät. Man hätte mehr verhindern können wenn wir früher und rechtzeitig geprüft hätten.

Abschließend noch einen Satz dazu. Pflegeheime, da liegt mir auch was am Herzen. Der Rechnungshof hat angegeben, dass die Finanzierung in spätestens zwei Jahren nicht mehr so funktioniert. Wird stimmen. Nur kann es auch nicht so sein, das sage ich heute bewusst, dass die 4,50 Euro pro Verpflegstag erhöht werden, dass die jetzigen Pfléglinge in Zukunft die Heime fürs Land Niederösterreich bauen. Also da muss sich das Land selber was einfallen lassen. Denn zurzeit sind pro Verpflegstag 4,50 Euro als Rücklagenbildung schon inbegriffen im Pflegesatz. Das heißt, die Gemeinden zahlen ja schon, es gibt ja fast keine Selbstzahler mehr. Die Gemeinden zahlen schon über Umlage, Sozialhilfeumlage, mit an der Finanzierung des Neubaus. Und noch mehr die jetzigen Pfléglinge. Das, glaube ich, ist auch nicht ganz korrekt. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Grandl zu Wort.

Abg. Grandl (ÖVP): Sehr verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren des NÖ Landtages!

Ich werde mich kurz halten, aber ich will zu den Landes-Pensionisten- und Pflegeheimen ein paar Anmerkungen bringen. Besonders Wilhelmsburg und Eggenburg sind betroffen von der Rechnungshofprüfung und es wurde wieder der Pflegenotstand in diesem Raum genannt. Und es tut mir persönlich auch weh, nicht nur dem Abgeordneten Kautz, wenn jemand, der sich hier her stellt von so einer Situation spricht. Wir haben einen Fachkräftemangel in den Heimen, von diplomiertem Fachpersonal. Diese Entwicklung ist dem zuständigen Regierungsmitglied und der Fachabteilung natürlich bewusst. Und es sind seit Jahren vielschichtige Maß-

nahmen eingeleitet worden um dem Trend entgegen zu wirken. Und dabei wäre zu erwähnen, welche kurzfristigen Maßnahmen das Land gesetzt hat. Erstens die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten in den Pflegeschulen ab dem Schuljahr 2000 und 2001. Diese Maßnahmen greifen schon insofern als aus der Statistik der Abgänger aus den Krankenpflegeschulen 2003 gegenüber den Jahren 2001 und 2002 die Zahlen der Abgänger mit direktem Beschäftigungsbeginn in den Pflegeheimen signifikant gestiegen sind. 2001 waren es 45, 2002 konnten 49 anfangen und 2003 83 Personen.

Die zweite Aktion, die dem Fachkräftemangel entgegenwirkt, ist der Bildungsweg zur Aufschulung von Pflegehelfern zu diplomierten Fachkräften während der Beschäftigung 1999/2000 und fortlaufend. Es ist eine wirksame Entspannung spürbar, so haben 2003 und 2004 60 Mitarbeiter die Diplombildung abgeschlossen. Gemeinsame Aktionen mit dem AMS sind geplant worden, die im Frühjahr gestartete *Implacement-Stiftung Pflege* läuft erfolgreich an und es sind derzeit 138 Personen in Ausbildung.

Weiters ist die Imagekampagne der NÖ Pflegeheime, *Pflege hat Zukunft*, ab 2002 im Gange. Ziel dieser Aktion ist es, das Image in der Altenpflege zu heben. Forciert wurden auch die ehrenamtlichen Tätigkeiten in den Heimen durch die Etablierung von Besuchsdiensten und – ich kann dies bestätigen – im Heim *Wilhelmsburg* funktioniert das hervorragend. Das Zwischenergebnis sagt aus, dass 1.200 ehrenamtliche Helfer zusätzlich dafür sorgen, dass die Qualität der Betreuung für unsere zu Pflegenden gegeben ist. Die Aufgabe sind Gespräche mit den Bewohnern, Begleitung der Aktivitäten, Basteln und Ausflüge.

Mittelfristige Maßnahmen, die alleine nicht vom Land, sondern nur gemeinsam mit dem Bund realisiert werden können, sind zum Beispiel die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern für bundeseinheitliche Sozialberufe. Sie ist zurzeit in der Phase der Endredaktion und im Begutachtungsverfahren eine erste wichtige Debatte für ein neues Ausbildungskonzept. Die Ausarbeitung eines neuen Ausbildungskonzeptes für Gesundheit und Sozialberufe.

Niederösterreich hat in einer Arbeitsgruppe unter Einbeziehung aller niederösterreichischen relevanten Vertreter grobe Züge eines umfassenden Ausbildungskonzeptes Ende 2003 erarbeitet. Die Ziele sind Integration in das Regelschulwesen, einheitliche Module für Wiedereinstieg mit gegenseitiger Anrechenbarkeit. Das derzeitige Problem das wir haben ist für die Weiterentwicklung der

Lehrpläne gibt es keine Freigabe der beiden einzubeziehenden Bundesministerien für Gesundheit und Wissenschaft. Außerdem verlangt der Bund ländereinheitliche Positionen aller politischen Sozial-, Finanz- und Gesundheitsreferenten der Bundesländer, was bekanntlich schwierig ist. Der Vorschlag ist, Resolutionsantrag erneuern unter Bezugnahme auf den seinerzeitigen Antrag, eventuell Schwerpunkt auf Schulversuche an Standorten der HBLA legen.

Und zweitens: Die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der Landes-Pensionisten- und Pflegeheime. Hier wird auf die Stellungnahme der Landesregierung zum Ergebnispunkt 9 hingewiesen. Aktuelle Ergänzungen der Zwischenergebnisse des Rechnungsvollzuges des laufenden Budgetjahres 2004 zeigen, dass durch die stärkere Erhöhung der Pflegegebühren im laufenden Budgetjahr der negative Trend der Abgangsentwicklung der Jahre 2000 bis 2003 gestoppt werden konnte und bei striktem Budgetvollzug nicht ausgeschlossen werden kann, ein ausgeglichenes Betriebsergebnis bzw. ein wesentlich geringerer Abgang zu erwarten ist.

Sollte der Landtag dem Budget 2005 zustimmen, wurde auch für das Rechnungsjahr 2005 eine ähnlich hohe Steigerung der Einnahmen und Ausgaben budgetiert. Und zum Notstand der Kollegin Dr. Krismer: *Wilhelmsburg* ist jenes Pflegeheim das ich selbst persönlich besucht habe. Die Heiminsassen werden dort wirklich hervorragend betreut. Und Niederösterreich versucht immer ein guter Partner für unsere ältere Generation zu sein. Und nachdem mein eigener Onkel dort die letzten Tage seines Lebens verbracht hat und hervorragend betreut wurde, wünsche ich mir eigentlich, dass in Zukunft solche Äußerungen hier nicht mehr gemacht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zehn Prozent der mir verbleibenden Redezeit um dem Kollegen Kautz eine Antwort zu geben: Lieber Kollege Kautz! Es lebe die Stadtgemeinde Neunkirchen, Herr Präsident! *(Beifall bei Abg. MMag. Dr. Petrovic.)* Sehen Sie, die zweite Abgeordnete aus dem Bezirk Neunkirchen, die applaudiert da mit Recht. Also: Lieber Herr Bürgermeister Kautz! Lieber Herr Kollege Kautz! Nehmen wir einmal an, wir beide haben die seinerzeitigen Verhandlungen miterlebt wie der Rechnungshof des

Landes gegründet wurde, wie das seinerzeitige Kontrollamt in den Rechnungshof umgewandelt wurde. Nehmen wir einmal an, die Grünen, die angeblich an dem ganzen Kontrolldefizit im Landtag schuld sind ... *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Aber so hast du es gesagt. Weißt du mein Lieber, ich hör dir sehr oft im Rathaus oder im Bräuhaus zu und ich weiß ziemlich genau was du sagst.

Selbst wenn wir damals erreicht hätten, normale stimmberechtigte Mitglieder des Rechnungshof-Ausschusses zu sein, dann wäre alles andere, sämtliche andere fehlenden Kontrollrechte auch das euch fehlende Recht, selber beispielsweise einen Untersuchungs-Ausschuss zu beantragen, Prüfungen auch einzusetzen und derlei, wären nicht vorhanden. Also schuld am Kontrolldefizit sind die Grünen in Niederösterreich. Also das ist eine maßlose Übertreibung, die ich hiermit korrigiert habe. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Wird seitens der Frau Berichterstatterin ein Schlusswort gewünscht?

Berichterstatterin Abg. Kadenbach (SPÖ): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 247/B-1:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmeneinhelligkeit. Der Antrag ist somit angenommen!

Die Tagesordnung dieser Sitzung ist erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Ich schließe die heutige Sitzung des Landtages um 18.07 Uhr. *(Ende der Sitzung um 18.07 Uhr.)*